



Landtag von Baden-Württemberg

91. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. Juli 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 17:28 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7165	Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen	7187
1. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000/2001 – Drucksache 12/5339	7165	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	7188
Minister Stratthaus	7165	Abg. Dr. Schlierer REP	7190
Abg. Oettinger CDU	7170	Minister Dr. Repnik	7191
Abg. Brechtken SPD	7173	Beschluss	7195
Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen	7176	Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen (zur Abstimmung)	7196
Abg. Pfister FDP/DVP	7178	4. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaft und Verkehr in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4322	7196
Abg. Rapp REP	7181	Abg. Beate Fauser FDP/DVP	7196, 7205
Beschluss	7183	Abg. Dr. Birk CDU	7197
2. a) Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks		Abg. Göschel SPD	7199
b) Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks	7183	Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen	7201
3. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Politische Konsequenzen aus dem Familienbericht 1998 der Landesregierung – Drucksache 12/3322		Abg. Eigenthaler REP	7203
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Novellierung des Landeserziehungsgeldes – Drucksache 12/5196	7184	Minister Ulrich Müller	7205
Abg. Marianne Wonnay SPD	7184, 7195	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes in Baden-Württemberg – Drucksache 12/5299	7211
Abg. Ingrid Blank CDU	7185	Abg. Zeller SPD	7211, 7221
		Abg. Rau CDU	7213, 7222
		Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen	7214
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7215
		Abg. König REP	7216
		Ministerin Dr. Annette Schavan	7218, 7223
		Beschluss	7224

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg** – Drucksache 12/5236
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5318 7224
- Abg. Christa Vosserschulte CDU 7224
- Abg. Zeller SPD 7225
- Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen 7227
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 7228
- Abg. König REP 7229
- Ministerin Dr. Annette Schavan 7230
- Beschluss 7231
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes** – Drucksache 12/5237
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5317 7231
- Abg. Ursula Lazarus CDU 7232
- Abg. Christine Rudolf SPD 7232
- Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen .. 7233
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 7233
- Abg. König REP 7233
- Ministerin Dr. Annette Schavan 7234
- Beschluss 7234
8. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Mai 2000 – **Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Uhlandstraße 12 in Heilbronn** – Drucksachen 12/5178, 12/5325
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 23. Juni 2000 – **Veräußerung landeseigener Baugrundstücke im Baugebiet „2. und 3. Gewann Biblis“, Gemarkung Hockenheim** – Drucksachen 12/5280, 12/5326 ... 7235
- Beschluss 7235
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. April 2000 – **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** – Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2000 – Drucksachen 12/5106, 12/5327..... 7235
- Beschluss 7235
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 2. Mai 2000 – **Notariatsreform in Baden-Württemberg** – Drucksachen 12/5154, 12/5328.. 7235
- Beschluss 7235
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 8. Mai 2000 – **Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen** – Drucksachen 12/5192, 12/5332 7235
- Beschluss 7235
- Nächste Sitzung 7235

Protokoll

über die 91. Sitzung vom 19. Juli 2000

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 91. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Döpfer, Kleinmann, Dr. Mauz und Teßmer erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Brinkmann und Herbricht.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juli 2000 – Information über Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 12/5358

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Juli 2000 – Denkschrift 2000 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1998 – Drucksache 12/5324

Überweisung an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 13. Juli 2000 – Energiebericht 1999 – Drucksache 12/5362

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000/2001 – Drucksache 12/5339

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung lege ich Ihnen heute den Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Jahre 2000 und 2001

vor. Es ist ein Haushalt, der die geringste Neuverschuldung seit 13 Jahren aufweist. Seit 1987 hatten wir keine geringere Neuverschuldung, als in diesem Haushaltsplan vorgesehen. Wenn Sie die Kreditfinanzierungsquote nehmen, also die Neuverschuldung auf das Haushaltsvolumen beziehen, stellen Sie fest, dass dieser Nachtragshaushalt sogar noch solider als der Haushalt des Jahres 1987 finanziert ist.

Der Nachtrag konzentriert sich auf drei Punkte. Diese sind erstens die Beseitigung der Orkans Schäden, zweitens zusätzliche Lehrerstellen und drittens die Zukunftsvorsorge für die Steuerreform und, soweit diese Vorsorge nicht notwendig ist, die Verwendung der Mittel zur Absenkung der Nettoneuverschuldung.

Den letzten Aspekt, meine Damen und Herren, die Absenkung der Nettoneuverschuldung, können Sie gerne auch als die vierte Säule sehen, als eine besonders wichtige Säule in diesem Haushalt, weil sie die Zukunft unseres Landes sichern hilft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt einen Eilnachtrag vor. Ich möchte Ihnen daher zunächst darlegen, warum dieser Schritt notwendig wurde.

(Abg. Birzele SPD: Eine neue Kategorie: „Eilnachtrag“!)

Konkreter Anlass für den Zeitdruck sind die Folgen des Orkans Lothar.

Für die Behebung der Orkans Schäden in den Wäldern sind noch vor der Sommerpause weitere Mittel in Höhe von 130 Millionen DM notwendig. Nur wenn wir die Sturmholzaufbereitung ohne Verzögerung fortsetzen, kann eine Entwertung dieses wertvollen Holzes durch eine drohende Borkenkäferplage vermieden werden.

Nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen darf das Finanzministerium bzw. der Finanzminister überplanmäßige Ausgaben lediglich bis zur Höhe von 10 Millionen DM bewilligen. Für die Bewilligung darüber hinausgehender Beträge bedarf es eines Nachtrags, sofern der Landtag über einen Nachtrag rechtzeitig entscheiden kann. Die Regierungsfractionen haben signalisiert, dass sie in der Lage seien, rechtzeitig über einen Nachtrag zu entscheiden. Deswegen hat die Landesregierung diesen Eilnachtrag vorgelegt.

Damit er auch abschließend vor der Sommerpause beraten werden kann, umfasst der Nachtrag nur drei Schwerpunkte,

(Minister Stratthaus)

die aber von allerhöchster landespolitischer Bedeutung sind. Es sind dies, wie ich bereits angedeutet habe, die Schwerpunkte Orkanschäden, zusätzliche Lehrerstellen und Steuerreform.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass mit dem letztgenannten Schwerpunkt, der Steuerreform, beginnen.

Meine Damen und Herren, in teuren Anzeigen bekommen wir zurzeit überall mitgeteilt, dass wir nun Gewissheit hätten und die Steuerreform beschlossen sei. Das kam für uns alle überraschend; das gebe ich gerne zu.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Das kam für uns überraschend, aber das Ergebnis ist nicht so, wie es sein könnte,

(Lachen bei der SPD)

und das werde ich Ihnen zu Ihrem hämischen Lachen nun beibringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte, meine Damen und Herren, dies nicht vertiefen. Aber was da geschehen ist, ist schon ein Tiefpunkt in der Moral beim Umgang mit Verfassungsorganen.

(Widerspruch bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Es geht nicht nur um das, was Schröder gemacht hat, sondern der Höhepunkt ist für mich das Interview von Rezzo Schlauch, das heute in der „Stuttgarter Zeitung“ veröffentlicht wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was sagt er denn da?)

Er wirft uns vor, wir hätten uns nicht bestechen lassen. Stellen Sie sich das einmal vor!

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was? Was? Was?)

Er wirft uns vor, wir hätten die Chance nutzen müssen, um auch etwas herauszuholen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich!)

So mag Rezzo Schlauch denken. Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist aber nicht bestechlich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Wie sieht es bei Herrn Diepgen aus?)

Ich muss offen sagen: Vor vielen Jahren habe ich die Grünen manchmal bewundert, weil sie anders waren als andere. Die Grünen sind aber in der Zwischenzeit, was den moralischen Tiefpunkt und die Klammerung an die Macht betrifft, die Allerschlimmsten geworden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, aber nun zur Sache selbst. Es ist gut, dass überhaupt eine Steuerreform kam. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Was jedoch auf den ersten Blick wie ein Triumph von Rot-Grün aussieht, zeigt, wenn es näher betrachtet wird, dass unsere Vorstellungen beinahe mehr als die der SPD und der Grünen in diese Steuerreform eingegangen sind.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD)

– Was Sie hier bringen, meine Damen und Herren, ist ein Lachen der Unwissenheit. Ich werde es Ihnen beweisen.

Diese Steuerreform trägt im Inhalt zu einem großen Teil den Stempel der CDU und der FDP.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vieles ist so gekommen, wie wir es vorgeschlagen haben. Meine Damen und Herren, ich habe allerdings von vornherein gesagt: Im Verhältnis zu dem, was hätte sein können, ist es eine schlechte Reform;

(Beifall bei der CDU)

im Verhältnis zu dem, was wir von Lafontaine befürchten mussten, ist es eine gute Reform. So muss man das eben einfach relativ sehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass in der Politik gehandelt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber schlimm sind Nebenabsprachen; denn der Bundeskanzler hat dem Bundesverfassungsgericht eine lange Nase gemacht. Ich will Ihnen das einmal aufzeigen. Er hat nämlich Bremen zugesagt, dass die Stadtstaatenwertung bleibt, er hat Bremen zugesagt, dass die Berücksichtigung der Hafenlasten bleibt, er hat Bremen zugesagt,

(Abg. Weiser CDU: Hört, hört!)

dass die höheren Zulagen für die Kosten politischer Führung bleiben.

(Abg. Sieber CDU: Das zahlt das Bundeskanzleramt!)

Aber, meine Damen und Herren, im Verfassungsgerichtsurteil steht wörtlich:

Die Regelung des Finanzausgleichs darf nicht dem freien Spiel der politischen Kräfte überlassen werden.

Genau das Gegenteil haben der Bundeskanzler und die Bundesregierung gemacht. Sie haben im Grunde genommen gezeigt, dass sie nicht nur den Bundesrat, sondern auch das Bundesverfassungsgericht nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Eine Mehrheit im Bundesrat wird nicht ernst genommen – so eine abenteuerliche Diskussion! – Abg. Pfisterer CDU: Jetzt sind sie ganz ruhig geworden! Dazu sagen sie nichts!)

Meine Damen und Herren, was für mich wirklich das Schlimmste ist, ist, dass wir gesehen haben, was wir im Länderfinanzausgleich zu erwarten haben. Aber was noch schlimmer ist: Wir erhalten in Berlin keine Unterstützung

(Minister Stratthaus)

von der baden-württembergischen SPD oder von den baden-württembergischen Grünen. Beide Parteien halten offensichtlich zum Kanzler, der offensichtlich ein Kanzler des Nordens ist. Das müssen wir einmal mit aller Klarheit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Sache selbst. Ich will Ihnen das im Einzelnen beweisen: Dieser Kompromiss oder das, was zum Schluss beschlossen worden ist oder noch beschlossen wird, enthält einiges – –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Merken Sie eigentlich nicht, dass das peinlich ist, was Sie hier absetzen, in höchstem Grad peinlich?)

– Das ist peinlich für Sie. Ich kann mir vorstellen, dass das für Sie peinlich ist.

(Beifall des Abg. Pfisterer CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich finde das gar nicht peinlich!)

Diese Steuerreform enthält – ich möchte es gleich beweisen – einige Punkte, mit denen wir durchaus zufrieden sein können, und sie enthält einige Punkte nicht, die wir gern gehabt hätten.

Zunächst einmal hat man auf das Optionsmodell verzichtet. Wir haben von Anfang an gesagt, dass das a) nicht durchführbar ist und b) den allermeisten nichts bringt.

Man hat eine ganze Reihe Verbesserungen für den gewerblichen Mittelstand vorgenommen, die im Gesetzentwurf der Bundesregierung zunächst nicht enthalten waren. Zum Beispiel – das ist eine technische Sache, die aber für kleine Unternehmen ganz wichtig ist – wird die Sonder- und Anparabschreibung bleiben. Das bedeutet, dass kleinere Unternehmen schon vor der Investition steuerbegünstigt sparen können und damit eine wesentliche Liquiditätshilfe bekommen. Dies wollte Eichel nicht. Dies ist nun Gott sei Dank durchgesetzt worden.

Wir sind zum Mitunternehmer-Erlass zurückgekehrt, auch eine Sache, die zunächst einmal technisch klingt, für Personengesellschaften aber von großer Bedeutung ist. Die Rückkehr zum Mitunternehmer-Erlass bedeutet letzten Endes, dass ein Unternehmer Wirtschaftsgüter, Grundstücke, Häuser zum Beispiel, innerhalb von Unternehmerschaften übertragen kann, ohne dass die stillen Reserven versteuert werden müssen. Dies war bis 1998 herrschendes Recht. Lafontaine hatte dies zuungunsten der Unternehmer abgeschafft. Es wurde jetzt wieder durch den Druck der CDU und der FDP in das Gesetz übernommen.

Eine ganz wichtige Sache – das war für Baden-Württemberg die allerwichtigste, ohne die wir auf keinen Fall irgendwann der Steuerreform zugestimmt hätten – –

(Zurufe von der SPD: Sie haben doch nicht zugestimmt!)

– Wir hätten zugestimmt, wenn ein ordentliches Verfahren, ein besseres Verfahren gekommen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Ohne das hätten wir nicht zugestimmt. Es ist dies die Wiedereinführung des halben Steuersatzes bei Betriebsaufgabe. Das ist ganz wichtig, weil die Handwerker, die kleinen Unternehmer damit die Möglichkeit haben, eine günstigere Steuerbelastung zu bekommen, wenn sie am Ende ihres Erwerbslebens ihren Betrieb veräußern, um ihre Altersvorsorge zu finanzieren. Was hat denn die Bundesregierung vorgesehen gehabt? Sie wollte ermöglichen, dass die großen Konzerne Milliardenverkäufe ohne einen Pfennig Steuer vornehmen können, während der kleine Unternehmer die volle Steuer hätte bezahlen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Gott sei Dank ist es uns gelungen, dies zu ändern.

Dann zur weiteren Senkung der Einkommensteuer. Wir wollen doch einmal festhalten, dass Eichel bei seinem Start eine Senkung der Einkommensteuer nicht vorgesehen hatte. Die gesamte Reform sollte lediglich bei der Unternehmensbesteuerung eine Entlastung von 8 Milliarden DM bringen. Er hatte damals übrigens behauptet, eine größere Entlastung als in Höhe von 8 Milliarden DM sei nicht möglich. Jetzt haben wir eine Entlastung, die wesentlich höher ist. Ich bin überzeugt, man hätte noch etwas mutiger sein können.

Eichel wollte, und zwar auf unabsehbare Zeit, nur eine Senkung des Steuersatzes auf 48,5 %. Meine Damen und Herren, uns geht es nicht nur um den Spitzensteuersatz. Der Spitzensteuersatz ist das Ende der Geraden. Wenn wir den Spitzensteuersatz senken, bedeutet das, dass jedes Einkommen geringer besteuert wird. Dies wollten wir von Anfang an. Wir wollten mit unserem Vorschlag einen wesentlich geringeren Spitzensteuersatz. Eichel hat gesagt, eine Senkung auf 48,5 % sei genug.

(Abg. Birzele SPD: Wofür sind Sie dann in der Vergangenheit gewesen?)

Später hat er dann 45 % akzeptiert.

(Zuruf von der SPD: Warum war er dann auf 43 %?)

– Ich war doch beim Vermittlungsverfahren dabei. Es waren auf Druck der CDU und der FDP bereits 43 %, und zum Schluss hat er 42 % akzeptiert. Ich bin überzeugt: Wenn die Steuerreform nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, sondern in einem ordentlichen Vermittlungsverfahren gelaufen wäre,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Noch einmal zehn Jahre!)

dann wäre dieser Satz noch weiter als auf 42 % abgesenkt worden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Allerschlimmste ist aber die Tatsache, dass wir die gleichmäßige Besteuerung der Kapitalgesellschaften und der gewerblichen Unternehmer nicht erreicht haben.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist so peinlich!)

(Minister Stratthaus)

Wir haben sie nicht erreicht. Bei der Gewinnbesteuerung bestehen Unterschiede von bis zu 11 Prozentpunkten. Die Kleinen, die Personenernehmen, die Privaten müssen bei der Gewinnbesteuerung bis zu 11 Prozentpunkte mehr als die großen Kapitalgesellschaften zahlen. Dies gilt für die Jahre 2001 bis 2005. Wenn wir dann bei 42 % sind, wird es besser, aber der Unterschied beträgt dann immer noch 5 Prozentpunkte.

(Zuruf von der SPD: 4,5 Prozentpunkte!)

Nun will ich Ihnen einmal sagen, warum dies die Bundesregierung gemacht hat.

(Zuruf von der SPD: Das interessiert uns brennend!)

Warum hat die Bundesregierung die großen Konzerne gegenüber den mittelständischen Unternehmen so bevorzugt? Dieses Prinzip gilt in ihrer gesamten Politik. Der große Konzern kann sich gegen zu hohe Steuern wehren; er hat internationale Verflechtungen, er hat Fluchtmöglichkeiten; für ihn muss man etwas tun. Der kleine Unternehmer hingegen kann sich nicht wehren. Deswegen wird er schlechter behandelt. Dasselbe machen Sie bei der Beamtenbesoldung, da sich die Beamten nicht wehren können. Dasselbe machen Sie bei den Rentnern. Immer diejenigen, die sich nicht wehren können, werden von dieser Regierung schlechter behandelt als die Starken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/ Die Grünen)

Was übrigens besonders interessant ist: In den Jahren 2001 bis 2004 belastet das, was beschlossen worden ist, die kleinen Unternehmen sogar noch wesentlich stärker als das, was im Gesetzentwurf des Bundestags enthalten war, und zwar um 15 Milliarden DM. Die Unternehmen müssen aufgrund dieses Schnellschusses in den nächsten vier Jahren 15 Milliarden DM mehr Steuerlast tragen. Woher kommt dies? Die Gewerbesteuerabsetzung wurde verschlechtert, und die Optionsmöglichkeit wurde abgeschafft. Dies kostet die mittelständischen Unternehmer 15 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dies musste am Anfang gesagt werden; denn dieser Nachtragshaushalt hat natürlich viel mit der Steuerreform zu tun. Ich komme jetzt zu den einzelnen Punkten.

Zum ersten Schwerpunkt, Vorsorge für die Steuerreform und Absenkung der Nettoneuverschuldung: Mit diesem Nachtrag hat die Landesregierung mit Blick auf die weiteren Entlastungen in unserem Unions- und FDP-Konzept 2,22 Milliarden DM für die Steuerreform zur Verfügung gestellt. Ursprünglich wollten wir im Jahre 2001 2,22 Milliarden DM für die Steuerreform zur Verfügung haben. Sie wissen, dass es anders gekommen ist. Deshalb brauchen wir nur ungefähr 1,87 Milliarden DM; den Rest, nämlich 350 Millionen DM, wollen wir sofort im Jahr 2000 verwenden, um die Nettoneuverschuldung abzusenken. Die Nettoneuverschuldung wird dann im Jahre 2000 nur noch 1 Milliarde 550 Millionen DM betragen. Ich sage: Dies ist die niedrigste Verschuldung seit 1987. Ich glaube, dies ist eine schöne Leistung.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Zielsetzung ist es auch, bis Mitte dieses Jahrzehnts die Nettoneuverschuldung stufenweise auf null zurückzuführen. Dieses Ziel verfolgen wir mit aller Kraft, und dabei lassen wir uns vom Bund und von anderen Bundesländern nicht übertreffen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Bundesländern, die das schon angekündigt haben. Ich habe heute Morgen einmal die Verschuldungszahlen dieser anderen Länder angeschaut. Wie die das zum Teil erreichen wollen – ich will jetzt keine nennen –, ist mir schleierhaft. Wir allerdings können das erreichen. Ich kann Ihnen sagen, dass die meisten anderen Bundesländer im Jahr 2000 – spezifisch gesehen, pro Kopf der Bevölkerung – eine doppelt so hohe oder dreimal so hohe Nettoneuverschuldung wie Baden-Württemberg haben werden. Deswegen ist unsere Absicht, eine Nettoneuverschuldung von null zu erreichen – zusammen mit Bayern werden wir das erste Bundesland sein –, realistisch. Sie basiert auch auf der Tatsache, dass wir es mit einer anhaltenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu tun haben und dass die Steuereinnahmen in den letzten Monaten recht gut fließen. Außerdem gibt es eine gemeinsame Planung von Bund und Ländern, die darauf abzielt, das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts konsequent zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, der zweite Schwerpunkt ist die Beseitigung der Orkans Schäden. Am 26. Dezember 1999, am zweiten Weihnachtsfeiertag des letzten Jahres, ist der Orkan Lothar über Frankreich, Baden-Württemberg und Teile Bayerns hinweggefegt. Er hat ganz gewaltige Schäden angerichtet. Allein in den Wäldern Baden-Württembergs sind rund 25 Millionen Festmeter Sturmholz angefallen.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird das seltsame Argument gebracht, wir hätten das doch schon lange gewusst. Natürlich haben wir das schon lange gewusst. Deswegen haben wir bereits im Januar im Uretat 100 Millionen DM zur Beseitigung der Orkans Schäden bereitgestellt. An dem glatten Betrag von 100 Millionen DM hat doch jeder gesehen, dass dies zu jenem Zeitpunkt noch nicht auf einer Rechnung basierte, sondern, wenn Sie so wollen, eine Akontozahlung war. Wir wussten damals ganz genau, dass die Schäden höher sind als 100 Millionen DM, aber wir haben zunächst einmal 100 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Nachdem wir nun absehen konnten, wie hoch die Schäden tatsächlich sind, wollten wir noch einmal für das Jahr 2000 130 Millionen DM und für das Jahr 2001 50 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, besonders wichtig scheint mir noch, dass wir auch Existenzhilfen für bäuerliche Privatwaldbesitzer zur Verfügung stellen. Denn das Ausmaß der existenziellen Gefährdung privater kleiner Forstbetriebe wird erst im Zuge der Aufräumarbeiten erkennbar. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind ca. 200 bis 250 Betriebe, vor allem im Schwarzwald, in ihrer Existenz bedroht. Die Landesregierung arbeitet derzeit einen Vorschlag für Existenzhilfen aus. Dafür wurden in den beiden Jahren 2000 und 2001 jeweils 4 Millionen DM in den Nachtragshaushalt eingestellt.

Einzelheiten dieses Programms sind noch festzulegen. Deswegen sieht der Nachtragsentwurf vor, dass die Inan-

(Minister Stratthaus)

spruchnahme dieser Mittel nur mit Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags erfolgen kann.

Darüber hinaus hat die Landesregierung seit Anfang dieses Jahres eine Reihe von weiteren Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene zur Sturmschadensbewältigung eingeleitet.

Der dritte Schwerpunkt, meine Damen und Herren, sind die zusätzlichen Lehrerstellen. Mit dem vorliegenden Nachtrag sollen 940 neue Lehrerstellen für das Schuljahr 2001/2002 geschaffen werden. Damit wird die Politik der Schwerpunktsetzung zugunsten des Bildungsbereichs konsequent fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir haben in den nächsten Jahren noch weiter steigende Schülerzahlen, insbesondere bei den Gymnasien, den Realschulen und den Berufsschulen. Diese steigenden Schülerzahlen werden durch die steigenden Lehrerzahlen vollständig kompensiert.

Ich möchte darauf hinweisen – weil immer gesagt wird, dies käme erst im Schuljahr 2001/2002 – und insoweit Ihr Gedächtnis auffrischen, dass wir bereits für das Schuljahr, das jetzt beginnt, 800 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen. Wir stellen also am Ende des Jahres 2000 800 und am Ende des Jahres 2001 noch einmal 940 Lehrerstellen zusätzlich netto zur Verfügung.

Darüber hinaus haben wir mit dem letzten Haushalt ein 152-Millionen-DM-Programm verabschiedet, das die Unterrichtsversorgung verbessert hat. Sie sehen daran, dass die Unterrichtsversorgung für uns allerhöchste Priorität hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, vielleicht eine weitere interessante Zahl: Diese konsequente Politik zeigt, dass wir im Jahr 2000 4 000 Einstellungen vornehmen können. Wir ersetzen ja alle ausscheidenden älteren Lehrer durch junge, und wir können 800 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Das heißt also, die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer verbessert sich ganz bedeutend.

In dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren, schaffen wir mehr als 2 500 neue Stellen für Lehrer. Ich möchte darauf hinweisen, weil wir das in unserem Wahlprogramm aus dem Jahr 1996 stehen hatten. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass mich mein unmittelbarer Gegenkandidat im damaligen Wahlkampf 1996 immer ausgelacht hat, als ich gesagt habe: Wir werden 2 500 Lehrerstellen schaffen. Jetzt haben wir sie geschaffen. Wir haben auch auf diesem Gebiet unser Versprechen gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen hat die Kultusministerkonferenz für das Jahr 1998 neue Zahlen vorgelegt. Sie zeigen deutlich, dass die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg im Ländervergleich auf einem besonders hohen Niveau steht. Bezogen auf die vergleichbaren alten Flächenländer erreicht Baden-Württemberg die beste Schüler-Lehrer-Relation. Meine Damen und Herren, das sind objektive Zahlen. Das Verhältnis von Lehrern zu Schülern – diese ganz globale Zahl – ist in Baden-Württemberg im Vergleich zu allen anderen alten Flächenländern am besten.

(Abg. Zeller SPD: Wo haben Sie denn das her? – Abg. Maurer SPD: Haben Sie geträumt?)

– Sie fragen, wo ich das her habe? Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie es. Ich habe gesagt, dass es Zahlen der Kultusministerkonferenz für das Jahr 1998 sind, also keine baden-württembergischen Zahlen, sondern Zahlen, die alle Kultusminister von Deutschland zusammengestellt haben.

Knapp 52 % der Beschäftigten des Landes arbeiten im Bildungsbereich. Auf Folgendes lege ich, meine Damen und Herren, ganz großen Wert: Wir bauen zurzeit im öffentlichen Dienst Stellen ab, und zwar ganz beachtlich, stellen aber neue Lehrer ein. Ich habe in diesem Zusammenhang kein Verständnis dafür, wenn uns nun einer vorwirft, wir kämen im globalen Stellenabbau durch das Einstellen von neuen Lehrern, obwohl er noch viel mehr fordert, nicht schnell genug voran. Das ist dann pharisäerhaft.

(Abg. Haas CDU: So ist es! Mindestens!)

Wir müssen für jede zusätzliche Lehrerstelle auf mittlere Sicht in den anderen Bereichen unserer öffentlichen Verwaltung als Ausgleich eine Stelle abbauen, doch das wird langsam schwierig. Allein dadurch, dass die Ausscheidungsquote niedriger ist, kommen wir hier in Schwierigkeiten. Ich wollte nur noch einmal darauf hingewiesen haben, dass wir außerhalb des Bildungsbereichs und außerhalb des Polizeibereichs mit dem Abbau der Stellen völlig in den Terminen liegen. Wir bauen sie in dem Tempo ab, das wir uns vor einigen Jahren vorgegeben haben.

Meine Damen und Herren, wie wird dieser Nachtragshaushalt gedeckt? Ohne Frage kommen uns zwei Tatsachen zugute: die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr und im nächsten Jahr, aber auch der verantwortungsbewusste Umgang mit den uns von den Steuerzahlern anvertrauten Geldern. Wir haben in den letzten Jahren beträchtlich gespart, zum Beispiel beim Personal, wir haben ziemlich rigoros Reste weggestrichen, und wir haben zum Beispiel die Altersteilzeit nicht eingeführt.

(Abg. Zeller SPD: Da sind Sie noch stolz drauf? Das ist ja unglaublich! – Abg. Birzele SPD: „Mit den Beamten kann man es ja machen“, haben Sie vorhin gesagt!)

Außer den Steuermehreinnahmen von 870 Millionen DM gibt es beträchtliche Einsparungen bei verschiedenen Ausgaben, sodass wir im Jahr 1999 einen rechnermäßigen Überschuss von 1,7 Milliarden DM haben. Dies ist ein Rekordergebnis. Aber auch mit diesem Geld gehen wir verantwortungsbewusst um. Wir verwenden die zusätzlichen Deckungsmittel nicht für neue Aufgaben, sondern wir geben sie im Zusammenhang mit der Steuerreform an unsere Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler, zurück.

Die Steuermehreinnahmen des Jahres 2000 sind auch bereits abzusehen. Bereits die Steuerschätzung hat Mehreinnahmen von 394 Millionen DM gegenüber der vorherigen Steuerschätzung gezeigt, und die tatsächlichen Einnahmen liegen noch einmal wesentlich günstiger als die Mai-Steuerschätzung. Es gibt in den Monaten Januar bis Juni insgesamt 1,3 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen, dies allerdings brutto, meine Damen und Herren. Wir wissen noch

(Minister Stratthaus)

nicht, wie viel davon wir im Finanzausgleich abführen müssen. Wie viel wir abführen müssen, hängt davon ab, wie gut die Konjunktur in den anderen Ländern läuft. Weil sie in Baden-Württemberg besonders gut läuft, sind bei uns die Steuereinnahmen besonders hoch, und deswegen befürchte ich, dass uns von den 1,3 Milliarden DM ein ganz, ganz großer Teil im Rahmen des Finanzausgleichs abgezogen wird. Das erfahren wir immer erst ungefähr im September/Oktober eines Jahres.

Angesichts dieser erfreulichen Zunahme der Steuereinnahmen können wir aus heutiger Sicht mit weitestgehender Sicherheit davon ausgehen, dass wir am Ende des Jahres über das Steuerschätzungsergebnis hinaus ungefähr eine halbe Milliarde Mark netto mehr in der Kasse haben werden. Die Veranschlagung weiterer Steuereinnahmen in Höhe von 465 Millionen DM zusätzlich zum Ergebnis der Steuerschätzung ist deswegen auch nach dem Prinzip kaufmännischer Vorsicht ohne Einschränkung gerechtfertigt. Auch diese Mittel sind im Nachtrag nicht für neue Ausgaben eingesetzt, sondern für die Finanzierung der Steuersenkungen. Soweit sie dafür nunmehr nicht erforderlich sind, werden sie zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet.

Meine Damen und Herren, das Fazit: Der vorgelegte Nachtrag stellt die solide, verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte Finanzpolitik

(Abg. Brechtken SPD: Verbindliche!)

dieser Landesregierung unter Beweis. Zusammen mit Bayern sind wir

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Spitze!)

eine finanzpolitische Bastion.

Frau Erdrich-Sommer, vergleichen Sie das mit allen Ländern, in denen die Grünen mitregieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind neben Bayern das Land mit der geringsten Verschuldung. Wir sind das Land mit der stärksten Wirtschaftskraft. Wir sind das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit, und wir sind das Land, das für die Bildung das meiste Geld ausgibt.

(Lachen des Abg. Bebbler SPD – Abg. Brechtken SPD: Das stimmt natürlich nicht! Das ist schlicht falsch!)

Wir sind das Land, das für die Bildung das meiste Geld ausgibt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Meine Herren, zur Bildung gehört auch, dass man lernt, zuzuhören und nicht verfrüht Kommentare abzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezuto SPD: Den Spruch werden wir uns merken! – Abg. Birzele SPD: Es gehört auch dazu, erst nachzudenken und dann zu reden!)

Mit diesem Nachtrag setzen wir unsere Linie konsequent fort. Wir investieren in die Zukunftschancen unserer Kinder, indem wir 940 neue Lehrerstellen schaffen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber erst übermorgen!)

Dank unserer Vorsorge sind wir in der Lage, die Nettoneuverschuldung um 350 Millionen DM auf 1,55 Milliarden DM abzusenken. Ich bin überzeugt, dass wir mit beiden Maßnahmen verantwortungsbewusst gegenüber der zukünftigen Generation gehandelt haben. Sparen auf der einen Seite und Investieren dort, wo es der Zukunft dient – dies ist das Motto unserer Politik.

Meine Damen und Herren, im Namen der Landesregierung bitte ich Sie, diesem Nachtrag nach eingehender Beratung Ihre Zustimmung zu geben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Haas CDU: Das machen wir!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich erteile Herrn Abg. Oettinger das Wort.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt hoffentlich mal was zur Sache!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit dem Nachtragshaushalt stellt die Koalition von CDU und FDP/DVP in drei Bereichen die Weichen, in drei Bereichen, die uns wichtig sind.

Erstens: Die Schäden durch den Orkan Lothar waren im Januar nicht in dem Maße übersehbar. Deswegen war die Größenordnung von 100 Millionen DM damals geboten, aber es zeigt sich jetzt, dass die Sanierung unseres Waldes mehr kostet,

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

dass für die Vermögenssicherung im Wald mehr Mittel notwendig sind. Deswegen stellen wir in diesem Jahr weitere 130 Millionen DM und im nächsten Jahr weitere 50 Millionen DM bereit. Damit wird erreicht, dass der Vermögensfaktor Wald in Baden-Württemberg gehalten werden kann und der Schaden so schnell wie möglich gemindert und behoben werden wird.

Zweitens: Der Privatwald ist uns ebenfalls wichtig, und mit zweimal 4 Millionen DM leisten wir einen Beitrag dazu, dass die Kleinwaldbesitzer in Baden-Württemberg ihre Existenz nicht aufgeben, den Wald bewirtschaften und damit ein Partner für Natur und Landschaft in Baden-Württemberg bleiben. Auch diese Weichenstellung ist zeitgerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Punkt Orkanshäden war haushaltsrechtlich der auslösende Faktor dafür, dass der Nachtrag jetzt vorgelegt worden ist. Im Zuge dessen stellen wir die Weichen in zwei anderen Bereichen, die uns landespolitisch überragend wichtig sind.

(Oettinger)

Wir haben in der Tat die Entscheidung über die Unterrichtsversorgung 2001/2002 bei der ordentlichen Haushaltsberatung zurückgestellt. Damals wurden die 400 Stellen, die für September nächsten Jahres vorgesehen waren, auf dieses Jahr vorgezogen. Deswegen war die Frage berechtigt: Wie haltet ihr, CDU und FDP/DVP, es mit der Sicherung des Unterrichts im nächsten Schuljahr? Die Antwort wird gegeben: 940 Stellen kommen hinzu.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt fangen Sie schon wieder an! – Abg. Brechtken SPD: Im nächsten Schuljahr? – Weitere Zurufe von der SPD)

940 Stellen kommen im nächsten Jahr hinzu, Kollege Brechtken. Damit hat Baden-Württemberg mit plus 800 Stellen in diesem Jahr und plus 940 Stellen im nächsten Jahr eine Antwort auf die berechtigte Frage, auf die Sorge um die Sicherung des Unterrichts in Baden-Württemberg erbracht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Nach der Legislaturperiode! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Deren Notwendigkeit nicht bestritten wird!)

Überdies werden – auch dies ist wichtig – die Nebenlehrermittel in diesem Jahr voll gefahren. Die Zeitverträge laufen nicht nur Wochen, sondern ein Jahr. Wir sorgen dafür, dass mit diesem Titel und einer Gleitklausel die notwendigen Mittel dafür erbracht werden, dass der Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg nahe null bleibt und im Vergleich niedriger als in anderen Bundesländern gehalten werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Moser SPD: Nahe null? – Abg. Brechtken SPD: Was ist „nahe null“? 47 %? 49 % ist auch nahe bei null! – Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Unter 100!)

Drittens: die Steuereinnahmen insgesamt. Mit dem Nachtragshaushalt aktualisieren wir die Einnahme- und Ausgabenrechnung und beziehen das ein, was im Steuerrecht entschieden worden ist. Wir nehmen den Rechnungsüberschuss aus dem letzten Jahr, wir nehmen die Mai-Steuerschätzung von diesem Jahr, und wir nehmen die tatsächliche Entwicklung der Steuereinnahmen, wie sie sich im ersten Halbjahr ergeben hat.

Daraus folgt ein Ergebnis, das meines Erachtens mit zwei Punkten entscheidende Bedeutung erlangt.

Erster Punkt: Baden-Württemberg setzt die Steuerreform um und macht keine einzige Mark neue Schulden. Wir verkraften den gewollten strukturellen Einnahmeausfall im nächsten Jahr, ohne dass der Steuerzahler oder die nächste Generation daraus eine Belastung erfährt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Unsere Nettoneuverschuldung geht nicht nach oben, und das trotz der gewollten Steuerreform, trotz der Entlastung des Steuerzahlers. Ich bin gespannt, ob auch alle anderen Länder in der Lage sind, die Steuerreform zu verkraften.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Ich möchte wetten, dass manche rote und grüne Regierung

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und manche CDU-Regierung! Das ist das Problem!)

jetzt die tatsächliche Nettoneuverschuldung nach oben fährt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens: Die tatsächliche Entwicklung ist so gut, unsere Vorsorge war so ausreichend, dass wir in der Nettoneuverschuldung in diesem Jahr nach unten gehen. CDU und FDP/DVP legen dem Finanzausschuss am nächsten Montag einen Antrag vor – Sie können dem gern zustimmen –, der fordert, dass die tatsächliche Neuverschuldung in diesem Jahr von geplanten 1,9 Milliarden DM um 350 Millionen DM nach unten gefahren wird und Baden-Württemberg in diesem Jahr maximal 1,55 Milliarden DM neue Schulden macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In früheren Jahren, als ihr noch in Bonn regiert habt, ist das immer nach oben korrigiert worden! – Gegenruf des Abg. Weiser CDU: Deshalb sind wir besser!)

Im Ländervergleich liegen wir damit zeitgerecht und einmalig gut.

Der Nachtragshaushalt hat drei Säulen und nicht mehr: Orkanshäden durch den Orkan Lothar, Unterrichtsversorgung in Lehrerstellen und drittens die Steuerreform und die Absenkung der Neuverschuldung. Deswegen werden wir – das ist berechtigt – von wichtigen Bereichen der Öffentlichkeit gefragt: Warum tut ihr nichts für Lehrstellen bei der Polizei, für Ersatzleistungen für die Kirchen oder aber für die Notariatsreform?

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ich sage für meine Fraktion ausdrücklich zu: Wenn jetzt ein Nachtrag auf drei Zwecke beschränkt ist und drei überragende Ziele hat, dann wird der zweite Nachtrag im Frühjahr oder Sommer nächsten Jahres für die anderen Themen offen sein. Deswegen werden wir alle anderen berechtigten Forderungen abarbeiten, beraten und entscheiden, wenn der allgemeine Nachtrag im Frühjahr nächsten Jahres anstehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat die Steuerreform an den Anfang seiner Rede gestellt. Ich sage für meine Fraktion im Rückblick auf letzten Freitag durchaus: Hut ab, Respekt!

(Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das war tricky und clever gemacht. Alle Achtung, Schröder wurde von einigen unterschätzt. Aber damit das auch klar ist: Diese Steuerreform ist besser als der ursprüngliche Regierungsentwurf. Eichel musste nachlegen, weil die Christlich-Demokratische Union in Deutschland entschieden auf wichtige Positionen hingewiesen hat.

(Abg. Göbel CDU: So ist es!)

(Oettinger)

Für Mittelstand und Steuerzahler sähe es deutlich schlechter aus, wenn nicht im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss die Schwachstellen der Eichel'schen Steuerreform offen gelegt worden wären.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Pfister FDP/
DVP und Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen, verehrte Kollegen von Rot und Grün:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein,
von Grün nicht!)

Der Eichel-Entwurf war ausreichend bis mangelhaft, die jetzige Steuerreform verdient die Note „Drei minus“. Wäre sie nach unserem Entwurf gekommen, wäre sie deutlich besser geworden.

(Abg. Haasis CDU: „Eins plus“! – Abg. Sieber
CDU: Mindestens „Zwei plus“!)

Ich sage Ihnen, sie hätte schlechter ausfallen können; aber gut ist sie deswegen noch lange nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich will eine zweite Bewertung anschließen. Lieber Kollege Maurer, wenn Sie vor zwei Jahren einen Spitzensteuersatz von 42 % bei Ihrer Basis, bei den Jusos

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

mit Lafontaine, beim DGB hätten vertreten dürfen, hätten sich alle Ihre Nackenhaare gesträubt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Im Grunde genommen machen Sie Politik nach dem Motto „Hauptsache Mehrheit, egal, was drinsteht“. Damit sind Sie wie Schröder beliebig. Schröder steht nicht für Programme, Schröder steht nur für Victory.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Ich kann mit 42 % vermutlich besser leben als Sie.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir
können damit sehr gut leben!)

Ich kann mit dem, was der Mittelstand erreicht hat, besser leben als Ihre Partei.

Deswegen: Hut ab! Clever gemacht, tricky. Aber in Wahrheit hat nur die Entschiedenheit von CDU/CSU und FDP im deutschen Bundesrat eine Abmilderung der Schwächen und eine Verbesserung in der Sache erreicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Nagel SPD:
Das ist wie Augsburger Puppenkiste! – Abg. Ca-
pezzuto SPD: Ist das Ihr Ernst?)

Ein letzter Punkt: Mit dem, was für Bremen, für Berlin und für Brandenburg an Schmiergeld versprochen worden ist, wird eindeutig dem Land Baden-Württemberg Schaden zugefügt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Vor-
sicht! Das hören die da oben! – Zuruf des Abg.
Drexler SPD)

– Herr Drexler, guten Tag. Auch schon da?

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich! Hessen-Skan-
dal!)

Mit dem, was für Brandenburg, für Berlin und für Bremen an Schmiergeld gezahlt worden ist, wird eindeutig dem Interesse des Landes Baden-Württemberg Schaden zugefügt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Unge-
heuerlich! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die
Grünen: Reden Sie nicht von Schmiergeld, Sie
nicht!)

Deswegen meine Bitte – Sie sind ja gleich dran –: Sagen Sie, wie Sie 500 Millionen DM für Verkehrswege finanzieren. Gibt es vielleicht einen Vorwegabzug zulasten der anderen Länder im Bundesverkehrshaushalt? Ich fürchte, leider ja. Das heißt: noch weniger Straßenbau. Diese rot-grüne Regierung schmiert Brandenburg und schädigt Baden-Württemberg.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg.
Drexler SPD und Dr. Salomon Bündnis 90/Die
Grünen)

Zweite Frage: Wir haben in diesem hohen Haus mehrfach –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Maurer, können Sie Ihre Truppe mal zur Ordnung rufen.

(Abg. Maurer SPD: Ich verstehe sie vollkommen!)

Wir haben in diesem hohen Haus intensiv über die Position Baden-Württembergs beraten und beim Thema Länderfinanzausgleich Einigung erzielt.

(Abg. Drexler SPD: Schmiergeld!)

Wir haben mehrfach gesagt, dass die Stadtstaatenbewertung, die Einwohnerveredelung für Berlin, Bremen und Hamburg, nicht mehr angebracht, ungerecht, für uns nachteilig ist. Wir haben festgehalten, dass die Hafencosten nicht mehr geltendes Recht bleiben können. Damals waren Sie beide unserer Meinung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir
nicht!)

Wir waren doch bei dem Thema Einwohnerbewertung und -veredelung einer Meinung: Sie ist nicht mehr angebracht. Die Hafencosten haben auch Sie für nicht mehr zeitgerecht erklärt. Und jetzt geht Schröder in eine Garantenstellung, dass beides bleiben soll. Wenn Sie das so wollen und mittragen, dann muss Ihnen klar sein: Sie schädigen damit die Interessen der Bürger von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

(Oettinger)

Ich ziehe in drei Sätzen mein Fazit:

Erstens: Der Nachtrag aktualisiert das, was im Interesse des Landes geboten, was haushaltsrechtlich und politisch sinnvoll ist.

(Abg. Drexler SPD: Schmiergeld!)

Zweitens: Hut ab! Clever und tricky gemacht.

Drittens: Die Interessen Baden-Württembergs sind von Rot und Grün übel verletzt worden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man spricht bei Haushaltsberatungen gemeinhin vom Königsrecht des Parlaments. Sie, Herr Finanzminister, haben heute einen Eilhaushalt, wie Sie ihn selbst bezeichnet haben, eingebracht. Der entscheidende Punkt dieses Eilhaushalts sind die Waldschäden vom Dezember letzten Jahres. Deshalb muss man der Frage nachgehen – das will ich am Anfang meiner Rede tun –: Warum haben Sie diesem Parlament eigentlich ein solches Verfahren zugemutet, indem Sie hier, mit dem Zwang zur Durchführung einer Sondersitzung des Plenums und einer Sondersitzung des Finanzausschusses, in kürzester Frist einen Eilhaushalt vorgelegt haben? Die Waldschäden und ihre Konsequenzen sind seit Monaten bekannt.

Es stellt sich erstens die Frage: Haben Sie mit der Einbringung eines Nachtrags gewartet, weil Sie erwartet haben, die Erlöse aus Privatisierungen, aus dem Verkauf von Anteilen an die EdF in den Nachtragshaushalt einstellen zu können? Sie sind mit Ihrem Vorhaben aber gescheitert, weil Sie mit diesen Dingen bis heute noch nicht fertig sind.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben etwas versprochen, was Sie nicht halten können. Jetzt müssen Sie einen Eilhaushalt einbringen, weil Sie die andere, große Lösung nicht haben durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir hätten diesen Haushalt völlig ordnungsgemäß beraten können – wie alle anderen Haushalte auch. Der zweite Grund dafür, dass Sie dies nicht tun, besteht darin – das geben Ihre Kollegen hinter vorgehaltener Hand ja zu –: Der Finanzminister ist nicht mehr in der Lage, seine eigene Fraktion von seiner finanzpolitischen Linie zu überzeugen, weil er Angst hat, dass bei einer längeren, ordnungsgemäßen Beratung die ganze Sache ins Rutschen käme und Forderungen und Wünsche von Einzelnen durchgesetzt würden, Forderungen und Wünsche, die nicht seinen Vorstellungen entsprechen. Deshalb mutet er uns ein solches Verfahren zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das Dritte – das will ich hier auch anfügen, Herr Finanzminister –: Wir haben hier zum ersten Mal etwas völlig Neues erlebt. Wir hatten in diesem Haus bisher Konsens darüber: Wir machen eine Steuerschätzung – sie ist ja zwischen Bund und Ländern abgesprochen –, und diese ist die Basis für die Einnahmeseite. Auf der Basis dieser Einnahmeseite werden die Auffassungen über die Veranschlagung der Ausgaben in kontroverser Diskussion zwischen der Regierung, der Opposition und den einzelnen Fraktionen ausgetauscht.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie haben auf der Einnahmeseite zum ersten Mal höhere Steuereinnahmen eingestellt, als sie die Steuerschätzung vorsieht. Sie haben exakt den Betrag eingestellt, den Sie nach Ihrem ursprünglichen Verfahren benötigt haben, um Ihre steuerrechtlichen Vorstellungen zu finanzieren. Sie haben hier Steuerschätzungen nach Gutsherrenart durchgeführt. Das ist eine völlig neue Qualität in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Auch da zeigt sich, Herr Finanzminister, dass Sie nicht mehr in der Lage sind, bestimmte Prinzipien der Finanzpolitik durchzusetzen und durchzuhalten. Ich will es einmal so formulieren: Wir kommen alle sehr freundlich mit Ihnen aus.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Aber im Vergleich mit Ihnen war Ihr Amtsvorgänger Mayer-Vorfelder geradezu ein finanzpolitischer Hüne.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Unter seiner Amtszeit als Finanzminister gab es hier klare Vorgaben. Da konnte man sich auch an etwas halten, und da gab es eine saubere Auseinandersetzung.

(Abg. König REP: Wir wollen MV wieder haben!)

Aber in der Finanzpolitik hier kommt es allmählich zu einer völligen Beliebigkeit, die für dieses Land nicht haltbar ist, weil sie keine sauberen Grundlagen bietet.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haas: Zugunsten des Landes!)

– Nein, nein, das ist nicht zugunsten des Landes. Denn wenn wir diesen Weg gehen, lieber Herr Haas, werden wir künftig keine klaren Grundlagen haben. Jeder wird die Steuereinnahmen dann so schätzen, wie er es gern hätte.

Dass Sie von der FDP/DVP da mitmachen,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

obwohl Sie dies in allen finanzpolitischen Debatten bisher immer abgelehnt haben, ist Ihre Sache.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was abgelehnt? – Gegenruf des Abg. Birzele SPD)

(Brechtken)

Ich will zum zweiten Punkt kommen. Lassen Sie mich kurz etwas zur Steuerreform sagen, die den bisherigen Verlauf der heutigen Debatte ein Stück weit beherrscht hat. Ich will etwas zitieren, und das finde ich richtig: Der letzte Freitag mit dem Beschluss des Bundesrats und damit dem Inkraftsetzen der Steuerreform war ein guter Tag für Deutschland und seine Menschen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Er hätte allerdings besser sein können!)

Eines verstehe ich nicht: In der Politik kann man in einem Bereich, in dem wir gegenseitig auf Zustimmung angewiesen sind und in dem wir Kompromisse schließen müssen, doch nicht meinen, dass man einseitig seine Position durchsetzen könnte. Wenn Sie sagen, es seien in dieser Steuerreform wesentliche Elemente Ihrer Vorstellungen verwirklicht, dann müssen Sie einer solchen Steuerreform zustimmen. Genau das tun Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Lafontaine ist gerade aus dem Bett gefallen, gell!)

Warum ist das so? Man muss einmal in die Verfassung hineinschauen. Was ist denn der Bundesrat? Der Bundesrat ist das Organ der Länder

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! Und nicht der Parteien! Und nicht der CDU!)

zur Mitwirkung an der Gesetzgebung. Er ist das Forum für die Wahrung der Länderinteressen.

(Abg. Sieber CDU: Das hätten Sie mal Lafontaine vorlesen sollen! – Abg. Haas CDU: Lafontaine!)

Er ist nicht das Forum für die Umsetzung parteipolitischer Interessen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Sieber CDU: Mir kommen fast die Tränen, Herr Kollege!)

Was ich Ihnen, vor allem dem Ministerpräsidenten, vorwerfe, ist: Sie haben Parteiinteressen vor Länderinteressen, auch vor die Interessen dieses Landes, gesetzt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und wenn Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, von Schmiergeld reden,

(Abg. Seimetz CDU: Dann hat er Recht!)

dann meinen Sie ja Diepgen, dann meinen Sie Schönbohm, dann meinen Sie Perschau und andere.

(Abg. Oettinger CDU: Eichel und Schröder!)

Ich habe überhaupt nichts gegen politische Auseinandersetzungen. Aber eine Partei, die Gegenstand eines Untersuchungsausschusses zu exakt diesem Thema ist, sollte nicht gegen die eigenen Leute solche Töne spucken.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Bei allen politischen Unterschieden, die ich mit den drei genannten Herren der CDU habe: Ich finde es unerträglich, diese hier dem Schmiergeldverdacht zu unterstellen. Das halte ich für nicht sachgerecht und nicht sachdienlich.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Ein Skandal! – Abg. Seimetz CDU: Eichel und Schröder haben Schmiergeld bezahlt!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren – jetzt bin ich wieder bei der Frage der Landesinteressen –: Wir werden beim Länderfinanzausgleich einen Vergleich brauchen, bei dem die Interessen der verschiedenen Länder austariert werden. Ihre Haltung und solche Positionen der Landesregierung, Herr Oettinger, werden beim Länderfinanzausgleich einen Konsens, bei dem die Interessen des Landes gewahrt werden, unmöglich machen. Sie sind dabei, in diesen Fragen die Möglichkeit, die Interessen des Landes zu wahren, kaputtzumachen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen des Abg. Haasis CDU)

Aber Ihnen geht es doch nicht um das Ergebnis. Ihnen geht es um den Landtagswahlkampf. Ihnen geht es um Vorurteile gegenüber anderen, aber nicht um ein solides Ergebnis im Interesse des Haushalts dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Seimetz CDU: Solch ein Stuss! – Abg. Haas CDU: Nicht einmal Beifall kriegen Sie dafür!)

Lassen Sie mich noch einen Punkt anfügen. – Also, Herr Haas, eines habe ich mir bei einer meiner letzten Reden hier vorgenommen: Ihnen, nachdem Sie hier permanent in dieser Form mit Zwischenrufen auftreten, zu sagen: Sie sind zwar Badener, aber für Sie gilt der Spruch, der hier in Stuttgart von den Schwaben gesagt wird: Sie send oiner von dene, die en Neckr bronzat ond moinat, 's müsst Hochwasser komma.

(Große Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe – Abg. Drexler SPD: Das Wort „bronze“ versteht er nicht! – Abg. Capezuto SPD: Das muss man übersetzen!)

Jetzt will ich noch einen Punkt zur Weiterführung ansprechen. Wir haben einen Bereich, in dem wir in unserer Gesellschaft im Augenblick noch um einen Konsens ringen: Das ist das Thema Rentenreform. Auch da sage ich: Ich bin gespannt, wer sich durchsetzen wird.

Heute Morgen habe ich im Deutschlandradio ein Interview mit Frau Merkel gehört, bei dem sie meiner Ansicht nach zur Niederlage am Freitag sehr nachdenkliche und, wie ich meine, sehr interessante Gedanken geäußert hat. Für mich wird auch bei der Rentenreform die Frage sein: Werden sich Kohl und Teufel mit ihrer Strategie durchsetzen oder Frau Merkel, die begriffen hat, dass wir bei bestimmten Fragen in dieser Gesellschaft aufeinander zugehen müssen und einen Konsens suchen müssen.

(Brechtken)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Verschuldung sagen. Herr Finanzminister, Sie haben gesagt – und das stimmt ja –: Wir senken die Neuverschuldung. Aber womit hat das zu tun? Die Steuereinnahmen in diesem Land sind auch durch die Politik der Bundesregierung deutlich gestiegen,

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

weil man erhebliche Steuerschlupflöcher geschlossen hat

(Abg. Haasis CDU: Was?)

und weil die Wirtschaftspolitik auch zu mehr Steuereinnahmen führt. Das fällt ja nicht vom Himmel.

(Abg. Sieber CDU: Das war das Schönste! Das war der beste Witz des Tages! – Abg. Haasis CDU: Zählen Sie doch mal ein paar auf!)

Deshalb ist doch völlig klar, dass es vernünftig ist, die Steuermehreinnahmen zur Schuldensenkung zu verwenden. Da haben wir ja auch vollen Konsens. Dieses Haus hat beschlossen, und zwar einstimmig, dass jede Steuermehreinnahme zur Schuldentilgung und zur Schuldensenkung verwendet wird.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Aber Sie nutzen nicht alle Chancen, die wir hätten. Sie privatisieren zurzeit öffentliches Vermögen des Landes. Wenn man öffentliches Vermögen privatisiert, dann muss dieses Vermögen zum Abbau von Negativvermögen verwendet werden, sprich von Schulden. Wir wären wesentliche Schritte weiter, wenn Sie endlich unseren Weg mitgehen würden, die Privatisierungserlöse zur Schuldenverringerung einzusetzen. Dann kämen wir dem Ziel der Nullverschuldung wesentlich näher,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

und wir hätten durch eingesparte Zinsen und eingesparte Tilgung Spielräume für künftige Investitionen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch die Bildung ansprechen. Ich glaube, dass Bildungspolitik mit einem ganz ehrlichen Umgang mit den Fakten beginnen muss.

(Abg. Haas CDU: Das gilt für die ganze Politik! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Was mich stört, ist, dass im Augenblick diese Fakten nicht auf den Tisch gelegt werden, um Defizite, die bei uns im Schulsystem vorhanden sind, zu verstecken. Wir werden im kommenden Schuljahr, im Schuljahr 2000/2001, 20 000 Schüler mehr haben. Diese werden in die Schulen kommen und müssen unterrichtet werden. Wir haben Unterrichtsausfall. Der Unterricht ist nicht garantiert. Nicht einmal der Unterricht ohne Ergänzungsbereiche ist in diesem Land garantiert.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Deshalb müssen wir im Bereich der Unterrichtsversorgung sofort handeln und nicht erst später.

Ich will einmal ein Beispiel aus Karlsruhe nennen, das mir heute Morgen mitgeteilt wurde. In Karlsruhe ist jetzt entschieden worden, dass in so genannten sozialen Brennpunkten Folgendes geschieht: Die bis jetzt für so genannte Brennpunktschulen zusätzlich gewährten 20 Deputatsstunden Sozialzuschlag werden ersatzlos gestrichen. Projektzuschläge, zum Beispiel für das LRS-Projekt, also das Lese-/Rechtschreibschwäche-Projekt, werden ebenfalls gestrichen. Im neuen Schuljahr werden keine neuen fünften Klassen für Erziehungshilfe mehr eingerichtet. Die generelle Lehrerversorgung liegt gerade in diesen schwierigen Situationen bei 97 % und nicht in einem Bereich, wie wir ihn uns wünschen. Das heißt, wir haben gerade dort, wo wir vor allem aus pädagogischen Gründen einen Einsatz von Lehrkräften brauchen, erhebliche Defizite. Das, was ich hier vorgetragen habe, gilt eigentlich im Prinzip tendenziell für den gesamten Hauptschulbereich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben – das ist das, was mich so ärgert – über Tage hinweg in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt – Sie, Herr Oettinger, haben vorhin auch von mehr Lehrern gesprochen –,

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

als würden wir für dieses Schuljahr, wo wir Defizite haben, zusätzliche Lehrer in der Größenordnung von 940 einstellen. Nein, Sie verschieben das bis nach der Landtagswahl, wollen aber versuchen, vor der Landtagswahl positive Zustimmung zu erfahren. Deshalb sagen wir, wir werden Sie zwingen, und wir werden den Antrag stellen, dass wir diese Lehrerstellen, die wir dringend brauchen, jetzt schaffen, denn unsere Schülerinnen und Schüler brauchen sie jetzt und nicht erst im nächsten Schuljahr.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Dann, Herr Finanzminister, auch noch zur Frage der ehrlichen Bestandsaufnahme in der Bildungspolitik. Ich will nur ein Beispiel nennen. Sie haben gesagt, Baden-Württemberg stehe mit den Bildungsausgaben ganz an der Spitze. Wir sind uns doch hoffentlich einig, dass der richtige Bezugspunkt das Bruttoinlandsprodukt, also die Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes ist.

(Abg. Haasis CDU: Was hat das Bruttoinlandsprodukt mit der Zahl der Lehrer zu tun? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mit den Ausgaben des Landes!)

– Entschuldigung, es geht hier um Bildungsausgaben für diesen Bereich. Herr Haasis, mit Ihnen brauche ich doch über dieses Thema nicht zu diskutieren.

(Abg. Sieber CDU: Doch, gerade mit dem müssen Sie diskutieren! – Abg. Haasis CDU: Das Bruttoinlandsprodukt hat mit der Zahl der Lehrer nichts zu tun!)

(Brechtken)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat wesentlich mehr Lehrer als wir. Das ist aber auch verständlich, weil es wesentlich größer ist. Was sollten denn diese absoluten Zahlen? Es ist doch ein absoluter Unsinn, solche Vergleiche zu machen.

(Abg. Haasis CDU: Auf die Schülerzahl beziehen!
– Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Die Frage ist: Was geben wir, bezogen auf unsere gesamtwirtschaftliche Leistung, in diesem Land für die Bildung aus?

(Abg. Zeller SPD: So ist es! – Abg. Kluck FDP/
DVP: Länderfinanzausgleich!)

Da sehen die Zahlen so aus: Wir liegen mit 2,48 % gegenüber dem Gesamtdurchschnitt von 2,65 % unter dem Durchschnitt, und wir liegen im Vergleich zu den Flächenländern – man kann die Stadtstaaten nicht immer einbeziehen – auch deutlich unter dem Durchschnitt. Baden-Württemberg liegt in der Bildungspolitik eben nicht an der Spitze, sondern wir haben im Vergleich mit anderen Ländern einiges nachzuholen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Das ist derselbe Vergleich, wie wenn Sie die Intelligenz der Abgeordneten an der Höhe der Diäten messen würden!)

Deshalb sage ich Ihnen: Nutzen Sie nach außen die Chancen unseres Landes, indem Sie endlich den Bundesrat als ein kooperatives Element entdecken, wo Sie die Landesinteressen und nicht die Parteiinteressen vertreten. Machen Sie im Land endlich den Schritt, der notwendig ist, etwa in der Bildung, indem Sie das Defizit an unseren Schulen sofort abbauen und den Abbau nicht auf das nächste Jahr verschieben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen haben wir als grüne Fraktion einen Nachtrag gefordert, um Überschüsse und Mehreinnahmen in diesem Land zu etatisieren und konsequent für den Schuldenabbau zu nutzen. Erstaunlich schnell kam der Herr Finanzminister unseren Forderungen nach, so schnell, dass ein Verfahren gewählt wurde, das man Parlamentariern fast nicht zumuten kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist so schlimm an diesem Verfahren?)

Dieses Verfahren erfordert, dass wir innerhalb kürzester Zeit einen Nachtrag durchdiskutieren und eine Sondersitzung machen müssen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt!)

– Herr Pfister, das ist natürlich ein Verfahren, das für eine so gewichtige Frage und so hohe Geldbeträge nicht in Ordnung geht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen zur CDU: An einem Tag habt ihr uns für verrückt erklärt, und am nächsten Tag habt ihr es gemacht!)

Herr Brechtken hat viel zum Verfahren gesagt. Ich möchte mich der Sachfrage zuwenden. Die Finanzlage hat sich verbessert, sie hat sich besser entwickelt als erwartet: 1,7 Milliarden DM Überschuss im Jahr 1999, ungefähr 960 Millionen DM Mehreinnahmen, die Sie jetzt für die Jahre 2000 und 2001 veranschlagen. Das sind erfreuliche Ergebnisse, meine Damen und Herren. Ich muss aber sagen, wenn hier so getan wird, als ob das die Landesregierung von Baden-Württemberg verursacht habe: Das waren die Bürgerinnen und Bürger des Landes und der Fleiß und die Unternehmerskraft der Bürger hier, das war keine politische Sache, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Weiser CDU: Gilt das für den Bund auch?)

Erfreulich ist auch, dass die Steuerreform in trockenen Tüchern ist. Da können Sie jetzt unken, wie Sie wollen: Das ist positiv. Wenn Sie die Zeitungen lesen, werden Sie kaum negative Erklärungen finden, sondern die Wirtschaft auf breiter Front und die Bürgerinnen und Bürger sind froh, dass dieser Steuerreform jetzt endlich zum Erfolg verholpen wurde.

(Abg. Haas CDU: Die wären auch 1998 froh gewesen!)

Sie sagten, die Landesregierung sei nicht bestechlich. Das stimmt. Aber man könnte auch als stur bezeichnen, was hier passiert ist. Aus dem heute in der „Frankfurter Allgemeinen“ erschienenen Bericht wird ziemlich klar, dass sich die weniger reichen Länder schon lange an ihre CDU-Kollegen gewandt und dort nachgefragt haben, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, Hilfen zu starten, weil sie die Steuerreform in ihren Auswirkungen so nicht verkraften könnten. Da war aber Funkstille. Die Solidarität der CDU-regierten Länder untereinander ist dürftig bis schauerlich. Sie haben mit dem Länderfinanzausgleich im Grunde die Solidarität mit ihren eigenen Kollegen in den Ländern aufgegeben. Meine Damen und Herren, das, was stattfindet, ist, wie ich finde, eine ganz fatale und schlimme Entwicklung, dass Länder untereinander nicht mehr einsehen, dass dadurch die Nordländer und hauptsächlich die Länder, die im Osten liegen, sehr große Schwierigkeiten haben, ihre Länderhaushalte einigermaßen vernünftig zu finanzieren. Wir sind da Gott sei Dank in einer wesentlich besseren Position.

Im vorgelegten Haushalt werden nun für die Steuerreform Rückstellungen gebildet, und zu diesen Rückstellungen habe ich zwei große Fragenkomplexe.

Die erste Frage lautet: Warum Rückstellungen und nicht Schuldenabbau? Streng finanztechnisch betrachtet ist es relativ gleichgültig, ob ich die 1,7 Milliarden DM – bzw. es sind ja tatsächlich 1,5 Milliarden DM – Überschuss, die noch nicht etatisiert sind, in die Rückstellungen gebe oder ob ich sie zum Schuldenabbau verwende. Fakt ist doch, dass Sie – was Sie jetzt wollen – in dieser Höhe zuerst Kredite aufnehmen und dann das Geld in den Grundstock legen. Meines Erachtens ist die große Frage, ob dies wirtschaftlich sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Hier kommt es

(Marianne Erdrich-Sommer)

auf das Kreditmanagement an. Ich hoffe, Sie werden uns im Finanzausschuss exakte Vorlagen dazu geben, ob es tatsächlich vernünftig ist, zuerst Kredite aufzunehmen, die dann auch finanziert werden müssen, und die Mittel dann in den Grundstock zu legen und entsprechend zinsbringend anzulegen. Sie müssen uns schon sagen, was daran finanztechnisch vernünftig ist.

Die zweite, wesentlich spannendere Frage ist: Wie groß sind denn tatsächlich die Auswirkungen der Steuerreform? Ich wundere mich schon: Sie verwenden für die Einnahmen die tatsächlichen Werte für die Jahre 2000 und 2001, aber die Auswirkungen der Steuerreform belassen Sie so, wie sie durch die ursprünglich im Bundestag verabschiedete Steuerreform entstanden wären. Zwischenzeitlich sind aber, wie Sie ja selbst sagen, aufgrund Ihres Drucks einige Veränderungen durchgegangen; dafür haben die FDP und die CDU ja entsprechend viel getan – das muss man auch einmal sagen. Dies hat aber Auswirkungen auf die Höhe der Steuermindereinnahmen.

Ich möchte schon wissen, wie Sie uns heute einen Haushalt mit einer Steuermindereinnahme in Höhe von ungefähr 1,7 Milliarden DM vorstellen können. Das Bundesfinanzministerium spricht ja von wesentlich höheren Zahlen. In den einschlägigen Wirtschaftszeitungen wird schon veröffentlicht, wie viel Steuermindereinnahmen auf die einzelnen Länder zukommen. Das betrifft Baden-Württemberg bei Gott stärker als mit 1,7 Milliarden DM. Ich möchte schon gerne wissen, wie Sie dies finanzieren. Es ist doch eine fatale Situation, dass wir einen Haushalt verabschieden, bei dem Sie so tun, als ob Sie alles im Griff hätten. Sie stellen alles zurück; wir haben Mehreinnahmen, die aber tatsächlich kreditfinanziert sind. In Wirklichkeit werden auf uns wesentlich größere Steuereinträge zukommen. Es heißt doch immer: Wenn Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, wenn die Wirtschaft entlastet wird, dann werden die Haushalte durch entsprechende Steuermindereinnahmen belastet. Das ist sonnenklar. Damit muss ich aber ehrlich umgehen und die richtigen Zahlen benennen; denn sonst bewegen wir uns in einer Grauzone, die von der Finanzseite her in keiner Weise zu verantworten ist.

Dann habe ich mich über das gewundert, was der Herr Finanzminister gesagt hat: 1,7 Milliarden DM werden aus den Rückstellungen veranschlagt, und damit haben wir die Auswirkungen der Steuerreform im Griff. Mir hat eine Aussage dazu gefehlt, wie er das in den darauf folgenden Jahren machen will; denn wir haben ja nicht nur Steuersenkungen in einem Jahr, sondern wir haben dauerhaft Steuersenkungen, die sogar von Jahr zu Jahr anwachsen. Die Entlastung wird größer, und damit wird die Belastung des Haushaltes größer. Davon wird kein Wort erwähnt.

Ich möchte gerne wissen, wie wir uns als Land dauerhaft auf die verminderten Steuereinnahmen einstellen. Dies kann mit der Rückstellung allein nicht getan sein. Deshalb fordere ich Sie auf, uns zu sagen, wie Sie den Konsolidierungskurs unter den veränderten Bedingungen, unter der veränderten Einnahmesituation strukturell angehen wollen. Diese spannende Diskussion muss bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts tatsächlich stattfinden. Das müssen wir im Finanzausschuss klären. Ich hoffe, dass Sie dort in der Lage sind, uns ordentliche regionalisierte Zahlen der Belastungen durch diese Steuerreform vorzulegen.

Nach unserer Überzeugung muss folgende Richtung eingeschlagen werden: Wir müssen die Strukturen und die Ausgaben so verändern, dass die zu erwartenden Mindereinnahmen dauerhaft verkräftet werden können, ohne dass wir die Kreditlinie entscheidend erhöhen müssen. Wer im Bundesrat immer mehr Steuerentlastungen und Steuersenkungen fordert und zum Teil durchsetzt, der muss im Landeshaushalt sagen, welche Sparvorschläge er für die dadurch entstehenden Haushaltseinbrüche macht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Der Haken am vorgelegten Nachtrag ist, dass die Botschaft heißt: Wir haben mit den Rückstellungen alles im Griff. Damit weichen Sie den Konsolidierungskurs auf; denn in einem Jahr werden wir einen großen Einbruch zu verzeichnen haben, und wir werden dann fragen müssen, ob wir die Nettokreditaufnahme erhöhen müssen. Ich hoffe, dass wir dazu im Finanzausschuss und bei der nächsten Beratung ein bisschen mehr und substanziellere Zahlen vom Finanzminister vorgelegt erhalten. Ich finde es schon erstaunlich, dass man ohne weiteres als einfache Abgeordnete an die Zahlen herankommt, dass der Finanzminister aber so tut, als gäbe es diese nicht.

Politisch steht dieser Haushalt noch einmal auf einem anderen Blatt. Es ist ja ein Stück in zwei Akten. Heute werden die Mehreinnahmen etatisiert und die Jubelarien veranstaltet: Wir haben alles im Griff, wir sind Spitze,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Genau!)

wir sind standhaft geblieben, wir haben die Steuerreform schon im Vorfeld völlig in der Tasche. Und morgen – das heißt nach der Landtagswahl – werden Sie einen Haushalt vorlegen, in dem Sie all die Gaben etatisieren, die Sie jetzt verteilen: für den Hockenheimring zum Beispiel, für die Privatuniversität, auch Iffezheim soll etwas kriegen, die Kur- und Bäderbetriebe stehen auf der Tagesordnung, das Landeserziehungsgeld und Stuttgart 21. Ich könnte diese Liste noch weiter fortsetzen. Das alles sind Versprechungen, die Sie jetzt ohne Gegenfinanzierung abgeben, die nach der Landtagswahl finanziert werden müssen. Das, was Sie uns da vorstellen, halte ich für ein sehr unseriöses Stück; denn, meine Damen und Herren, Sie geben Wahlversprechen auf Pump.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Die beiden Ausgabepunkte, die Sie etatisiert haben, halte ich für korrekt.

Man kann darüber streiten, ob Sie die Kosten für die Aufarbeitung des Orkans Lothar schon beim regulären Haushalt ganz hätten etatisieren können. Aber sachlich ist es korrekt, die entsprechenden Mittel bereitzustellen, um die Auswirkungen der Naturkatastrophe so schnell wie möglich zu bereinigen.

Wir begrüßen auch die Einsicht der Landesregierung, zusätzliche Lehrer einzustellen. Allerdings kommt uns die Korrektur der Missstände an unseren Schulen zu spät. Wir brauchen im kommenden Schuljahr neue Lehrer, und das kommende Schuljahr fängt schon im September dieses Jah-

(Marianne Erdrich-Sommer)

res an. Wir brauchen schon im September eine Verbesserung der Situation an unseren Schulen, weil es dort heute schon brennt. Mir ist es gänzlich Wurst, wie die Zahlen aussehen, ob die Bildungsausgaben in Baden-Württemberg höher oder geringer als in anderen Ländern sind. Wenn Sie vor Ort in den Schulen nachschauen, stellen Sie fest: Es brennt bei der Ausbildung unserer Kinder, es wird nicht genügend Unterricht erteilt, Klassen werden in unzumutbaren Größen zusammengelegt, Kurse werden gestrichen, in AGs und Ergänzungsbereichen wird nicht mehr unterrichtet. Das geht nicht in einem Land, in dem die Bildung das wichtigste Gut ist, das wir unseren Kindern mitgeben können. Deswegen brauchen wir mehr Lehrer, und zwar sofort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen auch einen verstärkten Einsatz der regenerativen Energien in unserem Land. Auch Sie haben doch das Ziel, bis zum Jahr 2010 den Anteil der regenerativen Energien zu verdoppeln. Das braucht unsere Wirtschaft als Motor für eine gute, moderne und zukunftsweisende Entwicklung bei den regenerativen Energien. Wir brauchen das auch, um den geplanten Atomausstieg Zug um Zug auffangen zu können. Hierfür muss der Anteil der regenerativen Energien vergrößert, verdoppelt werden.

Meine Damen und Herren, die Überschüsse und die Mehreinnahmen in einem Nachtrag zu etatisieren, bedeutet gleichzeitig eine Zinskorrektur. Die haben Sie, Herr Finanzminister, uns unterschlagen. Wir haben als Minimum ungefähr 130 Millionen DM Zinskorrekturen für nicht in Anspruch genommene Kredite. Diese Summe für Lehrer und für eine Steigerung des Anteils der regenerativen Energien auszugeben, ist das Gebot der Stunde. Das, was hier an Zinsen eingespart wird, kann für vernünftige Investitionen in diesen Bereichen ausgegeben werden. Auch darüber werden wir uns bei den Ausschussberatungen unterhalten müssen.

Insgesamt stelle ich fest: Wir werden im Finanzausschuss viele Fragen beraten müssen. Hoffentlich haben wir dazu genügend Zeit. Hoffentlich wird uns der Finanzminister auch die Unterlagen zur Verfügung stellen. Anderenfalls werden wir sie ihm vorlegen.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! Aber nur gegen Honorar!)

Wir müssen dazu kommen, den Spar- und Konsolidierungskurs auf keinen Fall zu beenden. Dazu erwarte ich von Ihnen Sparvorschläge. Denn wir werden nicht nur mit den Rückstellungen für die Reform der Einkommensteuer und der Unternehmensteuer zurande kommen, sondern wir brauchen eine dauerhafte strukturelle Veränderung. Dies bedeutet Einsparungen in vielen Bereichen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Erdrich-Sommer hat Recht: Dieses Land Baden-Württemberg ist wirklich Spitze. Das gilt für die entscheidenden Politikbereiche, das gilt für die ökonomischen Voraussetzungen, für die Wirtschaftssituation in Baden-Württemberg. Wir sind deutscher Meister, was Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht. Wir sind deutscher Meister, wenn es darum geht, Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir sind deutscher Meister, wenn es darum geht, Existenzgründungen zu schaffen. Das alles ist in der Tat besser als in anderen Bundesländern.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind in der Frage der inneren Sicherheit weit vorn, auch vor den anderen Bundesländern, und dies gilt letzten Endes auch für den Bildungsbereich.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr! Das stimmt doch nicht!)

Nachdem Sie schon Zahlen auf den Tisch legen, kann ich Ihnen ohne weiteres vorrechnen: Seit 1996 sind die Ausgaben für Bildung gemessen am Gesamthaushalt prozentual und absolut gestiegen. Das hängt damit zusammen, dass in dieser Regierung durch verschiedene Privatisierungsbemühungen gerade auf den Bildungsbereich ein besonderer Schwerpunkt gelegt worden ist.

Deshalb ist es richtig, wenn hier – im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben – noch einmal gesagt wird: Das Land Baden-Württemberg setzt bei der Bildungspolitik, der Ausbildung für die jungen Menschen, den Zukunftschancen für die jungen Menschen einen ganz besonderen Schwerpunkt, und den lassen wir uns von Ihnen auch nicht kaputtreden, damit das klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Ihr sollt handeln, nicht kaputtreden!)

Ich will vorweg sagen: Die FDP/DVP hat diesen Nachtragshaushalt von der ersten Stunde an gewollt, und ich will ihn immer noch. Es ist gut, dass dieser Nachtragshaushalt auf dem Tisch liegt, damit das ganz klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe überhaupt kein Verständnis für Ihre Sophisterei, Herr Kollege Brechtken, die Sie da jetzt abgelassen haben. Ich möchte mal wissen, was Sie uns um die Ohren geschlagen hätten, wenn wir Teile der rund 2,2 Milliarden DM – das ist die Gesamtsumme, um die es geht – gewissermaßen an diesem Parlament vorbei durch überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben ausgegeben hätten. Sie, die Opposition, wären doch die Ersten gewesen, die davon gesprochen hätten, dass das Parlament missbraucht werde, dass das Recht des Parlaments missbraucht werde,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zu Recht!)

und Sie hätten doch von sich aus diesen Nachtragshaushalt gefordert. Jetzt ist der Nachtragshaushalt da, und es ist

(Pfister)

richtig und notwendig, dass er da ist. Das will ich Ihnen jetzt noch begründen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ernst, wir danken dir! – Abg. Brechtken SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, ich möchte im Augenblick nicht. Später.

Ich möchte Ihnen sagen, dass dieser Nachtragshaushalt aus meiner Sicht fünf wichtige Punkte hat. Einen habe ich angesprochen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, dass es den gibt! Das ist der erste!)

Es geht in der Tat auch um mehr Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Ich finde, ein Parlament wie dieses muss doch jubeln, wenn ein Beitrag für mehr Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit geleistet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Zweiter Punkt: Wir brauchen weitere Mittel zum Ausgleich der Schäden durch den Sturm Lothar. Das scheint in der Zwischenzeit unumstritten zu sein.

(Abg. Dr. Puchta SPD: War es schon immer! Schon beim Urhaushalt!)

Dritter Punkt: Wir sichern mit diesem Nachtragshaushalt die Unterrichtsversorgung nicht nur in diesem Jahr 2000, sondern auch im kommenden Schuljahr.

Viertens: Wir treffen mit diesem Nachtragshaushalt Vorsorge für das, was auf Baden-Württemberg im Jahr 2001 an Belastungen – Stichwort Steuerreform – zukommen wird.

Fünftens schließlich wird mit diesem Haushalt auch konsequent die Haushaltskonsolidierung durch diese Landesregierung, diese Koalition fortgesetzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Kollege Maurer – er ist jetzt leider nicht da – im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen gemeint hat, hier würde eine chaotische Haushaltswirtschaft betrieben, dann kann ich nur sagen:

(Abg. Brechtken SPD: Recht hat er!)

Nicht dieser Haushalt ist chaotisch, sondern die Äußerungen und die Politik, die insbesondere von der SPD und von den Grünen hier veranstaltet wird, sind es.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Wir haben uns darauf geeinigt – das will ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen –, einen schlanken Nachtrag vorzulegen, das heißt einen Nachtrag, in dem wirklich nur

das unabdingbar Notwendige verankert wird. Wir beschränken uns im Wesentlichen ganz bewusst auf nur zwei Ausgabenpositionen, um auf diese Weise auch klarzumachen: Wir wollen auch nicht vor einer Landtagswahl das Füllhorn ausschütten, sondern wir wollen mit diesem Nachtragshaushalt auch deutlich machen, dass die Politik der Konsolidierung unserer Haushalte fortgesetzt wird, wie wir sie im letzten Jahr begonnen haben und auch konsequent fortsetzen werden, bis zu dem Zeitpunkt, ab dem zum ersten Mal seit vielen Jahren in Baden-Württemberg wieder die Situation erreicht sein wird, dass wir keine zusätzliche Nettokreditaufnahme vornehmen müssen, sondern die Nettokreditaufnahme auf null gestellt werden kann. Die FDP/DVP hat – das wissen Sie – vor genau einem Jahr diese Marschrichtung ausgegeben. Wir haben gesagt: Bis zum Jahr 2005/06 muss dieses Ziel erreicht werden. Diese Politik ist in der Zwischenzeit von der gesamten Regierung übernommen worden. Das kann man sagen. Der Finanzminister hat das dankenswerterweise noch einmal bestätigt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Er lacht ja!)

Mit diesem Haushalt, meine Damen und Herren, werden wir dieses Ziel nicht nur erreichen, sondern wir werden die Rückführung der Nettokreditaufnahme auf null mit diesem Haushalt sogar besser erreichen, weil wir zu den 300 Millionen DM,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber doch nicht eingerechnet!)

die wir sowieso schon im Haushalt eingestellt haben, jetzt weitere 350 Millionen DM einstellen können

(Abg. Dr. Puchta SPD: Woher denn? Woher habt ihr sie denn? – Zuruf des Abg. Brechtken SPD – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

und auf diese Art und Weise das Ziel der Konsolidierung unserer Haushalte noch besser erreichen können.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Alles kreditfinanziert!)

Das ist das entscheidende Signal in diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir beschränken uns also auf das Notwendigste. Ich will das noch einmal unterstreichen.

Ich glaube, man braucht zum Orkan Lothar nichts mehr zu sagen. Da sind wir uns im Wesentlichen einig. Man sollte vielleicht noch darauf hinweisen, dass es nicht nur darum geht, dass die Schäden für private und kommunale Waldbesitzer so gering wie möglich gehalten werden, sondern dass es letzten Endes wohl auch darum geht, dass das Waldvermögen des Landes mittel- und langfristig gesichert wird.

(Abg. Brechtken SPD: Darf ich jetzt eine Frage stellen? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Kollege Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Brechtken?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, ich mache jetzt weiter.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ja, wann denn?)

– Sie haben alle Möglichkeiten gehabt, hier zu sprechen. Jetzt lassen Sie mich einmal ein paar Sätze im Zusammenhang sagen.

Ich komme zum dritten Punkt: Unterrichtsversorgung. Die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg wird durch diesen Haushalt verbessert. Die Unterrichtsversorgung muss man in zwei Schritten sehen. Wir haben im Jahr 2000 bereits 800 zusätzliche Stellen geschaffen. Für mich war immer klar, dass dann, wenn die 400 Stellen von 2001 auf 2000 vorgezogen werden, natürlich in der Folge auch für das nächste oder übernächste Schuljahr noch etwas getan werden muss. Das haben wir immer gesagt, meine Damen und Herren. Daraus haben wir nie ein Geheimnis gemacht.

(Abg. Brechtken SPD: Aber die Anträge abgelehnt!)

Jetzt haben wir die Situation, dass genau 940 Stellen geschaffen werden. Das haben wir so angekündigt.

(Abg. Brechtken SPD: Machen wir eine zweite Runde! Wir können es noch ein bisschen verlängern!)

Das setzen wir konsequent um, für jeden berechenbar und zuverlässig.

Wir haben also 800 Stellen in diesem Jahr und 940 Stellen im nächsten Jahr zusätzlich. Dazu kommen noch 150 Millionen DM, mit denen im Bereich der Krankheitsvertretung eine Menge getan werden kann. Das heißt, all diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind dazu geeignet, die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg zu stabilisieren und Unterrichtsausfälle zu vermeiden. Ich finde, auch dies ist ein wichtiges Signal in diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun kann ich mir natürlich schon vorstellen, Herr Kollege Brechtken, weshalb Sie das kritisieren. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass der Nachtrag auch aus folgendem Grund notwendig ist: Wenn Sie die genannten 940 Stellen am 1. September 2001 besetzen wollen, brauchen Sie dafür doch eine haushaltsrechtliche Grundlage. Diese haushaltsrechtliche Grundlage muss jetzt in diesem Nachtrag geschaffen werden. Sie kann nicht später geschaffen werden, und deshalb tun wir das jetzt.

Was Sie sagen, ist aber doch etwas ganz anderes: Ihnen wäre es doch gerade recht gewesen, wenn wir das Ganze nicht gemacht hätten. Denn dann hätten Sie im Landtagswahlkampf durch die Gegend ziehen können und uns als bildungspolitische Chaoten an den Pranger stellen können.

(Abg. Brechtken SPD: Quatsch! Darf ich jetzt eine Frage stellen?)

Genau diesen Gefallen tun wir Ihnen nicht, denn wir wollen noch zusätzlich etwas für die Bildungspolitik tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Darf ich jetzt eine Frage stellen? – Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ernst, wir lieben dich!)

Jetzt kommt der nächste Punkt, den ich gerne noch aufgreifen will, die Vorsorge für steuerbedingte Mindereinnahmen. Welches Land in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, in einer solchen Größenordnung in vollem Umfang dafür Vorsorge zu treffen, dass die entsprechenden Mindereinnahmen aus der Steuerreform finanziert werden können, wie wir dies bereits heute in diesem Nachtrag tun?

(Abg. Brechtken SPD: Indem Sie einfach die Steuerschätzung zu hoch einrechnen! So kann es jeder!)

Welches Land kann das von sich sagen? Ich glaube, kein einziges außer Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Da zeigt sich die Seriosität der Haushaltspolitik in Baden-Württemberg.

Ihnen, Frau Erdrich-Sommer, möchte ich nur sagen: Machen Sie sich keine Sorgen. Natürlich kommt da noch etwas, aber das wird nicht im Jahr 2001 sein und auch nicht im Jahr 2000, sondern Teile der Steuerreform, zum Beispiel die Absenkung des Einkommensteuersatzes auf 42 %, werden, wie Sie wissen, in unseren Haushalten leider erst im Jahr 2005 wirksam werden. Ich sage ganz bewusst „leider“, weil ich auf diese Art und Weise auch klarmachen kann: Wir waren ja nicht nur bereit, diese 1,85 Milliarden DM bereitzustellen – was Sie, Rot-Grün, ursprünglich vorgelegt hatten –, sondern wir haben immer auch gesagt: Wir wollen, dass eine Steuerreform kommt, die die Bezeichnung „mittelstandsfreundlich“ wirklich verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So. Und wenn ich sage „die Bezeichnung ‚mittelstandsfreundlich‘ wirklich verdient“, dann sage ich dazu: Wir haben damit doch Ernst gemacht. Wir haben dadurch Ernst gemacht und das auch für jeden erkennbar nach außen gezeigt, dass wir eben nicht nur diese 1,85 Milliarden DM in den Haushalt eingestellt haben, sondern 2,2 Milliarden DM.

(Abg. Brechtken SPD: Indem Sie einfach die Steuern höher geschätzt haben! Das ist doch ganz einfach! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Dies sollte das Signal dafür sein, dass wir wirklich eine Steuerreform wollen, die die Bezeichnung „mittelstandsfreundlich“ auch verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Und alles kreditfinanziert!)

Leider haben wir uns damit nicht durchsetzen können. Ich bedaure das sehr.

(Pfister)

(Abg. Oettinger CDU: Brüderle! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Der ist auch bestochen! Vorsicht!)

– Sie nennen jetzt den Kollegen Brüderle. Nein, der Kollege Brüderle kann überhaupt nicht bestochen sein, weil es zumindest einen kleinen Unterschied gibt: Der Kollege Brüderle gehört zu denen, die sich sehr dafür eingesetzt haben, dass wenigstens diese mittelstandsfreundlichen Verbesserungen kommen.

(Abg. Brechtken SPD: Die haben ja auch zugestimmt!)

Er hat aber nicht zugestimmt, weil er dafür eine Straße in Rheinland-Pfalz bekommen hätte,

(Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: So ist es!)

sondern weil er das Ziel der Mittelstandspolitik im Vordergrund hatte,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Im Gegensatz zur CDU!)

weil er von sich aus mit seinem Einsatz dafür gesorgt hat, dass wenigstens die mittelstandspolitischen Verbesserungen, die jetzt gekommen sind, tatsächlich auch realisiert werden konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bei der CDU wird es Ausschlussverfahren geben!)

Meine Damen und Herren, noch einmal: Was soll chaotisch daran sein und was soll unseriös daran sein,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die Steuereinnahmen!)

wenn wir sehen, dass im nächsten Jahr eine Steuerreform kommt? Das begrüße ich sehr. Übrigens, nachdem auch so viel von „Blockierer“ und „Schmierereien“ geschwätzt worden ist: Ich will mich überhaupt nicht damit beschäftigen, sondern nur eines feststellen: Eine Steuerreform wäre bereits in den Jahren 1997/98 möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Aber was für eine!)

Hätte es die SPD nicht als Oberblockierer gegeben,

(Abg. Brechtken SPD: Dann hätte der Finanzminister 3 Milliarden DM Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung abgeleitet!)

dann wäre diese Steuerreform längst in Kraft und dann wären die segensreichen Auswirkungen dieser Steuerreform bereits seit 1998 zu spüren. Das wäre gut für das Land, für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Rückzugsgefecht! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist Schnee von gestern!)

– Das mag sein. Aber Sie haben trotzdem blockiert. Sie haben den Schnee von gestern trotzdem blockiert.

(Abg. Brechtken SPD: Nein, wir loben Sie doch dafür, dass Sie zugestimmt haben!)

Aber lassen wir das beiseite, und schauen wir in die Zukunft. Ich stelle also zusammenfassend fest: Wir haben durch diesen Nachtragshaushalt die geringste Nettoneuverschuldung seit 1987. Das muss man sich vorstellen!

(Abg. Dr. Puchta SPD: Weil ihr die Steuereinnahmen zu hoch einschätzt!)

Zweitens: Wir tun eine Menge für die Unterrichtsversorgung im Land Baden-Württemberg, und zwar über das Jahr 2000 hinaus.

Drittens: Wir helfen mit, die Auswirkungen des Orkans Lothar zu mildern – so sage ich jetzt einmal –, soweit dies geht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mein Vater heißt Lothar!)

Viertens: Wir finanzieren in vollem Umfang die Steuerreform.

Und fünftens: Wir sind diejenigen, die konsequent und in Zahlen nachweisbar den Marsch auf die Jahre 2005 und 2006 weitergehen werden. Dieses Ziel in den Jahren 2005 und 2006 ist, dass wir die Nettoneuverschuldung auf null bringen. Dieser Haushalt wird auch unter diesem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung einen ganz wesentlichen Baustein dazu liefern, dass dieses Ziel der Haushaltskonsolidierung tatsächlich erreicht werden wird. Die FDP/DVP steht ohne Wenn und Aber zu diesem Ziel, die Nettoneuverschuldung in den Jahren 2005 und 2006 auf null zurückzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte heute gehört hat und diese ganze Selbstbeweihräucherung von CDU und FDP/DVP mitbekommen hat, dann hat man fast ein schlechtes Gewissen, wenn man die Meinung vertritt, dass die Landesregierung jetzt, lange vor der Wahl, das Gute verteilen und die finanzpolitischen Folterinstrumente möglichst erst nach der Wahl hier in dieses Parlament einbringen will.

Im Februar dieses Jahres haben wir den Haushalt 2000/2001 verabschiedet. Unter haushaltsökonomischen Gesichtspunkten wäre es wohl normal gewesen, Ende 2000 oder Anfang 2001 einen Nachtrag einzubringen. Die Landesregierung hat sich bisher hauptsächlich aus Gründen der Planungssicherheit für einen Doppelhaushalt ausgesprochen. Wenn es aber so weitergeht, muss man davon ausgehen, dass im Verlaufe dieser Haushaltszeit zwei bis drei Nachträge fällig werden. Das halte ich unter den gegebenen Voraussetzungen für eine chaotische Finanzpolitik.

Der Herr Finanzminister hat angeführt, dieser Haushalt sei im Vergleich mit den Haushalten aller anderen Bundesländer der mit der geringsten Verschuldung. Wenn man aber auf diesem Niveau zu den Besten gehört, dann ist man noch

(Rapp)

lange nicht der Beste, sondern der Beste der Schlechten, und das ist eigentlich das Traurige angesichts der Voraussetzungen, die wir derzeit in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Dieser Nachtrag soll in wenigen Tagen über die Bühne gebracht werden. Am ganzen Prozedere zeigt sich, dass die Regierungskoalition – aus der Sicht der Republikaner – völlig orientierungslos handelt. Eine ordentliche Beratung ist in dieser kurzen Zeit absolut unmöglich. Die Opposition soll offenbar daran gehindert werden, Änderungsanträge einzubringen. Sie soll möglichst die Vorschläge der Landesregierung abnicken.

Sicherlich hätte es in diesem Hause keinen Widerstand gegeben, wenn wir ausschließlich die Mittel zur Beseitigung der Sturmschäden noch vor den Sommerferien beschlossen hätten. Sie hätten es aber noch klüger haben können, wenn Sie nur gewollt hätten. Es gab nämlich während der ordentlichen Haushaltsberatungen einen Antrag der Republikaner, unterzeichnet von Huchler, Dagenbach und Rapp, mit dem wir genau 100 Millionen DM mehr für die Beseitigung der Sturmschäden gefordert hatten. Seinerzeit hieß es dazu im Finanzausschuss: Das ist doch gar nicht nötig, wir haben ausreichend Mittel bereitgestellt. Dabei waren sich Experten immer darüber im Klaren, dass diese Mittel absolut nicht reichen werden. In Ihrer Arroganz haben Sie unseren Antrag abgeschmettert, und das ist der Grund dafür, warum sich das Parlament letzten Endes in zwei Sonder Sitzungen wieder mit der Finanzierung der Beseitigung der Sturmschäden befassen muss.

Die Landesregierung will auf rot-grünes Drängen hin 940 neue Lehrerstellen schaffen, anstatt die kostengünstigere Variante zu wählen und zu sagen: Wir fordern eine Deputatsstunde pro Woche mehr. 940 Lehrer einzustellen, das ist ein Kostenfaktor von knapp 100 Millionen DM im Jahr. Das Kabinett in Brandenburg hat beschlossen, die Wochenarbeitszeit für Lehrer um eine Stunde zu erhöhen. Dort geht es, in Baden-Württemberg aber offenbar nicht. Da frage ich mich, ob wir nur noch Lobbyisten der Lehrer sind oder ob wir letzten Endes nicht auch noch finanzpolitische Grundsätze in diesem Haus berücksichtigen wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben folgende Arbeitszeiten für Lehrer: 28 Unterrichtsstunden für Grundschullehrer in der Woche, 27 Unterrichtsstunden für Hauptschullehrer in der Woche und 24 Wochenstunden à 45 Minuten für Gymnasial- und Berufsschullehrer. Ich denke, es müsste auf jeden Fall möglich sein, eine Wochenstunde Unterricht mehr zu erteilen, weil wir ja wissen, dass in wenigen Jahren der Lehrerberg,

(Abg. König REP: Schülerberg!)

den wir jetzt anhäufen, wieder abgebaut werden kann, weil der dazugehörige Schülerberg zurückgeht.

Aber wenn Sie es schon nicht lassen können und glauben, Sie müssten jetzt die Volksseele beruhigen, indem Sie 100 Millionen DM im Jahr mehr ausgeben, dann sollten Sie wenigstens die neuen Lehrerstellen sofort mit einem k.w.-Vermerk versehen, damit wir sie rechtzeitig wieder streichen können, wenn die Schülerzahlen sinken. Das wäre das

Mindeste, was wir von Ihnen erwarten. Aber ich glaube, jetzt denkt noch niemand von Ihnen an die Konsequenzen Ihres Handelns, an die Pensionslawine, die durch diese Stellen auf uns zukommt. Es ist heute noch völlig unklar, was in der Zukunft auf die Landeshaushalte zukommt, wenn wir dem Drängen jetzt so großzügig nachgeben.

Freilich kommt man draußen immer gut an, wenn man Lehrerstellen schafft. Aber man kommt nicht gut an, wenn man eines Tages die Pensionen für diese Lehrer nicht mehr zahlen kann oder sagen muss: Liebe Lehrer, dann müsst ihr eben bis 70 arbeiten, weil wir euch mit 65 noch keine Pension geben können. Auch das sollte man bedenken, wenn man mehr Lehrer einstellt.

Wir Republikaner, meine Damen und Herren, sprechen uns in aller Deutlichkeit dafür aus – und es geht ja nur um geschätzte Zahlen, nicht um tatsächliche Zahlen –, Steuermehreinnahmen nicht zu verschleudern. Vielmehr wollen wir mit den überplanmäßigen Mehreinnahmen hauptsächlich eine schrittweise Schuldentilgung erreichen, damit dieses Land bis 2006 ohne Nettoneuverschuldung auskommen kann. Wir wollen nicht den Weg der ewigen Dauerverschuldung gehen, den Sie bisher beschritten haben.

Mit der von der Landesregierung beabsichtigten Rücklagenbildung wird den Bürgern Sand in die Augen gestreut. Nächstes Jahr – das ist zufällig das Jahr der Landtagswahl in Baden-Württemberg – leben wir auf dem bisherigen Niveau weiter. Aber was machen wir im übernächsten Jahr? Auch da bestehen noch die Auswirkungen der Steuerreform, nach der Baden-Württemberg weniger Geld bekommt. Aber dann haben wir die Mittel nicht mehr und müssen nach der Landtagswahl Leistungen kürzen, weil wir keine eigenen Einnahmen haben, die wir beliebig erhöhen können. Das ist bei dieser Landesregierung auch gut so.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat den Beschluss gefasst, Mehreinnahmen zur Schuldentilgung zu verwenden. Jetzt geben Sie den größten Teil der Mehreinnahmen sofort wieder aus und kümmern sich überhaupt nicht darum, was aus unseren Schulden wird. Es ist doch eine Lachnummer, wenn man von 300 Millionen DM spricht, die jetzt außerplanmäßig getilgt werden sollten. Angesichts der Höhe der Mehreinnahmen müsste viel mehr getilgt werden. Ich habe noch Verständnis dafür, dass man dann, wenn es einem etwas besser geht, sagt: Wir investieren in Infrastrukturmaßnahmen. Beim Landesstraßenbau ist die Situation katastrophal. Vielleicht hätte man in diesem Bereich eine Kleinigkeit machen sollen, um einen gewissen Anschlag zu erreichen.

Polizeibeamte rufen nach Schutzwesten; die haben sie nicht. In dieser Hinsicht hätte man etwas tun sollen, um Polizeibeamten die größtmögliche Sicherheit im Dienst zu geben. Aber an solchen Ausgaben sparen Sie, während Sie in anderen Bereichen, bei denen es darum geht, eigene Klientel zu befriedigen, großzügig mit den vorhandenen Mitteln umgehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zur Steuerreform sagen. Aus meiner Sicht geht die so genannte Steuerreform an den baden-württembergischen Bürgern sehr stark vorbei. Es handelt sich um eine Steuerreform,

(Rapp)

die die Kleinen inhaltlich überhaupt nicht berücksichtigt. Kleinbetriebe, Handwerk, unterer Mittelstand kommen dabei sehr schlecht weg.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist falsch! Wenn der Eingangsteuersatz gesenkt wird, geht das an die Kleinen!)

Es ist eine Steuerreform, bei der die im 41. Stock sitzenden Geschäftsführer und Direktoren von Großkonzernen jublieren, weil sie jetzt deutlich weniger Steuern bezahlen müssen. Das ist falsch.

Es ist aber auch charakterlos, wenn die CDU diese Steuerreform im Bundesrat unterstützt und sich in Baden-Württemberg als Opfer darstellt. Das ist nicht richtig.

(Zuruf von der CDU)

– Natürlich. Die CDU hat die Steuerreform letztlich unterstützt. Die CDU ist, was die Steuerreform anbelangt, kein Opfer, sondern Täter.

In der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“ habe ich gelesen, dass Herr Schlauch unter anderem folgende Aussage gemacht hat:

Zweitens haben Bremen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern für ihre Länder positive Projekte ausgehandelt.

Von daher war die ganze Steuerreform doch ein Kuhhandel, mehr nicht. Wenn für die Zustimmung zu einer dauerhaften Reform ein Stadion herauspringt, ist das doch keine seriöse Politik mehr. Was Sie von CDU, SPD und Grünen hier treiben, ist vielmehr eine äußerst unseriöse Politik.

Aus meiner Sicht ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg der Mann, der die rote Laterne trägt. Er ist als Verlierer aus der Steuerreform hervorgegangen. Die CDU hat darauf verzichtet, sich aktiv an Verhandlungen zu beteiligen. Entsprechend schlecht war das Ergebnis für Baden-Württemberg. Die CDU hat aus Sicht von uns Republikanern jeden Anspruch verloren, Politik in diesem Land zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Sie hat diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen.

Verlierer der Steuerreform ist der Mittelstand, vor allem das mittelstandsgeprägte Baden-Württemberg. Einzelfirmen spielen für die Altparteien keine Rolle mehr. Im Gegenteil, man will anderes – zum Beispiel die Konzerne – voranbringen.

Ich darf noch einmal auf den Haushalt zurückkommen und Ihnen, meine Damen und Herren, sagen: Wir Republikaner werden diesen Nachtragshaushalt im Ganzen mit Ausnahme der zum Ausgleich der Sturmschäden vorgesehenen Mittel ablehnen. Wir werden eine Politik der stetigen Neuverschuldung nicht mittragen, sondern nur Konzepte unterstützen, die Baden-Württemberg dauerhaft entschulden. Wir werden keine Politik unterstützen, die das Land in guten Jahren noch weiter verschuldet.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet. Der Gesetzentwurf wird an den Finanzausschuss überwiesen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks

b) Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Ohnewald, den der Landtag am 13. November 1997 zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks gewählt hat, hat mir mit Schreiben vom 18. Mai dieses Jahres mitgeteilt, dass er dieses Amt mit Wirkung vom 31. Juli 2000 niederlegt.

Gemäß § 22 Abs. 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk ist innerhalb von zwei Monaten nach Ausscheiden eines Verwaltungsratsmitglieds für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger zu bestimmen. Wegen der bevorstehenden Sommerpause wurde die Wahl des Nachfolgers bereits für die heutige Plenarsitzung vorgesehen. Die Wahl gilt mit Wirkung vom 1. August 2000.

Sie finden auf Ihren Tischen einen Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, in dem Herr Abg. Mühlbeyer als Nachfolger für den Rest der Amtszeit zur Wahl vorgeschlagen wird. Außerdem wurden Stimmzettel auf gelbem Papier vorbereitet, auf denen der Wahlvorschlag der CDU-Fraktion vermerkt ist. Sie sind an diesen Vorschlag nicht gebunden und können den Namen streichen und durch einen anderen ersetzen.

Meine Damen und Herren, wenn kein Abgeordneter oder keine Abgeordnete widerspricht, gibt es aber auch die Möglichkeit, die Wahl per Akklamation offen durchzuführen. Ich frage daher: Ist jemand der Damen und Herren Abgeordneten gegen eine offene Abstimmung?

(Zurufe: Nein!)

– Das ist nicht der Fall. Dann können wir offen abstimmen.

Wer für die Wahl des Kollegen Mühlbeyer als Mitglied des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Herr Abg. Mühlbeyer einstimmig gewählt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Guter Mann!)

Ich frage Herrn Abg. Mühlbeyer: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

Präsident Straub: Danke. Ich beglückwünsche Sie.

Da Herr Kollege Mühlbeyer dem Rundfunkrat des Südwestrundfunks angehört und nun aus diesem Gremium ausscheidet, müssen wir als Ersatz für ihn ein Mitglied in den Rundfunkrat wählen. Hierzu liegt der Vorschlag der CDU-Fraktion vor, Herrn Kollegen Clemens Winckler als Nachfolger zu wählen.

Auch bei dieser Wahl ist es möglich, offen abzustimmen, wenn kein Widerspruch erhoben wird. – Ich stelle fest, dass ein solcher Widerspruch nicht erhoben wird, und lasse daher offen abstimmen.

Wer für die Wahl des Kollegen Winckler zum Mitglied des Rundfunkrats ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist Herr Abg. Winckler gewählt.

Ich darf Herrn Kollegen Winckler fragen, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Winckler CDU: Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Herr Kollege Winckler nimmt die Wahl an. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Politische Konsequenzen aus dem Familienbericht 1998 der Landesregierung – Drucksache 12/3322

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Novellierung des Landeserziehungsgeldes – Drucksache 12/5196

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Novellierung des Landeserziehungsgeldes –, Drucksache 12/5366, auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten, für das Schlusswort zur Großen Anfrage fünf Minuten.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Entschuldigung, Frau Kollegin Wonnay. Ich darf hierzu noch einen weiteren Antrag aufrufen, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5369, der gerade verteilt wird.

Bitte schön, Frau Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die heutige familienpolitische Debatte mit einem Zitat beginnen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das hatte ich auch vor!)

Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensentwurfsmodell.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das wollte ich auch zitieren!)

Heute sind mehr als zwei Drittel aller Mütter mit Kindern und mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kleinkindern berufstätig. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eigentlich hätte jetzt rauschender Beifall vonseiten der CDU kommen müssen. Er kommt leider nicht. Genau hier liegt das familienpolitische Problem der CDU.

(Abg. Haasis CDU: Das steht ja schon in Ihrem Manuskript! Was hätten Sie jetzt gemacht, wenn wir geklatscht hätten?)

Denn obwohl diese beiden Zitate aus dem familienpolitischen Leitantrag der Bundes-CDU stammen, entspricht die Familienpolitik der Landesregierung leider in keiner Weise diesem Leitbild.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Im Gegenteil, die Familienpolitik der Landesregierung ist konzeptionslos und nicht mehr zeitgemäß. Daran ändert auch der Kabinettsbeschluss zum Landeserziehungsgeld nichts. Er ist ein halbherziger Schritt, zu dem die Landesregierung erst getrieben werden musste.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Besser ein halbherziger Schritt als gar keiner!)

Nachdem die Landesregierung noch vor Wochen beim Landeserziehungsgeld heillos zerstritten war,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer sagt denn das?)

hat nun das beharrliche Nachbohren der SPD dazu geführt, dass sich zumindest in kleinen Schritten etwas bewegt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr richtig! Das ist die Wahrheit!)

Wir begrüßen diese kleinen Schritte. An entscheidenden Stellen, meine Damen und Herren, fehlt Ihnen jedoch der Mut zu einer zeitgemäßen Familienpolitik.

Die SPD hat die heutige Debatte beantragt, weil wir der unzeitgemäßen und konzeptionslosen Familienpolitik der Landesregierung konkrete Alternativen entgegensetzen wollen. Wir wollen die Familien in Baden-Württemberg unterstützen und fördern. Wir wollen bereits im nächsten Jahr und nicht erst im Jahr 2003 die Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld anheben.

(Beifall bei der SPD)

Davon profitieren Familien mit 14 000 Kindern hier in unserem Land. Diese Familien gehen nach Ihrem Konzept

(Marianne Wonnay)

leer aus. Wir geben Ihnen beim Nachtragshaushalt die Gelegenheit, dies zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mehr Wahlmöglichkeiten für Eltern. Wir wollen eine verlässliche Halbtagschule mit festen Unterrichtszeiten am Vormittag ohne ein Schulgeld durch die Hintertür. Wir wollen mehr Ganztagschulen, und wir wollen verbesserte Kinderbetreuungsangebote für Familien.

(Abg. Haas CDU: Und einen Geldscheißer!)

Es reicht nicht aus, nur die Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld anzuheben. Wir wollen für Eltern mehr Wahlfreiheit beim Bezug des Landeserziehungsgelds und bessere Kombinationsmöglichkeiten mit Teilzeitbeschäftigung. Dies ermöglicht insgesamt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit wird die Eigenkompetenz, werden die Selbsthilfemöglichkeiten der Familien ganz entscheidend gestärkt.

Für viele Familien in Baden-Württemberg ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf jedoch noch in weiter Ferne. Die Landesregierung unterstützt Familien nicht in ihrem Wunsch, Familie und Beruf zu vereinbaren, sondern legt den Familien immer noch Steine in den Weg.

Die ideologische Verbohrtheit geht sogar so weit, dass die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage die Expertenmeinung im Landesfamilienbericht zur Kleinkindbetreuung falsch und unvollständig zitiert.

(Abg. Brechtken SPD: Hört, hört!)

Es ist eben nicht so, dass die Experten sagen, dass der Familienerziehung in den ersten drei Lebensjahren die ausschließliche Priorität vor außerfamilialen Betreuungsmaßnahmen einzuräumen ist. Wir in Baden-Württemberg weisen im Kleinkindbereich eine unterdurchschnittliche Angebotsstruktur aus. Das Gleiche gilt für Ganztagsplätze mit Mittagessen. Während im Bundesgebiet West – Sie wissen, in Ost sieht es noch wesentlich besser aus – diese Angebote immerhin 16,9 % ausmachen, liegen wir in Baden-Württemberg bei schwachen 3 %. Das muss sich ändern.

(Zurufe von der SPD: Unmöglich! Unglaublich!)

Immer noch gibt es in Baden-Württemberg keine garantierten Unterrichtszeiten am Vormittag. Die vom Kultusministerium angekündigte so genannte verlässliche Grundschule entbehrt jeder Verlässlichkeit. Statt einer verlässlichen Halbtagschule bekommen die Familien in Baden-Württemberg ein Schulgeld durch die Hintertür.

(Abg. Haas CDU: Schon wieder!)

Ich bin gespannt, was die Landesregierung hier den Eltern an zusätzlichen Belastungen zumuten will. Sie haben bereits bei der Schülerbeförderung

(Abg. Haas CDU: Das waren die Kommunen!)

– Herr Kollege – den Familien monatliche Mehrbelastungen von 30 DM zugemutet und diese Mehrbelastungen nachdrücklich als zumutbar bezeichnet. Immerhin macht dies pro Kind im Jahr 360 DM aus. Wie scheinheilig ist

vor diesem Hintergrund doch die CDU-Kritik an der Ökosteuern. Hier beklagt die CDU Belastungen für Familien, aber sie verschweigt die beschlossenen Entlastungen für Familien.

(Abg. Scheuermann CDU: Wer entlastet die? – Abg. Pfister FDP/DVP: Wo, bei der Ökosteuern?)

– Ich sage es Ihnen gleich, Herr Kollege. Die durchschnittliche Belastung einer Familie mit zwei Kindern durch die zweite Stufe der Ökosteuern beträgt monatlich 4,70 DM.

(Abg. Haas CDU: Wahnsinn!)

Rechnet man die Entlastung durch die Steuerreform und das Kindergeld dagegen, ergibt sich ein Plus von 90 DM im Monat.

(Abg. Haas CDU: Oje!)

Das ist die CDU-Familienarithmetik: 30 DM monatliche Mehrbelastung für Familien durch die CDU bei der Schülerbeförderung ist den Familien zuzumuten, Mehrausgaben von 4,70 DM pro Monat, die durch die Politik der SPD-geführten Bundesregierung für Familien mit einem Plus von 90 DM mehr als ausgeglichen werden, bedeuten nach Ihrer Auffassung aber angeblich unzumutbare Belastungen für Familien.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Scheinheilig!)

Die CDU kann alles, außer Rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist Zeit für eine bessere Familienpolitik im Land, für eine Politik, die nicht wegen einer fadenscheinigen Wahlkampfstrategie alle familienpolitische Verantwortung nach Berlin schiebt. Es ist Zeit für rasche Verbesserungen beim Landeserziehungsgeld. Es ist Zeit für eine verlässliche Halbtagschule mit festen Unterrichtszeiten am Vormittag ohne ein Schulgeld durch die Hintertür. Es ist Zeit für mehr Ganztagschulen. Es ist Zeit für verbesserte Kinderbetreuungsangebote für Familien. Es ist Zeit dafür, dass die Landes-CDU ihre rückschrittliche Familienpolitik korrigiert. Der Landes-CDU stünde in der Familienpolitik mehr Merkel und weniger Teufel gut zu Gesicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Blank.

Abg. Ingrid Blank CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Wonnay, Sie haben eine schöne Oppositionsrede gehalten.

(Abg. Haas CDU: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Nur, sie hätte sich in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein oder in einem der sonstigen Bundesländer besser gemacht.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist der typische CDU-Auftakt!)

(Ingrid Blank)

Über die grundsätzliche Intention Ihrer Anfrage bzw. Ihres Antrags sind wir erfreut. Ich glaube, es ist eine gute Gelegenheit dafür, dass die Landesregierung ihre Erfolgsbilanz darstellen kann. Wir als CDU-Fraktion sind stolz darauf, dass wir die meisten Initiativen entwickelt und auf den Weg gebracht oder unterstützt haben.

Sie sprachen von einer konzeptionslosen Familienpolitik in Baden-Württemberg. Sie haben den Familienbericht wahrscheinlich nicht gelesen, Frau Wonnay.

(Abg. Haas CDU: Wahrscheinlich nicht!)

Wenn Sie diesen Familienbericht lesen, werden Sie feststellen, dass Baden-Württemberg familienpolitische Rahmenbedingungen geschaffen hat, die es erlauben, die besten Sozialstrukturdaten zu haben. Wir haben hervorragende Sozialstrukturdaten, zum Beispiel – damit Sie auch wissen, was ich meine – Geburtenrate, höchste Lebenserwartung, Spitze der Bevölkerungsentwicklung. Das muss man wissen, wenn Sie die Geschichten, die Sie uns eben im Plenum erzählt haben, auf die Menschheit loslassen.

(Zurufe von der SPD)

Die Situation in Baden-Württemberg ist sehr gut. Das wissen Sie auch, und das tut Ihnen auch ein Stück weit weh. Ich verstehe ja auch, dass das wehtut, wenn man in der Opposition ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Denken wir doch einmal daran, dass wir in Baden-Württemberg Programme haben, von denen sozialdemokratisch regierte Bundesländer nur träumen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht! –
Abg. Drexler SPD: Ganztagsbetreuung!)

Wenn ich mir jetzt anschau, was wir von der rot-grünen Regierung in Berlin als großes Reformkonzept für das Bundeserziehungsgeld vorgelegt bekommen, dann muss ich doch sagen:

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie haben 14 Jahre lang gar nichts gemacht, Frau Kollegin!)

Da hat Frau Bergmann tüchtig in die Trickkiste gegriffen. Das ist nicht der große Wurf.

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

– Wo? Ich sage es Ihnen. Nehmen wir einfach einmal die Budgetierung. Die Budgetierung bedeutet, dass eine Familie, eine Frau das Bundeserziehungsgeld in Anspruch nehmen kann. Sie muss sich am Anfang entscheiden, ob sie es für 12 Monate oder für 24 Monate in Anspruch nimmt. Entscheidet sie sich für 12 Monate, erhält sie 900 DM statt 600 DM. Wenn man aber einmal ein bisschen rechnet – weil Sie, Frau Wonnay, vom Rechnen gesprochen haben –, stellt man fest, dass der Staat, sprich die rot-grüne Bundesregierung, an diesen Familien 3 600 DM spart. Das ist Ihre Familienpolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist eine typische CDU-Rechnung!)

Aber nicht nur das. Der nächste Wermutstropfen ist die Minderungsquote bei Überschreiten der Jahreseinkommensgrenze. Sie haben sie von 40 % auf 50 % erhöht. Frau Wonnay, es ist ja legitim, wenn Sie dies verschweigen. In der Gesetzesbegründung steht aber, dass Ihr Bundeserziehungsgeld-Reformgesetz, das Sie so lauthals verkünden, fast kostenneutral sei. Daran sehen Sie doch, dass Sie für die Familien nichts oder fast nichts geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt gehen Sie her – das ist wirklich das Allergrößte – und verlangen in Ihrem Antrag, dass das Landeserziehungsgeld auch schon nach zwölf Monaten gezahlt wird, wenn sich die Betreffende entscheidet, das Erziehungsgeld auf Bundesebene nur zwölf Monate in Anspruch zu nehmen. Das ist hammerhart – Entschuldigung.

(Abg. Drexler SPD: Was ist das?)

Wir in Baden-Württemberg sollen diejenigen Familien unterstützen, an denen der Bund spart. Das kann es wirklich nicht sein. Von daher lehnen wir Ihren Antrag natürlich ab.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es geht um die Wahlfreiheit, Frau Blank! Da haben Sie wohl nicht richtig zugehört!)

Wir haben einen Initiativantrag gestartet, der unseren Vorstellungen entspricht.

Im Übrigen möchte ich am Ende ein klein wenig von den materiellen Dingen wegkommen, die Sie vorgerechnet haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, Familienpolitik sollte sich über alle Parteigrenzen hinweg in unseren Köpfen ein Stück weit festsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, wir alle haben in diesem Bereich Defizite. Heute wird zwar weitgehend anerkannt, dass die Produktivität einer Wirtschaft in hohem Maße von qualifizierten, gut ausgebildeten Arbeitskräften abhängt. Machen wir aber nicht den Fehler, Qualifikation immer nur über Bildung in der Schule zu definieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viel wichtiger wäre es, verstärkt darauf hinzuweisen, dass soziale Qualifikation, zum Beispiel Arbeitsmotivation, Verantwortungsbereitschaft oder Zuverlässigkeit, nur oder fast nur in einer Familie vermittelt werden kann. Für die Zukunft muss sich verstärkt die Erkenntnis durchsetzen, dass die Familie ein wesentlicher Produktionsfaktor für unsere Wirtschaft ist,

(Abg. Drexler SPD: Reproduktionsfaktor!)

also nicht nur etwas für Herz und Gemüt, sondern auch etwas für unser Bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wünsche ich mir eine Weiterentwicklung des Erziehungsgelds.

(Ingrid Blank)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sind die typischen Sonntagsreden!)

– Nein, das ist keine Sonntagsrede. Hören Sie doch zu und arbeiten Sie gemeinsam mit uns.

Wir haben ein Modell vorgelegt, von dem ich mir wünsche, dass es die Bundesregierung aufnimmt. Dann können wir unser Landeserziehungsgeld mit einbauen. Sie kennen das Modell, das so genannte Familiengeld. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, damit wir hier ein Stück weiterkommen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem sind wir uns einig, Frau Kollegin Blank: Das Leben mit Kindern braucht Unterstützung. Nur: Die Worte höre ich gerne, aber wir müssen über Taten reden. Was war denn in 16 Jahren schwarzer Bundesregierung?

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Seit 1986 wurde das Erziehungsgeld nicht erhöht.

(Abg. Haasis CDU: Das Kindergeld ist erhöht worden! – Abg. Ingrid Blank CDU: Das haben wir eingeführt!)

Es gab nach wie vor keinen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit ergänzend zum Erziehungsurlaub.

(Lebhafte Unruhe)

Frau Blank, es gab auch niemals die Möglichkeit einer gleichzeitigen Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub durch beide Elternteile – so es die gibt –, obwohl Sie angeblich selbst auch immer dafür sind, dass Väter sich in die Erziehungsarbeit einklinken.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Sind wir auch!)

Sie sind die entsprechenden Rahmenbedingungen schuldig geblieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gleichzeitig waren in Ihrer Regierungszeit das Kindergeld und die Freibeträge für Eltern verfassungswidrig zu niedrig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es musste erst Rot-Grün kommen, Rot-Grün musste die Verfassungspflichten einlösen und die familienpolitischen Hausaufgaben machen, während Sie während Ihrer Regierungszeit immer nur Sonntagsreden gehalten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Wir hätten sie gerne eingelöst!)

Jetzt passiert endlich etwas. Durch die Steuerreform werden Familien entlastet, bereits durch die erste Stufe. Das Kindergeld und die Freibeträge sind erhöht worden. Jetzt werden beim Erziehungsgeld die Einkommensgrenzen erhöht, es wird ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit geschaffen, und endlich können beide Elternteile gemeinsam eine Erziehungsfreistellung in Anspruch nehmen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt ist also die Landesregierung im Zugzwang.

Was liest man dann heute, beispielsweise in einer Zeitung auf der ersten Seite in einer Überschrift? „Landesregierung erhöht Landeserziehungsgeld“.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das ärgert Sie doch, Frau Bender, dass die Landesregierung schneller ist als Grüne und SPD!)

Ja wie schön, Frau Blank! Es würde mich ja freuen, wenn es denn stimmen würde. Aber alles, was jetzt passiert ist, ist doch, auf gut schwäbisch gesagt, nur, dass der Sozialminister „a große Gosch ghatt hat“, sonst aber gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das Landeserziehungsgeld wird nämlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht erhöht. Sonst hätten Sie nämlich vorhin bei der Ersten Beratung des Nachtragshaushalts darlegen müssen, dass Sie das dafür notwendige Geld einstellen und wie Sie es finanzieren wollen. Frau Blank, das tun Sie aber gar nicht.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Die Einkommensgrenzen werden erhöht!)

Also erzählen Sie uns doch nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Natürlich! Finanziert im Haushalt!)

Sie machen Ankündigungen für die Jahre 2003 ff., also für einen Zeitpunkt, zu dem Sie hoffentlich gar nicht mehr an der Regierung sind.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: So wie Sie mit Ihrer Steuerreform! – Abg. Haasis CDU: Sie müssen uns nicht Ihre Träume erzählen, sondern bei der Realität bleiben! Jetzt ein bisschen schreien, denn im nächsten Jahr können Sie es nicht mehr! Letzte Chance!)

Das ist doch nichts anderes als ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft und eine Aufgabe der nächsten Landesregierung. Auch der heute vorgelegte Antrag der CDU-Fraktion ist nichts anderes.

Nun schauen wir uns einmal den Rest an. Frau Wonnay hat vorhin schon aus dem Beschluss zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den die CDU einmal auf Bundesebene gefasst hat, zitiert, für den Sie demnach ja auch eintreten. Aber alles, was auf Landesebene zur Vereinbarkeit beitragen könnte, wird von Ihnen bestenfalls geprüft und

(Birgitt Bender)

schlechtestenfalls abgelehnt. Sie prüfen nämlich, ob Sie es vielleicht in Anlehnung an die neuen Regelungen im Bundeserziehungsgeldgesetz ermöglichen, dass das Landeserziehungsgeld zu einem späteren Zeitpunkt als im dritten Lebensjahr des Kindes gewährt wird, etwa beim Schuleintritt. Sie wissen aber noch nicht genau, ob Sie das auf die Reihe kriegen.

Sie prüfen auch, ob die Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten beim Bezug des Landeserziehungsgelds ausgeweitet werden können. Auch das haben Sie noch nicht auf der Reihe.

Von vornherein lehnen Sie aber ab, die Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeit wie beim Bundeserziehungsgeld auf 30 Stunden auszuweiten, obwohl Sie selbst in Ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der SPD zugeben, dass dies keinerlei Mehrkosten verursachen würde, weil sich ja die Einkommensgrenzen nicht ändern.

Was ist der Grund? Es ist allein die ideologische Fixierung darauf, dass Teilzeit auch in neuen Mustern und in größerem Umfang nicht möglich sein soll, weil Sie meinen, es bleibe keine Zeit mehr für die Kinder, wenn jemand außerhäuslich 30 Stunden arbeite.

Dazu muss ich sagen: Daran können eigentlich nur Herren gestrickt haben, die die innerhäusliche Kinderbetreuung immer an ihre Frau delegiert haben und deswegen nicht wissen, wie viel Zeit das kostet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Frau Blank, Sie lehnen es ab – das haben Sie eben auch noch einmal vorgetragen –, das Budgetmodell des Bundes zu übernehmen, bei dem man im ersten Jahr, wenn man sich darauf beschränkt, ein erhöhtes Erziehungsgeld beziehen kann. Entsprechend weigern Sie sich auch, einen gleichzeitigen Bezug von Bundes- und Landeserziehungsgeld zu ermöglichen. Sie wissen aber doch – oder müssten es wissen – aus Ihrem eigenen Familienbericht, dass die Unterbrechungszeiten von Erwerbstätigkeit für Kindererziehung – und es sind gegenwärtig immer die Frauen, die das machen – immer kürzer werden. Die Frauen gehen nicht mehr so lange aus dem Beruf heraus. In Baden-Württemberg sind 54 % aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig. Erzählen Sie mir doch nicht, man müsste etwas dagegen machen. Das geht einfach an der veränderten familienpolitischen Wirklichkeit vorbei.

Das ist deshalb besonders enttäuschend, weil Sie ja in Berlin noch im Dezember andere Beschlüsse gefasst haben. Ich zitiere einmal eine andere Passage. Da heißt es nämlich:

Viele Frauen lehnen es ab, ihren Lebensentwurf ausschließlich als eine vom Mann abhängige und weitgehend auf Haushalt und Kindererziehung beschränkte Rolle zu verstehen.

Da kann ich nur fragen: Wo sind die Konsequenzen, Frau Blank? Die fehlen hier doch völlig.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Sonntagsreden!)

Nach wie vor ist auch Fehlanzeige bei den außerhäuslichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, gerade für kleinere Kinder. Schauen Sie sich mal den Bundesdurchschnitt an. Im Bundesdurchschnitt haben wir für 6,3 % der kleinen Kinder solche Betreuungsmöglichkeiten, in Baden-Württemberg sind es gerade mal 1,2 %. Sie können beispielsweise gerade in der Stadt Stuttgart verfolgen, wie deswegen die Eltern auf die Barrikaden gehen, weil das einfach zu wenig ist, weil viele Eltern auch für kleinere Kinder Betreuungsmöglichkeiten brauchen, und zwar gerade auch dann, wenn sie selber in Teilzeit arbeiten.

Die CDU stellt sich einer veränderten Lebenswirklichkeit von Familien einfach nicht, und da kann ich nur sagen: Ihr damals in Berlin gefasster Beschluss hieß „Lust auf Familie“, aber in Baden-Württemberg entsteht dabei nur Frust bei der Familie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war nicht anders zu erwarten: Von der einen Seite kommt die Erfolgsbilanz, die sich durchaus sehen lassen kann, und von der anderen Seite kommt die Kritik, wir würden alles falsch machen.

(Abg. Ursula Haußmann und Abg. Dr. Walter Müller SPD: Die FDP/DVP macht gar nichts!)

– Nein! Die FDP/DVP macht in der Tat etwas.

Lassen Sie mich versuchen, die Diskussion ein wenig zu versachlichen.

Erste Vorbemerkung: Für uns – und das ist klar – ist Familie da, wo Kinder sind.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP – Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Jawohl!)

Wir müssen uns der gesellschaftlichen Realität, dass die klassische Familie Vater/Mutter/Kind nicht mehr das durchgängige Prinzip ist, stellen, und wir müssen alle Mittel auf die Kinder konzentrieren. Übrigens – das sei an die rechte Seite gesagt – gilt das unabhängig davon, ob Kinder aus deutschen oder aus ausländischen Familien stammen, denn kein Kind dieser Welt kann sich aussuchen, in welche Familie es hineingeboren wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Lassen Sie mich hier ausdrücklich mein Bedauern und mein Mitgefühl mit den drei Kindern ausdrücken, die kürzlich durch den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verletzt worden sind, lassen sie mich diesen Vorfall missbilligen und diesen kranken Hirnen sagen: Kinder sind Kinder, ob deutsche oder ausländische Kinder.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Krisch REP: Ganz große Polemik, Herr Kollege! – Unruhe)

(Dr. Noll)

Meine Damen und Herren, der Wunsch nach einem Kind ist eine sehr persönliche Entscheidung zweier Menschen. Es ist ein zutiefst menschlicher Wunsch, aus dem sich der Staat zunächst einmal herauszuhalten hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser
FDP/DVP: Genau!)

Der Staat hat jedoch dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht daran gehindert werden, sich diesen Wunsch zu erfüllen. Die Demographie zeigt, dass sich leider immer weniger Menschen in der Lage sehen, sich diesen Wunsch zu erfüllen, und das hat gravierende Folgen – das ist gesagt worden – auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Die Tatsache, dass es immer weniger Kinder und immer älter werdende Menschen gibt, macht uns ja sowohl in der GKV als auch bei der Rente Probleme.

Deswegen sollten wir uns einmal über die Gründe, die Menschen daran hindern, sich für Kinder zu entscheiden, unterhalten. Da gibt es natürlich eine ganze Palette, die ich sicherlich in der Kürze der Zeit nicht abarbeiten kann. Aber ein Punkt ist mir schon wichtig: Wenn sich, um das mal platt zu sagen, junge Menschen überlegen, ob sie ein Kind in diese Welt setzen, dann sind zum Beispiel die Themen Nachhaltigkeit und Ökologie, aber auch das Thema Nachhaltigkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik ganz wichtige Gesichtspunkte. Denn ein Satz stimmt halt nun mal: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Bei allen Leistungen, die wir für die Familien erbringen wollen, müssen wir auch im Interesse der nachfolgenden Generationen und der Familien natürlich das Thema Haushaltskonsolidierung im Auge behalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Richtig! – Abg.
Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Genau!)

Zweite Bemerkung: Die Eltern fragen sich, welche Perspektiven ihr Kind hat. Deswegen kommt es darauf an, Bildung, Ausbildung, Fortbildung, berufliche Perspektiven zu schaffen. Ich glaube, das, was wir derzeit hier im Lande zu bieten haben, kann sich wirklich sehen lassen.

Die dritte Frage lautet: Kann ich die Erziehungsaufgabe bewältigen? Sie alle kennen die bekannte Wochenbettdepression, die, Herr Kollege Müller, nicht nur hormonell bedingt ist,

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Aber auch nicht politisch!)

sondern, denke ich, manchmal auch mit der Frage verbunden ist: Werde ich das alles schaffen? Auch da muss man die gesellschaftlichen Realitäten sehen: Früher haben die Oma und die Mutter praktisch ihr Wissen und ihre Hilfe weitergeben können. Das ist in vielen Teilen der Gesellschaft nicht mehr Realität. Deswegen müssen wir in schwierigen und vor allem in konfliktträchtigen Phasen der Erziehung Hilfen anbieten, Hilfen im Sinne von Bildung, Fortbildung, Familienbildung. Ich denke, man sollte außerdem darauf hinweisen, dass es auch ein Auftrag der Schule ist, Menschen auf die Erziehungsaufgabe vorzubereiten.

Die nächste Frage, die sich die Menschen stellen: Was bedeutet das Kind für mich in Bezug auf meine Karriere, auf meine berufliche Zukunft und – das ist eng damit verbunden – für meine wirtschaftliche Zukunft? Das ist für viele natürlich der Knackpunkt. Hierher gehört auch noch einmal das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herr Sozialminister, wir werden alle Bemühungen um eine flexiblere Inanspruchnahme auch des Landeserziehungsgelds, die Sie ja angedeutet haben, unterstützen, vor allem auch eine flexiblere Inanspruchnahme durch Mütter und Väter. Das sage ich hiermit ganz klar in Richtung des Sozialministeriums zu.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ich denke, wir haben klares Zahlenmaterial, das beweist, dass die Tatsache, mehrere Kinder zu haben, in unserer Gesellschaft zunehmend zum Armutrisiko wird. Das ist natürlich auch eine skandalöse Entwicklung. Ich will da überhaupt keine Schuldzuweisungen treffen, aber wenn Sie das Zahlenmaterial anschauen, stellen Sie fest, es betrifft ganz besonders die Alleinerziehenden, deren Sozialhilfequote deutlich überproportional gestiegen ist. Ein weiteres Thema ist das Pro-Kopf-Einkommen, insbesondere bei Familien mit drei und mehr Kindern.

Hiermit möchte ich bei der aktuellen Diskussion ankommen. Sie kennen unseren Entschließungsantrag. Ich sage es noch einmal: Bei allen Leistungen, die wir verbessern wollen, müssen wir die Haushaltskonsolidierung natürlich im Auge behalten. Deswegen halte ich die Erhöhung des absoluten Betrages von 400 DM auf 600 DM ab dem dritten Kind für absolut richtig, denn alle Zahlen belegen, dass genau hier die Verbesserung zielgenau bei den Richtigen ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg.
Ingrid Blank CDU: Da muss es ankommen!)

Im Übrigen haben Sie von der Bundesregierung genau diese Zielgenauigkeit bei der Kindergelderhöhung natürlich versäumt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Bei uns haben erst mal alle mehr gekriegt!)

Von all diesen aktuellen Dingen abgesehen, wünschen wir uns – von Frau Blank wurde es angedeutet –, dass wir dieses Durcheinander, Nebeneinander von Sozialtransfers und Steuererleichterungen künftig in einem Familiengeld bündeln, das ich mir sehr weitgehend in Analogie zum Bürgergeld vorstellen könnte, dass nämlich jemand, der keine Steuern zahlt, das Familiengeld gezahlt bekommt und für jemanden, der Steuern zahlt, das Familiengeld, also das, was er für die Betreuung und Erziehung eines Kindes tatsächlich braucht, völlig steuerfrei gestellt wird. Dann hätten wir eine saubere Lösung und könnten zu einem Ende dieser Flickschusterei kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Im Übrigen hätten Sie es vonseiten des Bundes in der Hand gehabt, das Bundeserziehungsgeld analog zur Dauer des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre auszudehnen.

(Dr. Noll)

(Abg. Ingrid Blank CDU: Dann bräuchten wir gar nicht zu diskutieren!)

Dann müssten wir uns jetzt nämlich gar nicht über das Landeserziehungsgeld, das wir im dritten Jahr ergänzend bezahlen,

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Haushaltskonsolidierung!)

unterhalten, sondern könnten dieses Geld in zusätzliche Betreuungsformen, in die Ausbildung und Bildung stecken.

Fazit: Frau Kollegin Wonnay, wir tun mit dieser Verbesserung im Bereich des Landeserziehungsgelds keinen halbherzigen, sondern einen deutlichen Schritt zur Stärkung der Familien in unserem Lande. Weitere Schritte werden notwendig sein. Lassen Sie uns diese Schritte bald und, wenn möglich, auch gemeinsam tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir in dieser Debatte eine kurze Bemerkung zum Vorredner: Herr Kollege Noll, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir auf diese dümmliche Provokation von vorhin eingehen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Haas CDU: Jetzt tun Sie es gerade!)

Sie haben mit dem Verweis auf uns einen gedanklichen Zusammenhang insinuiert, der unverschämt ist und den ich mit Nachdruck zurückweise.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Haben Sie sich getroffen gefühlt?)

Ich sage Ihnen mal eines: Sie sind noch nicht so lange hier dabei,

(Abg. Nagel SPD: Sie sind auch noch nicht lange dabei!)

sonst wüssten Sie, dass diese – ich sage es noch einmal – dümmlichen Debatten vor sechs, sieben Jahren hier geführt worden sind, als man uns Dinge in die Schuhe zu schieben versuchte, die damals von ganz anderen begangen wurden. Es steht außer Zweifel, dass jeder hier in diesem hohen Hause den Anschlag in Ludwigshafen verurteilt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schön, wenn Sie das so sagen!)

Da brauchen Sie nicht hinzustehen und so zu tun, als ob nur Sie das verurteilten und andere nicht. Ich sage Ihnen eines: Damit kündigen Sie eigentlich den demokratischen Konsens hier auf.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der SPD – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Konsens!)

Wenn Sie noch einmal solche Schritte hier versuchen, sind Sie diejenigen, die sich außerhalb der parlamentarischen Ordnung stellen.

(Abg. König REP: Brandstifter Dr. Noll!)

Meine Damen und Herren, das ist unbequem – das weiß ich –, aber das müssen Sie eben zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Zeller SPD: Sie Heuchler!)

– Die größten Heuchler sitzen immer links außen, das wissen wir schon lange.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeller SPD: Oberheuchler!)

Wir wollen uns doch hier nicht darüber unterhalten, was Sie alles zu vertreten hätten, wenn ich einen solchen Zusammenhang auf Sie erstrecken würde. Denken Sie nur an den real existiert habenden Sozialismus.

(Beifall bei den Republikanern)

Nein, meine Damen und Herren. Diese familienpolitische Debatte wird zu einem Schaulaufen darüber, wer am familienfreundlichsten ist. Wer fordert am meisten? Welches Land zahlt am meisten? Wie sieht der Vergleich aus?

Pünktlich zur Debatte haben wir auch den Beschluss des Ministerrats zur Anhebung des Landeserziehungsgelds bekommen, den wir ausdrücklich begrüßen. Aber ich glaube, dass wir damit dem eigentlichen Problem nicht gerecht werden. Die Frage ist nämlich nicht, Frau Kollegin Blank, ob wir im Vergleich mit den anderen Bundesländern viel besser sind, sondern die Frage, die sich für uns stellt, ist doch die: Sind die Einschätzungen und sind die Maßnahmen ausreichend und geeignet, um das zentrale gesellschaftspolitische Problem der Zukunft zu lösen? Dieses Problem betrifft die demographische Frage, das demographische Dilemma, wie es der Bevölkerungswissenschaftler Schmid kürzlich in der FAZ zutreffend beschrieben hat.

Es nützt uns nichts, wenn wir jetzt Vergleiche innerhalb der Bundesrepublik Deutschland anstellen, sondern es wäre viel besser, wenn wir die Vergleiche einmal innerhalb Europas anstellten. Da fällt in der Tat auf, dass es Länder gibt, die inzwischen eine wesentlich bessere Bevölkerungsentwicklung erreicht haben als wir. Es fällt auf, dass es in Europa ein Gefälle zwischen Nord und Süd gibt. Das Ganze macht ja nur dann Sinn, wenn man einmal untersucht, welche unterschiedlichen familienpolitischen und sozialpolitischen Strategien dahinter stehen.

Der Vergleich muss also beispielsweise mit Skandinavien angestellt werden. Wir sehen doch ganz deutlich, dass es den Skandinavien offensichtlich besser als bislang uns gelungen ist, das berufliche Ziel der Frauen mit der Erziehungsarbeit zu vereinbaren. Deswegen sind wir der Ansicht, auch wenn das vielleicht schmerzlich ist, dass wir bei unseren familienpolitischen Wunschbildern, die wir manchmal hegen und die in manchen Punkten vielleicht auch gar nicht falsch sind, doch so weit Abstriche machen sollten, als wir uns einfach einmal den realen Verhältnissen öffnen sollten.

(Dr. Schlierer)

Dann stellt sich tatsächlich die Frage: Reicht die bisherige Staffelung von Maßnahmen – Erziehungsurlaub, Bundeserziehungsgeld, Landeserziehungsgeld und begleitende Maßnahmen – auch für jene aus, die nicht mehr vom Familienbegriff des Grundgesetzes erfasst sind? Wir glauben, dass das nicht ausreicht. Wir glauben auch nicht, dass wir uns hier auf Lorbeeren ausruhen können, die von der Politik hier im Lande erreicht wurden.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das tun wir ja nicht!)

Dabei darf ich mir noch die Bemerkung erlauben, dass die Forderung nach einer Erhöhung des Landeserziehungsgelds nicht neu ist. Meine Fraktion hat bei den Etatberatungen der letzten Haushalte – ich habe das noch einmal nachgesehen – wiederholt Anträge hierzu gestellt; diese wurden damals aber von allen anderen vier „familienfreundlichen“ Fraktionen abgelehnt. Das Entscheidende müsste eigentlich sein, dass wir eine neue Konzeption schaffen, die vielleicht auf dem Grundgerüst aufbauen könnte, dass wir sagen: Wir führen ein zweistufiges Erziehungsgehalt ein, das für die gesamte Zeit der Erziehung gilt und in verschiedenen Phasen dadurch finanzierbar wird, dass wir andere Leistungen, die heute – ich sage das einmal so – im sozialen Bereich „dazugestückelt“ werden – Leistungen nach dem BSHG oder auch aus der Arbeitslosenversicherung –, zusammenfassen und eine komplette Lösung schaffen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Abgeschrieben!)

Das Konzept kann ich Ihnen innerhalb der kurzen Redezeit natürlich nicht vorstellen. Aber ich kann es Ihnen gern zeigen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir kennen es! Das haben Sie wahrscheinlich irgendwo gelesen! – Abg. Ingrid Blank CDU: Wir kennen es!)

Wir könnten das machen und damit wirklich versuchen, eine Trendwende herbeizuführen, Herr Noll, und nicht bloß hier herumzureden, wie Sie das getan haben. Wir könnten versuchen, eine Trendwende herbeizuführen mit dem Ziel, Familiengründung mit Kindern tatsächlich wieder attraktiv zu machen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dann haben wir mehr gewonnen, Herr Noll, als wenn Sie hier darüber schwadronieren, dass man mit „Kindern“ selbstverständlich alle meint, die hier geboren seien. Denn Sie gehören zu jenen Leuten, die glauben, das Dilemma, in dem wir stecken, dadurch lösen zu können, dass Sie mit Migration eine Kompensation herbeiführen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich das gesagt?)

Genau das ist der Fehler der FDP, die das ja lauthals verkündet. Dazu sage ich Ihnen nur eines: Sie lösen keine Probleme, sondern Sie sind schon heute verantwortlich für die neuen Probleme, die wir bekommen werden und über die wir dann in wenigen Jahren hier sprechen müssen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. König REP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Sozialminister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion, die Landesregierung von Baden-Württemberg und auch die FDP/DVP-Fraktion – wir arbeiten da ja sehr eng und intensiv zusammen –

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das merkt man aber nicht! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

lassen sich von dem Leitbild leiten, das da heißt: Wir wollen, dass in Baden-Württemberg Familie und Beruf vereinbar sind. Ich glaube, dass wir auf unsere Konzepte sehr stolz sein können.

Mir scheint, meine Damen von der linken Seite, Frau Bender und Frau Wonnay, dass Sie auf einem anderen Stern wohnen oder schlichtweg die Lebenswirklichkeit in Baden-Württemberg nicht zur Kenntnis nehmen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Abg. Haas CDU: So ist es! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist euer Problem!)

Wenn dann noch gesagt wird, wir würden von der Opposition getrieben und würden uns nur durch Nachbohren langsam entwickeln, muss ich, Frau Wonnay, sagen, dass Sie auf einem ganz anderen Stern leben.

(Abg. Wieser CDU: Dem Wonnay-Stern!)

Denn eines ist klar, und das sollte man auch einmal sagen: Es gab vor eineinhalb Jahren eine Große Anfrage der SPD-Fraktion, eingebracht am 8. Oktober 1998,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Etwas antiquarisch!)

mit dem Betreff: „Politische Konsequenzen aus dem Familienbericht 1998 der Landesregierung“. Bis heute hat die SPD-Fraktion diese liegen lassen.

(Abg. Haas CDU: Peinlich, was?)

Es war der SPD nicht wert, weder im Ausschuss noch im Parlament, einmal in eineinhalb Jahren über die Familie zu diskutieren. Das ist die Lebenswirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dann haben wir, nicht getrieben, sondern aus eigenem Antrieb, die Interministerielle Arbeitsgruppe „Fortentwicklung der Familienpolitik“ eingesetzt. Der Bericht wurde im Mai abgeschlossen mit Handlungsempfehlungen an die Landesregierung, die wir zum Teil schon in Ministerratsbeschlüsse umgesetzt haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die sind gut!)

Nachdem der Bericht fertig war – darüber muss man nachdenken –, hat die SPD nachgezogen und unter dem Datum 16. Mai dieses Jahres einen Antrag gestellt, in dem sie das, was wir schon gefordert hatten, erweitert hat und gefordert hat, man solle das Landeserziehungsgeld novellieren.

(Abg. Haas CDU: Unglaublich!)

(Minister Dr. Repnik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon klar, warum die SPD und die Grünen in den letzten Jahren geschwiegen haben. Der Grund ist, dass die Bundesregierung die vor der Wahl geweckten Erwartungen auf erhebliche Steuererleichterungen und Steuersenkungen für Familien eben nicht erfüllt hat.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, eben doch! – Lachen des Abg. Haas CDU)

– „Erhebliche“ haben Sie zugesagt. Von der Ankündigung von Bundesfamilienministerin Bergmann, die Einkommensgrenzen um 40 % zu erhöhen, ist nicht viel übrig geblieben. Die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes wurde lange aufgehalten. Das trifft auch für andere für Familien wichtige Gesetzgebungsverfahren, wie zum Beispiel die BAföG-Reform, zu.

Unser Ministerpräsident Erwin Teufel

(Abg. Bebbler SPD: Wo ist er denn?)

hat schon in seiner Regierungserklärung am 9. Dezember 1998 eine Anhebung der Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld in Anlehnung an eine Anpassung beim Bundeserziehungsgeld angekündigt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Olle Kamelle!)

Selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, freue ich mich, dass inzwischen auch die SPD das von ihr über viele Jahre hinweg bekämpfte und immer kritisierte Landeserziehungsgeld befürwortet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Bender hatte schon Recht!)

Das hat zwar sehr lange gedauert, aber trotzdem freue ich mich, denn, wie man so schön sagt: Besser spät als gar nicht.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Dabei kommt ihr wie die alte Fasnethinterher!)

Dass die Novellierung des Bundeserziehungsgelds kein politischer Durchbruch für Familien ist, wird von allen Fachleuten so gesehen.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Richtig!)

Die Anhebung der Einkommensgrenze ist viel zu gering ausgefallen. Sie wird sogar nivelliert – Frau Blank hat es gesagt – durch eine höhere Anrechnung der Minderungskonten. Die verschärfte Degression ist einer der faulen Tricks der Novellierung des Bundeserziehungsgelds. Nach Berechnungen der L-Bank fällt somit die Zielgruppe der Familien mit einem Kind und einem mittleren Einkommen von ca. 43 000 bis 46 000 DM im Jahr ganz aus dem Bezug des Bundeserziehungsgelds heraus.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Schwarze Oppositionspolitik macht spendabel, gell? – Abg. Wieser CDU: Wir haben es eingeführt in Baden-Württemberg!)

– Liebe Frau Bender, ich habe mir von Ihnen viel angehört, und jetzt müssen Sie sich die Wahrheit halt auch anhören.

Die Wahrheit tut manchmal auch weh. Aber es sind Tatsachen, die ich hier anführe.

(Beifall des Abg. Haas CDU – Abg. Haasis CDU: X-mal gab es den Antrag der Opposition, das zu streichen!)

In breiten Einkommensbereichen, denen unter 43 500 DM pro Jahr, wird es für eine größere Zielgruppe aufgrund einer schärferen Degression äußerst geringe Erhöhungsbeträge geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem familienpolitischen Durchbruch hätte auch gehört, neben einer deutlichen Anhebung der Einkommensgrenzen und der Freibeträge den Zahlbetrag des Bundeserziehungsgelds zu erhöhen. Seit der Einführung des Bundeserziehungsgelds durch die CDU-geführte Bundesregierung im Jahr 1986 ist der Betrag unverändert bei 600 DM geblieben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wer hat es denn nicht verändert?)

– Sie haben den Betrag nicht angehoben. Liebe Frau Wonnay, Rot und Grün in Berlin hätten jetzt die Möglichkeit gehabt, den Betrag anzuheben.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

– Sie haben es eben nicht getan. Also reden Sie hier nicht, sondern tun Sie es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Alles Fehler, die Sie gemacht haben, 16 Jahre lang!)

Für die CDU und für die Regierung im Land ist klar, dass eine wirkliche Familienpolitik die größtmögliche Wahlfreiheit der Eltern fördern muss. Mit einem Bundeserziehungsgeld müssen Väter und Mütter, die Kinder erziehen, langfristig besser unterstützt werden.

Die Bundesregierung hat es versäumt, das Bundeserziehungsgeld zu erhöhen. Sie hat auch keinerlei Anstrengungen unternommen, die Diskrepanz zwischen dem dreijährigen Erziehungsurlaub und der zweijährigen Bezugsdauer des Bundeserziehungsgelds aufzuheben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Konsequent wäre gewesen – nachdem Sie schon so rufen –, auch im dritten Lebensjahr des Kindes Bundeserziehungsgeld zu gewähren.

Folgendes sollte man sich auch noch auf der Zunge zergehen lassen: Tatsache ist, dass nur in CDU- und in CSU-geführten Ländern – in Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Bayern – Mütter oder Väter ein Landeserziehungsgeld im dritten Lebensjahr ihres Kindes erhalten. Wenn Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, wirklich ehrlich und ernsthaft fordern, sollten Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen in den von der SPD und von Rot-Grün regierten Ländern zumindest einmal fragen, ob sie nicht auch etwas für die Familie tun wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Dr. Repnik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem kommen, was wir in Baden-Württemberg machen. Das ist, glaube ich, weitaus erfreulicher.

Der Ministerrat hat gestern beschlossen – der heute von der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion eingebrachte Antrag unterstützt dies noch –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Rechtzeitig vor der Landtagswahl!)

Familien mit drei oder mehr Kindern künftig ein höheres Landeserziehungsgeld zu gewähren. Künftig erhalten Familien mit drei oder mehr Kindern für Geburten ab dem 1. Januar 2001 – natürlich muss man ein Datum einsetzen, weil auch eine Vorlaufzeit notwendig ist – statt 400 DM 600 DM. Ich meine, angesichts der angespannten Haushaltssituation ist dies eine ganz beachtliche Kraftanstrengung.

Die Familien sind uns dies auch wert. Sie sind uns Mehrausgaben von langfristig 26 Millionen DM für diesen Bereich und von insgesamt über 50 Millionen DM durch die Anhebung der Einkommensgrenzen wert. Ich glaube, wir müssen diese Leistung für unsere Familien erbringen, weil sie das Herzstück unserer Gesellschaft sind, ob es einem passt oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir haben damit eine gewisse Planungssicherheit für Kinder im dritten Lebensjahr.

Familien haben im Vergleich zu Ehepaaren ohne Kinder ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von nur 50 %. Familien mit drei Kindern haben kaum mehr – im Durchschnitt nur 3 900 DM – als Familien mit einem Kind. Deswegen haben wir gesagt: Wir müssen Mehrkinderfamilien noch mehr stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Ingrid Blank CDU: Keine Gießkanne!)

Ich bin daher stolz darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es gelungen ist, diesen Kraftakt für die Familien durchzusetzen. Wir in Baden-Württemberg handeln eben nach dem Motto „Taten statt Worte“. Wir handeln, während andere reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Na ja! – Zuruf des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

Die Landesregierung hat in ihrer gestrigen Ministerratssitzung im Zusammenhang mit dem Landeserziehungsgeld auch die Anhebung der Einkommensgrenzen und der Kinderfreibeträge beschlossen. Nach der Anhebung liegt die Einkommensgrenze für Verheiratete mit einem Kind für Geburten ab dem 1. Januar 2001 bei einem Netto Gehalt von 2 700 DM monatlich statt bei 2 500 DM und damit über dem Betrag, den die SPD gefordert hat.

Auch die Freibeträge für weitere Kinder werden schrittweise erhöht, und zwar auf 350 DM für Geburten ab dem

1. Januar 2001, auf 400 DM für Geburten ab dem 1. Januar 2002 und auf 450 DM für Geburten ab dem 1. Januar 2003. Auch hier ist eine deutlich höhere Anhebung beschlossen worden, als sie die SPD mit 400 DM in ihrem Antrag gefordert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für jedes vierte Kind im Land Baden-Württemberg wird im dritten Lebensjahr Landeserziehungsgeld bewilligt – für jedes vierte Kind! Die Mehrausgaben für das Landeserziehungsgeld werden in den folgenden Jahren ganz beträchtlich sein. Ich habe schon gesagt: Es sind ca. 50 bis 55 Millionen DM mehr. Das muss uns einmal jemand nachmachen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Kommt noch was?)

– Ja. Noch einmal einen Blick – Herr Schäfer, Sie sind ja junger Vater. Nur glaube ich, dass Sie, wenn Sie wieder gewählt werden sollten, nicht in den Genuss des Erziehungsgelds kommen, weil die Diäten zu hoch liegen.

(Abg. Wieser CDU: Nein, die liegen nicht zu hoch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei uns im Land Baden-Württemberg wird es – ganz anders als beim Bund – keine Tricks zur Gegenfinanzierung der durch die Erhöhung des Landeserziehungsgelds bedingten Mehrkosten geben. Frau Blank hat darauf hingewiesen. Durch die Budgetierung des Bundeserziehungsgelds kann sich das Familieneinkommen zwar kurzfristig erhöhen, im Gegenzug wird aber auf Kosten der Familien gespart. Es wurde schon gesagt: statt 600 DM monatlich im ersten Jahr 900 DM – aber dann eben nichts mehr. Das kostet jede Familie etwa 3 600 DM. Der Bund entlastet sich auf Kosten der jungen Familien.

Jetzt glaubt man auch noch, dass wir als Land Baden-Württemberg die „Ausfallbürgschaft“ tragen und schon im zweiten Jahr Landeserziehungsgeld geben sollten. Aber bitte, da müssten wir wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert sein. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: Eines der wenigen Länder – und wir sollen dann noch zahlen!)

In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 12/5196 der SPD-Fraktion haben wir dargelegt, dass überhaupt nicht daran gedacht ist, diesen Einspareffekt durchzusetzen.

Frau Bender, es ist schon ein bisschen beachtlich, dass Sie sagen, ich hätte eine „große Gosch“. Wir werden nicht nur intensiv prüfen, sondern auch innerhalb der Fraktionen noch intensiv darüber sprechen, inwieweit wir – auch um der Lebenswirklichkeit ein Stück weit näher zu kommen – zulassen könnten, die Inanspruchnahme von Erziehungszeiten im dritten Lebensjahr auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja! Wir machen mit!)

zum Beispiel auf das Jahr der Einschulung, weil es mit Sicherheit da oder dort Mütter und Väter gibt, die sagen: Das ist eine Zeit, in der Kinder noch einmal intensiv betreut werden sollten.

(Minister Dr. Repnik)

Wir haben auch festgestellt, dass die eine oder andere Frau oder der eine oder andere Mann – meistens sind es ja Frauen – nach zwei Jahren sagen: Ich möchte wieder eine Zeit lang in den Beruf zurückkehren. Wir werden das nicht nur prüfen,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Wohlwollend prüfen!)

sondern wir werden auch gründlich diskutieren. Aber ich habe dazu eben noch nicht das Signal. – Wir werden wohlwollend prüfen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In meiner Rede habe ich es gesagt!)

– Ja, das ist gut, dass Sie schon zustimmen.

Dann wird natürlich der Punkt eine Rolle spielen, wie wir es mit der Teilzeit handhaben. Ich bin folgender Meinung und werde das auch vorschlagen: Ich würde ganz gerne die Teilzeitmöglichkeit von jetzt 19 auf 20 Stunden erhöhen und dann sagen: Es gibt ein Budget von 60 Stunden.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja! Das ist das Einzige!)

Wenn eine Familie – auch das ist wohl ein neues Familienbild – will, dass sich auch der Vater verstärkt um die Kindererziehung kümmert,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Noll FDP/DVP)

dann soll sie wählen können zwischen einer Aufteilung von zum Beispiel 40 und 20 Stunden oder von 30 und 30 Stunden, oder wie auch immer.

(Abg. Wieser CDU: Oder 60 und 0!)

Aber mehr als eine Belastung von eineinhalb Stellen kann und darf es nicht sein; denn wir reden vom Erziehungsgeld und leider noch nicht vom Familiengeld. Dahin sollte man noch kommen. Eine Belastung von zusammen 70 Stunden würde ich nicht zulassen wollen.

Lassen Sie mich kurz auf den Familienbericht eingehen. Man sieht und merkt, dass es gerade in Baden-Württemberg gute Ausgangspositionen für Familien gibt. Sie sollten ihn vielleicht auch lesen – nicht nur selektiv. Wir können mit Fug und Recht behaupten: Wir sind in der Republik das Land der Familien.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Im Ländervergleich wurden, bezogen auf 1 000 Einwohner, in Baden-Württemberg die meisten Kinder geboren. „Frust“, Frau Bender? Wie groß muss dann der Frust in anderen Bundesländern sein, in rot-grün regierten Bundesländern?

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Der Frust kommt meistens erst, wenn sie 16 oder 18 sind!)

Bei uns sind es nämlich durchschnittlich 11,1 Geburten auf 1 000 Einwohner. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 9,7. Also kann die Familienpolitik bei uns eigentlich gar nicht

so schlecht sein. Wir haben unter den Ehepaaren einen Anteil von 50 % mit Kindern. Auch damit liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Unruhe)

Das Familieneinkommen von jungen Ehepaaren mit Kindern liegt in Baden-Württemberg über dem Durchschnitt manch anderer Bevölkerungsgruppen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das muss gesagt werden: Die Erwerbstätigenquote – –

(Anhaltende Unruhe – Minister Dr. Repnik greift zum Wasserglas. – Zuruf von der SPD: Prost!)

– Ich warte, ich habe Zeit. Es ist Ihre Mittagspause, nicht meine.

(Heiterkeit)

Auch daran sollte man erinnern: Die Erwerbstätigenquote von Müttern liegt mit 62 % in Baden-Württemberg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. – So viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg eine erfolgreiche und vor allen Dingen vorausschauende Familienpolitik mit Konzeption machen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir haben frühzeitig, vor Jahren schon, Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskraft der Familien eingeleitet, und zwar – ich erinnere daran – mit dem Landeserziehungsgeld, das Baden-Württemberg als erstes Bundesland schon 1986 eingeführt hat – kein SPD-geführtes Land hat dies bis heute –, mit dem bundesweit einmaligen Programm „Mutter und Kind“, durch das Alleinerziehenden Perspektiven eröffnet werden. Bei der Kindergartenversorgung nehmen wir den Spitzenplatz ein. Wir haben Vollversorgung, und wir haben durch die Novellierung des Kindergartengesetzes so viele flexible Möglichkeiten, dass Halbtagsaktivität schon bestens ermöglicht werden kann. Wir haben allein für den Kindergartenbereich über 706 Millionen DM im letzten Haushalt ausgegeben. Wir haben ein flächendeckendes Netz von Tagesmüttervereinen, weil wir auch darauf setzen und weil wir auch sagen: Auch das ist eine Möglichkeit, dass junge Frauen rechtzeitig in den Beruf gehen können,

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

damit sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren können.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich alles in allem feststellen: Unsere Familienpolitik ist erfolgreich und vorausschauend. Nirgends geht es Familien so gut wie in Baden-Württemberg.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Zaghafter Beifall der CDU-Fraktion!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion freut sich über jede Verbesserung für Kinder und Familien. Deshalb werden wir, falls Sie unseren sehr viel weiter gehenden Anträgen nicht zustimmen, Ihren Teilschritten die Zustimmung erteilen.

Frau Blank, Herr Dr. Noll, Herr Minister, zum Bundeserziehungsgeld will ich doch noch ein Wort sagen. 14 Jahre lang haben Sie nichts gemacht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben 1,5 Billionen DM Schulden hinterlassen, und dann die ersten Teilschritte der anderen zu kritisieren, das ist schlichtweg unanständig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich nicht getan!)

Allein in diesem Jahr beträgt die Nettoentlastung für Familien 5,5 Milliarden DM. Das sind keine Peanuts.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis und Abg. Hauk CDU: Und die Belastung? – Abg. Dagenbach REP: Und die Bruttobelastung? Wie sieht es da aus?)

– Herr Kollege Haas, offensichtlich können Sie nicht nur nicht rechnen, sondern auch nicht zuhören.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er kann gar nichts!)

Ich habe das vorhin ausdrücklich dargelegt.

Jetzt noch ein Wort zu der Legende, dass in Baden-Württemberg alles immer Spitze sei, und dann der Querverweis auf die anderen Bundesländer.

(Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

Ich will Ihnen das einmal an einer einzigen Zahl darlegen. Herr Kollege Schmid, hören Sie zu. Sie werden dabei etwas lernen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Kinderbetreuung betragen in Baden-Württemberg 66 DM, in Bayern 71 DM und in Nordrhein-Westfalen 94 DM.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So, jetzt! – Abg. Dagenbach REP: Und wie viel kassiert ihr dort?)

So viel einfach einmal zu diesem Teil der Legende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Debatte hat eines wieder einmal sehr deutlich gemacht: dass Familienpolitik à la Merkel die bessere Alternative zur Familienpolitik à la Teufel ist, dass wir aber im Interesse un-

serer Kinder und im Interesse unserer Familien ganz dringend eine Familienpolitik hier im Land ohne Teufel und Co. brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der vorliegenden Anträge.

Zunächst zur Ziffer 4 des Abschnitts I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5196. Sie wird aufgrund der Zusage des Ministers für erledigt erklärt. Damit ist diese Ziffer erledigt.

Dann zur Ziffer 3 des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/5366. Sie entspricht nicht dem Antrag Drucksache 12/5196. Ich lasse deshalb jetzt über diese Ziffer abstimmen. Wer dieser Ziffer des Antrags der CDU-Fraktion zustimmen möchte

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und FDP/DVP!)

– und der FDP/DVP-Fraktion zustimmen möchte –, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Damit alle wissen, dass sie mitstimmen müssen!)

Gegenprobe! – Einstimmig beschlossen.

Die Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 12/5366 sind Änderungsanträge zu Abschnitt I Ziffer 1 des SPD-Antrags Drucksache 12/5196. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5369, vor.

Ich lasse jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 12/5369, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, zur Abstimmung!)

– Am Schluss der Abstimmung.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/5366. Die Ziffern 1 und 2 begehren eine Änderung von Abschnitt I Ziffer 1 des SPD-Antrags Drucksache 12/5196. Wer den Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 12/5366 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen dann zu den restlichen Anträgen: Abschnitt I Ziffern 2, 3, 5 und 6 des Antrags Drucksache 12/5196. Wird hier getrennte Abstimmung begehrt, oder kann man darüber zusammen abstimmen?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Zusammen!)

– Zusammen abstimmen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe also Abschnitt I Ziffern 2, 3, 5 und 6 des Antrags Drucksache 12/5196 zur Abstimmung auf. Wer diesen Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Dann ist noch über Abschnitt II des Antrags Drucksache 12/5196 zu entscheiden. Er ist durch die Berichterstattung der Regierung erledigt. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 insgesamt erledigt. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ich wollte noch eine Erklärung zur Abstimmung abgeben!)

– Entschuldigung. Frau Bender, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte erläutern, warum sich meine Fraktion bei dem SPD-Antrag Drucksache 12/5369 mit der Zielrichtung, sofort die Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld für alle Kinder, die jetzt geboren werden, anzuheben, enthalten hat. Wir teilen die Zielrichtung dieses Antrags, wollen aber sehen, wie die SPD im Nachtragshaushalt eine Finanzierung herstellt, also wo der Deckungsvorschlag ist. Wenn uns der überzeugt, sind wir selbstverständlich dabei.

(Abg. Brechtken SPD: Darauf können Sie sich verlassen! – Abg. Haasis CDU: Oje!)

Stellv. Präsident Birzele: Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:43 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaft und Verkehr in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4322

Frau Abg. Fauser, Sie erhalten das Wort.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir stehen vor einem drohenden Verkehrsinfarkt auf den Bundesfernstraßen. Der Lebensnerv einer funktionierenden Wirtschaft wird mehr und mehr getroffen. Wir haben derzeit keinerlei Gesamtkonzepte für die Bahn, wie in Zukunft tatsächlich mehr Güter auf die Schiene verlagert werden sollen. Hingegen werden zurzeit immer neue Streichungen von der Bahn AG bekannt. Darüber hinaus ist Stuttgart 21 als modernes Dienst-

leistungszentrum mit Anbindung an Ulm mehr oder weniger fraglich, weil unsere Freunde von den Grünen nicht in der Lage sind, sich zu einem eindeutigen positiven Urteil durchzuringen.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Es wäre schön, wenn es andersherum wäre!)

Im Moment haben wir einfach kein Verständnis dafür – anscheinend ist das in den letzten Jahren immer weniger bewusst geworden –, dass die Verkehrsinfrastruktur für uns, für unsere Wirtschaft Grundvoraussetzung und Basis für eine prosperierende Entwicklung ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, in vielen Köpfen der Politiker, aber auch der Bevölkerung ist nicht mehr bewusst, dass wir erst durch die Beförderung von Gütern, durch Dienstleistungen und Personen Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsteiligkeit haben und, wie unlängst Hans-Olaf Henkel deutlich machte, 50 % des Bruttosozialprodukts der letzten 40 Jahre aufgrund eines kostengünstigen Verkehrsinfrastruktursystems zustande kamen.

(Beifall der Abg. Rech CDU und Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Für die Zukunft ist es notwendig, dass wir Kostensenkungen und Leistungsverbesserungen erreichen.

Der Regierungsbezirk Tübingen hat unlängst in seinem Thesenpapier von Schussenried deutlich gemacht, dass der ländliche Raum von der weiteren Entwicklung des Landes abgehängt wird und es dringend notwendig ist, für die Verkehrsinfrastruktur wieder mehr zu tun.

Wir können mit den uns heute zugewiesenen Investitionsmitteln gerade einmal die Arbeiten an den Baustellen, die wir im Lande haben, bis zum Jahr 2002 fertig stellen. Uns ist es nicht mehr möglich, auch nur die kleinste Maßnahme in Angriff zu nehmen. Ich vertrete immer wieder die These, dass Straßenverkehr und Umgehungsstraßen auch Lebensqualität sind. Ich möchte an Hermaringen erinnern – schade, dass Frau Dr. Gräßle nicht da ist –, wo man seit 16 Jahren verzweifelt auf die Umgehungsstraße wartet.

Meine Damen und Herren, Verdichtung und Staugefahr werden immer größer. Die Dresdner Bank hat unlängst mit dem Wirtschaftsmagazin „Impulse“ eine Umfrage durchgeführt. 500 Unternehmen machten in ihrer Antwort deutlich, dass die Kosten für die Unternehmen wachsen, dass sie mehr und mehr den Verkehr als Wachstumsbremse einstufen und dass dies für uns alle in Zukunft ein doch beängstigendes Thema werden könnte. Die ökologischen und ökonomischen Beeinträchtigungen sind zudem erheblich. Der ADAC schätzt, dass allein im Raum Stuttgart 150 Millionen DM aufgrund der Staus verschwendet werden. Dies kann man sich leicht vorstellen: Die Handwerker oder die Unternehmen, die auf ihre Waren warten, haben selbstverständlich beträchtliche Ausfälle. Darüber hinaus kommt man auf eine Größenordnung von ungefähr 12 Milliarden DM für Diesel und Benzin, die wir heute durch Staus sinnlos in die Luft blasen. Das kann wirklich nicht der Sinn der Sache sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Beate Fauser)

Insgesamt rechnet man mit 80 Milliarden DM Gesamtverlust für unsere Unternehmen. Insbesondere unsere Spediteure sind belastet, da sie mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten sowie hohen Auflagen zu kämpfen haben und nun neben der Ökosteuer auch noch Kilometermaut zu bezahlen haben. Es ist zu gewärtigen, dass wir vermehrt Billigkonkurrenz aus anderen europäischen Ländern bekommen werden, die nicht unbedingt den gleichen Standard wie unsere Lkws haben.

Der Transportbedarf wird in den nächsten Jahren noch erheblich steigen. Wie Sie wissen, wird sich durch Internet und neue globalisierte, internationalisierte Angebots- und Nachfragemärkte der Transport erheblich ausweiten. Aus diesen Gründen müssen wir uns umgehend und schnellstens auf ein gemeinsames adäquates Konzept einigen, um die Zukunft zu sichern. Die Produktionsvorleistung beträgt immerhin 47 %, und wir dürfen die Wirtschaft hier nicht im Regen stehen lassen.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Philosophie ist ja, mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Leider liegt uns dazu noch kein umfassendes Konzept der Koalition vor. Es müsste für Rot-Grün doch immerhin möglich sein, einen Gesamtplan vorzulegen, wonach zumindest mit moderner Telematik die Kapazität der Schiene verbessert werden kann.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Das wird zwar keine große Abhilfe schaffen, aber wir müssen doch versuchen, zumindest Teile zu verbessern, um nicht nur über Themen zu reden, sondern tatsächlich zumindest eine Kapazitätserhöhung von ca. 40 % zu erreichen.

Im Moment werden die Güter, die auf der Schiene transportiert werden, mit 18 km/h befördert. Dies ist für unsere moderne Industrie einfach keine Alternative. Wenn man dieses Thema ernst nimmt, wäre es vernünftig, separat moderne Gütertrassen zu bauen, um vermehrt massiv Güter auf die Schiene verlagern zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Birk CDU)

Die rot-grüne Regierung, die ja sehr gerne an runden Tischen sitzt, sollte vielleicht zu diesem Behufe DB Cargo, die Speditionen und alle Beteiligten zu diesem Thema einladen, um langfristig Lösungen zu finden. Wie mir bekannt ist, wären die Großspeditionen sehr wohl bereit, miteinander ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, um ihre Güter über längere Strecken auf der Schiene zu transportieren. Im Moment wird aber von der DB Cargo keinerlei Zugeständnis gemacht. Die Trassenpreise sind außerordentlich hoch, die Zeitfenster zur Beförderung sind schlecht, und es ist nicht abzusehen, wann sich DB Cargo konstruktiver mit dem Problem auseinandersetzt.

Zum letzten Punkt, bevor wir in die zweite Runde gehen: Stuttgart 21. Es ist erfreulich, dass sich die SPD inzwischen massiv hinter Stuttgart 21 stellt. Herr Brechtken ist ja Vorreiter; das muss man wirklich lobend erwähnen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Endlich begriffen! – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Der Einzige!)

Aber es kann nicht sein, dass man eine moderne Stadt des 21. Jahrhunderts, wie sich Stuttgart darstellen und entwickeln soll, mit einer Drehscheibe gerade auch für den öffentlichen Personennahverkehr, für Flugverkehr, für den ICE nach Wendlingen und Ulm, mit kleinlichen Überlegungen torpediert. Es geht um ein lebenswertes, modernes Baden-Württemberg, das auch in Zukunft im internationalen Standard mithalten kann, und darum, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Ländern führend bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD:
Darf ich noch eine Frage stellen?)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Fauser, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken? – Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Frau Kollegin, nachdem Sie mich gerade bezüglich Stuttgart 21 gelobt haben, darf ich einmal die Frage an Sie stellen: Ist Ihnen bekannt, dass möglicherweise durch den bevorstehenden Beschluss des Gemeinderats, die Stellplatzverpflichtungen in Stuttgart deutlich zurückzuführen, den auch Ihre Partei mitträgt, Neubaustrecken im Nahbereich für die Stuttgarter Stadtbahn im Hinblick auf die neue Kostenrelation gefährdet sind?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Brechtken, so eng sind meine Kontakte zur Stadtratsfraktion in Stuttgart nicht. Ich werde das aber gerne überprüfen und Ihnen dann eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

(Abg. Brechtken SPD: Das würde ich Ihnen dringend empfehlen!)

– Ja.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU:
Wie ein Staatssekretär! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Aber sie muss es selber machen!
Staatssekretäre kriegen es geschrieben!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Brechtken, Stuttgart 21 wird, wenn überhaupt, was wir alle nicht hoffen, vermutlich nicht wegen der Stellplatzverordnung scheitern, sondern deshalb, weil Bund und DB AG nicht schnellstmöglich den Beschluss herbeiführen, die Finanzierung zu sichern.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und Mobilität gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Attraktivität und Stärke eines Wirtschaftsstandorts wie Baden-Württemberg. Wenn man die Umfrage des Wirtschaftsministeriums bei Wirtschaftsunternehmen genau betrachtet, dann wird man feststellen, dass das dritt wichtigste Kriterium für die Standortwahl die Verkehrsinfrastruktur und die Verkehrsanbindung sind.

Es ist bereits angeklungen: Wir werden in Zukunft vor allem auf der Straße weiterhin ein zunehmendes Güterverkehrsaufkommen haben. Dies liegt vor allem daran, dass

(Dr. Birk)

wir in sehr engen wirtschaftlichen Verflechtungen stehen und dass wir vor allem auch über den elektronischen Handel über das Internet ganz neue logistische Warenströme und Dienstleistungsströme bekommen, die dazu führen werden, dass es mehr Verkehr gibt.

Neue, intelligente Logistikkonzepte sind deshalb gefragt, Logistikkonzepte mit den Zielen einer besseren Auslastung und Optimierung der Transportkapazitäten, das heißt weniger Leerfahrten, einer höheren Effizienz der Transportabläufe, einer besseren Abstimmung und Kombinierbarkeit der unterschiedlichen Verkehrsträger sowie dem Einsatz neuer Verkehrssteuerungsinstrumente wie der Verkehrstelematik.

Für die Realisierung moderner Logistikkonzepte benötigt man aber auch eine leistungsfähige Infrastruktur, und deshalb möchte ich zur Situation des Straßenbaus in Baden-Württemberg schon ein paar Anmerkungen machen, vor allem was den Bundesfernstraßenbau angeht. 50 % aller baureifen, jedoch nicht finanzierten Projekte im Bundesfernstraßenbau befinden sich in Baden-Württemberg, und das zeigt einfach, wie groß der Nachholbedarf ist und dass die rot-grüne Bundesregierung weiterhin gefordert ist, mehr zu tun als in der Vergangenheit.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen:
Zu viel Vorratsplanung!)

Um alle im Bau befindlichen, planfestgestellten und im Planfeststellungsverfahren befindlichen Projekte umsetzen zu können, benötigen wir in Baden-Württemberg Bundesmittel in einer Größenordnung von 5,4 Milliarden DM.

(Zuruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/
Die Grünen)

Im laufenden Investitionsprogramm des Bundes für die Jahre 1999 bis 2002 sind gerade mal Mittel in einer Größenordnung von 1,03 Milliarden DM enthalten. Das heißt, der Anteil Baden-Württembergs nach dem gültigen Bedarfsplan beträgt 11,3 %, der derzeitige Finanzierungsanteil jedoch nur 5,9 %. Dies ist eine klare Benachteiligung des Landes durch die rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Bund ist gefordert, die Mittel weiter zu erhöhen, um den sich abzeichnenden Verkehrsnotstand im Land abzuwenden. Wir haben in diesem Jahr eine Zuweisungsrate von 225 Millionen DM erhalten; wir werden 2001 nach dem heutigen Stand 218 Millionen DM und 2002 200 Millionen DM erhalten. Ich verkenne nicht, dass die Mittel etwas angehoben wurden; sie liegen aber noch deutlich unter dem Ansatz des Jahres 2000.

Um den Investitionsstau in Baden-Württemberg zu beheben, benötigen wir jährlich 600 Millionen DM. Würden wir wieder dort hinkommen, wo wir Anfang der Neunzigerjahre waren – die Vergleichszahl 1990: insgesamt 535 Millionen DM –, dann wäre dies ein deutliches Zeichen.

Denn Geld ist ja genügend vorhanden. Woher kommt das Geld? Es kommt vor allem aus dem Aufkommen der Ökosteuer und der Erhöhung der Mineralölsteuer. Die Mineral-

ölsteuer wird in fünf Stufen um insgesamt 30 Pfennig pro Liter Benzin erhöht. Beim Autofahrer wird abkassiert, ohne dass er eine entsprechende Gegenleistung in Form leistungsfähiger Straßen bekommt.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die
Grünen – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Um es klar zu sagen: Mit der Ökosteuer zahlen die Autofahrer für die Jahre 1999 bis 2003 zusätzlich 58,5 Milliarden DM an Mineralölsteuer plus noch einmal über 10 Milliarden DM an Mehrwertsteuer, zusammen also 69 Milliarden DM. Im letzten Jahr der CDU/CSU-Regierung 1998

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was war das für eine Re-
gierung?)

betrug das gesamte Aufkommen

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was war das für eine Re-
gierung?)

aus der Mineralölsteuer rund 60,4 Milliarden DM. Rot-Grün bewirkt also in nur fünf Jahren eine Verdopplung des Mineralölaufkommens.

(Abg. Brechtken SPD: Bitte was? – Lachen der
Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das Schlimme dabei ist, dass von diesen enormen zusätzlichen Steuereinnahmen keine einzige Mark in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Staus werden weiterhin an der Tagesordnung bleiben, der öffentliche Personennahverkehr wird zusätzlich mit dieser Ökosteuer belastet, und es gibt nicht einmal eine zusätzliche Mark für ein Vorhaben, das auch den Grünen sehr wichtig ist, nämlich die Förderung alternativer Energien, sprich umweltfreundlicherer Kraftstoffe. Ich denke, dies kann nicht so bleiben. Diese Steuermehreinnahmen müssen endlich zugunsten von mehr Straßenbau investiert werden.

Zum Landesstraßenbau: Die CDU-geführte Landesregierung hat gemeinsam mit der FDP/DVP ein wichtiges Zeichen im Landesstraßenbau gesetzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo? Wo?)

Wir investieren derzeit in 95 Landesstraßenbauprojekte – Frau Kollegin Haußmann, das dürfte Ihnen nicht entgangen sein – mit einem Volumen von 250 Millionen DM. Die laufenden Investitionsmittel wurden um 70 Millionen DM auf über 100 Millionen DM jährlich erhöht. Hinzu kommt das Sonderprogramm Landesstraßenbau mit jährlich 105 Millionen DM. Das Land investiert damit einen deutlich erkennbar höheren Anteil in den Landesstraßenbau, als dies der Bund auf Bundesebene tut.

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Schienenverkehr sagen: Dringend erforderlich ist, dass wir mit dem Projekt Stuttgart 21 in Verbindung mit der Schnellbahntrasse Wendlingen – Ulm weiterhin an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen sind. Eine vollständige Einbindung benötigen wir aber auch für Mannheim als dem zweitwichtigsten ICE-Verknüpfungsbahnhof in Deutschland.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

(Dr. Birk)

Deshalb muss auch dieser Raum an die Hochgeschwindigkeitstrasse Rhein-Main/Rhein-Neckar angeschlossen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die Vorteile von Stuttgart 21 liegen auf der Hand: eine schnellere Durchbindung der Züge im Fern-, Regional- und Nahverkehr, eine höhere Kapazitätsauslastung – damit werden immerhin 30 % mehr ÖPNV möglich –, die Anbindung des Landesflughafens und der neuen Messe auf den Fildern, die erhebliche Verkürzung der Fahrzeit zwischen Stuttgart, Ulm und München sowie die bessere Anbindung Oberschwabens an das Schienennetz. Beide Projekte sind unverzichtbar. Es ist deshalb wichtig, dass man in großer Gemeinsamkeit den Bund und die Deutsche Bahn AG, insbesondere auch die Vertreter aus dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesverkehrsministerium, aber auch die Vertreter der rot-grünen Regierung im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, dazu aufruft, dass endlich ein Knopf an diese Sache gemacht wird und wir zu einer Lösung kommen, dass endlich die Vorleistungen des Landes im Bereich der Vorfinanzierung gewürdigt werden und dass jetzt auch der Bund und die Deutsche Bahn AG ihren Anteil zu diesem Projekt liefern.

Wenn wir die heutige Debatte auch dazu nutzen können, dass dieses Signal ausgesendet wird, ist diese Debatte auch berechtigt und hat ihren Sinn.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorrednerin und der Vorredner haben einiges theoretisch Richtige gesagt, das ich voll unterstreichen könnte, aber in der Praxis sieht es oft ganz anders aus. Es ist hier immer das gleiche scheinheilige Spiel. Die Berliner Oppositionsparteien treiben dieses Spiel wider besseres Wissen.

Da wird fälschlicherweise behauptet, Rot-Grün blockiere den Straßenbau und kürze die Mittel.

(Abg. Hauk CDU: Stimmt ja auch! In Baden-Württemberg! – Abg. Capezzuto SPD: Von 1993 bis 1997 habt ihr gekürzt! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Wir reden über heute! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Einfach abwarten!)

– Warten Sie bis zum Schluss. Dann werden Sie feststellen, dass Sie sich vergeblich aufgeregt haben.

Es wird behauptet, Baden-Württemberg werde vom Bund benachteiligt und dadurch werde die Wirtschaft unseres Landes geschädigt. Diese Behauptungen sind nachweislich falsch und werden auch durch häufige Wiederholung nicht richtiger.

(Abg. Seimetz CDU: B 10!)

Die Union und auch die FDP/DVP versuchen damit immer wieder, den schwarzen Peter in Richtung Berlin zu schieben

(Abg. Hauk CDU: Dorthin, wo er hingehört!)

und vom eigenen Versagen in der Verkehrspolitik damals in Bonn und auch in Stuttgart abzulenken. Ich komme noch darauf.

(Abg. Hauk CDU: Wir sind zukunftsgerichtet und nicht rückwärts gewandt! – Abg. Dr. Birk CDU: Das hilft uns in der Sache auch nicht weiter!)

– Ihre Ablenkungspolitik bringt uns noch weniger weiter, und falsche Schuldzuweisungen sind nicht dazu geeignet, eine gemeinsame konstruktive Politik zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Aber die Zahlen sprechen doch für sich, Herr Kollege! – Abg. Schmiedel SPD: Opposition bleibt Opposition!)

Kollegin Fauser hat ein Gesamtkonzept angemahnt. Ich vermisse das auch. 16 Jahre Kohl-Regierung haben offensichtlich nicht ausgereicht, ein solches Gesamtkonzept zu entwerfen. Die neue Regierung hat es in den anderthalb Jahren noch nicht geschafft, aber Sie können sicher sein: Sie werden in den nächsten zwei Jahren ein Gesamtkonzept erleben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Zwei Jahre? Geht es nicht ein bisschen schneller?)

– Innerhalb der nächsten zwei Jahre.

(Abg. Dr. Birk CDU: Da sind wir gespannt! – Abg. Herrmann CDU: Das legen wir auf Wiedervorlage!)

Hier wird behauptet, dass sich ein großer Nachholbedarf, ein Rückstand Baden-Württembergs angehäuft habe.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Dem will ich nicht widersprechen. Aber der ist doch nicht erst seit dem 28. September 1998 entstanden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das bestreitet doch niemand! – Abg. Schmiedel SPD: Wissmann! Der Rückstand hat einen Namen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dieser große Nachholbedarf ist in vielen Jahren aufgehäuft worden.

(Unruhe)

Der Rückstand Baden-Württembergs ist nicht zuletzt die Folge dieser Mittelzuweisung, die für bestimmte Bereiche eben unzureichend war. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Rückstand ist das Erbe der alten Regierung.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt sagen Sie, die Straßen seien nicht notwendig! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Ah, der Wieser ist auch da! – Abg. Capezzuto SPD: Hör doch zuerst zu! – Unruhe)

(Göschel)

– Ich rede vom Rückstand. Damit habe ich indirekt eingeräumt, dass es auch einen Bedarf gibt. Herr Kollege Wieser, Sie sollten schon richtig hinhören.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Aber Kohl, Waigel und Wissmann haben nicht nur einen maroden Bundeshaushalt hinterlassen, sondern auch zahlreiche marode Bundesstraßen und Bundesautobahnen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Ein schwaches Argument! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Zeit der Wolkenkuckucksheime ist mit der neuen Regierung vorbei. Im Fernstraßenbau gibt es in Zukunft keinen völlig unterfinanzierten Neubaukatalog der Beliebigkeit mehr, sondern durchfinanzierte Fünfjahrespläne.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ah! Durchfinanziert! – Abg. Hauk CDU: Bisher nur Versprechungen und gekürzte Mittel! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Durchfinanzierte Fünfjahrespläne. – Das Investitionsprogramm ist ja schon ein Beweis dafür, dass Maßnahmen durchfinanziert werden.

Jetzt zum Konkreten,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU – Abg. Scheuermann CDU: Wir werden nichts mehr kriegen, das ist wahr!)

um das Märchen von den Kürzungen und der Benachteiligung durch unsere Bundesregierung richtig zu stellen.

(Abg. Kluck FDP/DVP und Abg. Scheuermann CDU: Das ist nicht „unsere“! – Abg. Dr. Birk CDU: Hier sind wir in der Regierung!)

– Durch unsere. Ich habe das schon richtig gesagt. „Ihre“ habe ich ja nicht gesagt.

(Abg. Schmiedel SPD zur CDU: Sie sind in der Opposition! – Abg. Capezzuto SPD: Sie sind Gott sei Dank in der Opposition!)

Schon 1999 hat nämlich die rot-grüne Regierung mehr als 20 Millionen DM mehr für Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg bereitgestellt, als die mittelfristige Finanzplanung von Theo Waigel vorsah.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es! – Abg. Wintruff SPD: Wer war Theo Waigel?)

In diesem Jahr werden es über 30 Millionen DM mehr sein, und im Jahr 2001 rund 55 Millionen DM mehr gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung der alten Bundesregierung. Der Kollege Birk hat diese Zahlen offenkundig noch nicht. Ich liefere sie Ihnen aber gern nach.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das stimmt nicht! Der Minister wird Ihnen nachher die aktuellsten Zahlen nennen! Die werden Sie ja wohl nicht anzweifeln! – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber gespannt!)

– Wunderbar. – Ab dem Jahr 2003 wird es ja – das ist Ihnen bekannt – darüber hinaus durch das Anti-Stau-Programm zusätzliche 150 Millionen DM geben, die in den Autobahnausbau des Landes Baden-Württemberg fließen werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Dafür kann ich gerade 8 Kilometer Autobahn bauen!)

Damit sind der Gesamtrahmen und das Gesamtvolumen dessen, was in Baden-Württemberg für den Bundesfernstraßenbau ausgegeben werden kann, wesentlich höher als das, was die alte Regierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung für uns vorgesehen hatte.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Aber nicht genug!)

– Dann hätten Sie die alte Regierung dazu auffordern müssen, mehr zu tun.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Habe ich gemacht! – Abg. Brechtken SPD: Hat er gemacht! Aber erfolglos, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Deswegen gibt es jetzt auch mehr Geld, als Sie uns zugeacht hatten. Wenn Neubaumittel in Baden-Württemberg noch immer fehlen, dann ist das auch darauf zurückzuführen, dass ein Stück Zukunft dadurch ververspert worden ist, dass man privat vorfinanziert hat

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das blockiert das halt! Das müssen Sie doch zugeben, Herr Birk! – Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben das doch jetzt in der Hand, Herr Kollege Göschel!)

und in Zukunft bis zu 120 Millionen DM im Jahr wegnehmen muss, die nicht in Neubauten fließen können, weil dieses Geld ganz einfach für die Refinanzierung gebraucht wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Deswegen kriegen wir unsere B 29 nicht ausgebaut!)

Aber dies ist nicht das Versäumnis der neuen, sondern das ist das Versäumnis der alten Regierung im Zusammenwirken mit der baden-württembergischen Landesregierung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schlechte Aussichten! Nichts tut sich! – Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich bin dabei, zum Schluss zu kommen. Aber Sie haben ja selbst gehört, dass ich ständig unterbrochen und im Redefluss gehindert worden bin.

(Abg. Brechtken SPD: Großzügig sein! Er kriegt noch drei Minuten!)

Bis Mitte des Jahrzehnts werden im Übrigen endlich die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit abgearbeitet sein, die uns die alte Regierung ja bis 2000 versprochen hatte, was

(Göschel)

sie aber nicht gehalten hat. Dann wird auch wieder Luft sein, Baden-Württemberg die Mittel für den Fernstraßenbau zuzuweisen, die ihm nach seiner Quote zustehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also! Aber im Moment läuft nichts! – Abg. Seimetz CDU: Also kriegen wir doch zu wenig!)

Ich will Ihnen nur noch eines sagen: Wer im Glashaus sitzt, der soll nicht mit Steinen werfen. Sie reden immer nur von Bundesstraßen, aber die fast doppelt so langen Streckenabschnitte der Landesstraßen sehen mehr als übel aus.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Katastrophal! – Abg. Schmiedel SPD: Verheerend!)

– Katastrophal. – Dies räumt die Landesregierung in ihrem Bericht zum Staatshaushaltsplan auch ein:

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Allerdings befindet sich der Landesstraßenbau auch unter Einschluss dieser Mittelserhöhung auf einem nach wie vor niedrigen finanziellen Niveau, das dem dringenden Bedarf in keiner Weise entspricht.

Das Zitat stammt aus dem Bericht des Umwelt- und Verkehrsministeriums zum Staatshaushaltsplan.

Was über den Zustand der Landesstraßen ausgesagt wird, ist noch sehr viel verheerender. Ich kann dies leider nicht mehr ganz zitieren, obwohl es eigentlich auf die Redezeit der Regierung angerechnet werden könnte; denn ich möchte die Regierung zitieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Ich zitiere nur einen Satz:

Ohne eine erhebliche Aufstockung der Finanzmittel für die Erhaltung einschließlich Nachholbedarf wird sich die Substanz des Landesstraßennetzes weiter erheblich verschlechtern.

(Abg. Schmiedel SPD: Völlig verlottert! – Abg. Dr. Birk CDU: Deshalb fährt ein gescheiter Sozi nur noch auf Bundesstraßen!)

Eine entsprechende Aufstockung hat also nicht stattgefunden. Das spielt sich alles im marginalen Bereich ab.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Göschel SPD: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Ihr origineller Redezeitvorschlag kann leider nicht realisiert werden, weil ihm die Geschäftsordnung entgegensteht.

Abg. Göschel SPD: Trotz der dargestellten Misere werden die Mittel im Landesetat nicht entsprechend aufgestockt.

(Abg. Scheuermann CDU: Schade!)

Natürlich sind viele froh, wenn der Schmerz nachlässt. Aber das, was jetzt bereitgestellt wird, ist nicht einmal die Hälfte dessen, was man brauchen würde, um dem Anspruch des Generalverkehrsplans auf Abarbeitung der vorranglichen Maßnahmen bis 2012 gerecht zu werden. Dafür sind Sie allein verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Da können Sie im Bund ja mit gutem Beispiel vorangehen! – Abg. Dr. Birk CDU: Redezeit! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Göschel SPD: Was ich gesagt habe, meine Damen und Herren, hilft der Wirtschaft des Landes mehr als Schuldzuweisungen in die andere Richtung. Selber etwas tun hilft der Wirtschaft.

(Abg. Dr. Birk CDU: Finanzierungsanteil Ökosteuer!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, nicht bereit sind, werden wir auch das noch für Sie machen, und wir werden es besser machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kiefl CDU: Das wäre gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Günther.

(Abg. Scheuermann CDU: Die will auch keine Straßen bauen!)

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Da haben Sie Recht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit ihrer Großen Anfrage zum Thema Wirtschaft und Verkehr in Baden-Württemberg versuchen die Liberalen, drei Botschaften zu platzieren.

Die erste: Die Wirtschaft ist auf ein funktionierendes Verkehrssystem angewiesen.

(Abg. Scheuermann CDU: Stimmt!)

Die zweite: In Baden-Württemberg bestehen bei der Verkehrsinfrastruktur erhebliche Defizite.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die dritte: Deshalb muss das Verkehrsnetz weiterhin massiv ausgebaut werden.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Auch richtig!)

– Abwarten.

Die erste Aussage ist richtig, die zweite Aussage ist fragwürdig bis falsch, und das geht im Übrigen – ich weiß nicht, welche Anfrage Sie gelesen haben – auch aus der Antwort der Landesregierung hervor.

(Stephanie Günther)

Erstens: Baden-Württemberg verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Straßen-, Schienen- und Binnenschiffahrtswegen. Auch der Flugverkehr hat ausreichende Kapazitäten.

Zweitens: Standortentscheidungen aus- und inländischer Unternehmen scheitern nicht an der vermeintlich mangelhaften Verkehrsinfrastruktur.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Doch!)

Drittens sind Staus kein flächendeckendes Problem, sondern werden überwiegend durch temporäre und teilweise saisonale Überlastungen einiger Verkehrsknoten verursacht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das hilft denen, die im Stau stecken, nicht!)

Aber leider hält die FDP/DVP auch nach Rio, nach Kioto und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen an ihren überholten verkehrspolitischen Forderungen fest: freie Fahrt für freie Bürger und Verkehrsentwicklung gleich Wirtschaftsentwicklung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also lassen wir es, wie es ist!)

Allerdings sollte Ihnen zu denken geben, dass nach wie vor der Verkehr stärker wächst als die Wirtschaft, auch stärker als die Zahl der Beschäftigten. Mehr Verkehr bringt also nicht zwangsläufig mehr Arbeitsplätze. In manchen Bereichen ist der Trend sogar umgekehrt.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Zweitens sollte Ihnen zu denken geben, dass die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahrzehnten nicht größer geworden ist, sondern dass lediglich die Entfernungen und die Geschwindigkeit zugenommen haben. Der Anteil der Wege und die Zeit, die wir täglich im Verkehr verbringen, sind konstant geblieben. Das heißt, mehr Verkehr bedeutet nicht mehr Mobilität.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das stimmt!)

Drittens leisten wir uns ein Nebeneinander von Verkehrsträgern, die allesamt ineffizient sind. Ich kann Ihnen Zahlen nennen: Die durchschnittliche Auslastung beim Auto beträgt 30 %, beim öffentlichen Verkehr 35 %, beim Binnenschiff 40 bis 50 %, beim Flugzeug 50 bis 60 %.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich kann doch nicht mit dem Schiff hierher fahren!)

Das kann doch auch in Ihren Augen nicht gesamtwirtschaftlich sinnvoll sein.

Viertens möchte ich noch einmal daran erinnern, dass die ungedeckten Umweltkosten des Verkehrs jährlich in die Milliarden gehen, und zwar in zwei- bis dreistelliger Größenordnung. Das heißt, das Verursacherprinzip ist im Verkehrsbereich ausgehebelt. Die Kosten für den Verkehr tragen indirekt der Steuerzahler und die Umwelt.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Ja, wer fährt denn?)

Natürlich spielt in Baden-Württemberg der Verkehr nicht nur für den Export, sondern auch für die Transportwirtschaft eine zentrale Rolle.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Aber Verkehr hat keinen Selbstzweck. Er hat eine dienende Funktion. Das müssen nicht nur die Automobilindustrie und die Transportwirtschaft, sondern das muss auch das transportintensive Gewerbe begreifen.

Angesichts der Prognosen für das Verkehrswachstum in den kommenden Jahrzehnten kann deshalb die Losung nicht sein, weiter nach dem Gießkannenprinzip in alle Verkehrsträger gleichzeitig zu investieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Davon sind wir weit entfernt!)

Die Politik muss vielmehr sein: erstens Effizienzsteigerung im bestehenden System, zweitens Verknüpfung der Verkehrsträger und drittens Prioritätensetzung beim Infrastrukturausbau.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Richtig!)

Die ersten beiden Ziele werden von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen unterstützt – wenn auch nicht in der Praxis, aber zumindest verbal. Effizienzsteigerung durch den Einsatz von Telematik wird von der Landesregierung – gemäß ihrer Antwort auf die Große Anfrage – lediglich als Verkehrsleitsystem für Pkw, Sendungsverfolgung und Flottenmanagement für Lkw gesehen. So gesehen ist auch die Feststellung wenig verwunderlich, dass der Einsatz von Telematik in den vergangenen Jahren um den Faktor 10 überschätzt wurde.

Diese Erkenntnis hat im Übrigen auch das Umweltbundesamt, das in einer aktuellen Studie feststellt, dass Telematiksysteme nur dann eine deutliche Umweltentlastung bewirken, wenn gleichzeitig Straßenbenutzungsgebühren erhoben werden. Demgegenüber können Systeme, die den Straßenverkehr verflüssigen, sogar zu einem zusätzlichen Ausstoß an Luftschadstoffen und zu mehr Lärm führen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zweitens: „Verknüpfung der Verkehrsträger“ heißt für die Landesregierung, die Schnittstellen zwischen Straße, Schiene, Wasserstraße und Flughafen zu verbessern. Das heißt für sie aber nicht, intelligentes Mobilitätsmanagement mit dem Ziel zu betreiben, umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bevorzugen.

Über Finanzierungsinstrumente wie das GVFG und über ordnungspolitische Maßnahmen wie den Landesentwicklungsplan hätte die Landesregierung allerdings effiziente Instrumente, um die Förderschwerpunkte auf den Umweltverbund sowie auf Bahn und Binnenschiff zu konzentrieren. Stattdessen wird weiter das Gießkannenprinzip angewandt.

Drittens gilt für den Infrastrukturausbau: Anstatt Prioritäten zu setzen, wird weiterhin Parallelausbau gefordert und gefördert: Ausbau der Autobahn und neue Schienenstrecken, Ausbau des Straßennetzes und Ausbau des

(Stephanie Günther)

ÖPNV, Förderung des Flugverkehrs und neue ICE-Trassen. Von induziertem Verkehr und ineffizientem Einsatz von Steuermitteln haben Sie offenbar noch nichts gehört.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir Grünen stehen stattdessen für ein Verkehrssystem, das im Interesse der Wirtschaft, der Bevölkerung und der Umwelt miteinander verbunden wird. Das heißt, wir wollen Mobilität als Dienstleistung. Der Automobilmarkt in der Bundesrepublik ist weitestgehend gesättigt. Die Automobilindustrie verdient vor allem am Export. Hier wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Produktion marktnah ins Ausland geht.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Angesichts dieser Entwicklung, der knappen Ressourcen an Geld und Platz und steigender Umweltbelastung müssen wir uns also überlegen, wie wir den Verkehr intelligent organisieren – das heißt: keine Fahrzeuge, sondern Mobilität verkaufen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das machen uns innovative Automobilfirmen auch vor. Daimler-Chrysler und VW bieten Carpooling an, BMW beteiligt sich an Fahrrad- und Carsharingprojekten. Eingebettet in ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes ÖPNV-System, das übrigens auch ein großes Arbeitsplatzpotenzial bietet, wird das Auto funktionsgerecht eingesetzt.

Zweitens: Wir wollen Mobilität intelligent organisieren. Das vorhandene Verkehrssystem – ich habe es vorhin schon gesagt – bietet noch etliche Ressourcen, die sich durch eine intelligente Vernetzung und eine effiziente Nutzung ausschöpfen lassen, und zwar sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Allerdings: Solange keine Preissignale gesetzt werden, wird sich weder die Auslastung der Fahrzeuge erhöhen, noch werden technische Verbesserungen bei den Motoren zu erreichen sein.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Drittens: Wir wollen beim Infrastrukturausbau Prioritäten zugunsten von Schiene und Wasserstraße setzen.

Viertens: Wir wollen Mobilität sichern, indem wir Verkehr vermeiden. Eine entsprechende Siedlungs- und Raumordnungsstruktur sowie eine Vernetzung der Wirtschaftskreisläufe

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– ich bin gleich fertig – tragen dazu bei, Verkehr von vornherein zu vermeiden, und erhöhen zudem die Wertschöpfung in der Region.

Fazit: Ein Land wie Baden-Württemberg bleibt nicht dadurch wettbewerbsfähig und attraktiv für Einheimische und Touristen, dass seine Infrastruktur weiter ausgebaut wird

und mehr Verkehr durchgeschleust wird, sondern dadurch, dass Ressourcenverschwendung durch intelligente Mobilität ersetzt wird. Alles andere führt zu dem, was sich schon heute abzeichnet, nämlich dazu, dass die Verlagerungs- und Umweltziele des Generalverkehrsplans um Lichtjahre verfehlt werden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Bitte.

Abg. Kluck FDP/DVP: Frau Kollegin Günther, Sie haben gerade gesagt, die Grünen seien massiv für den Ausbau der Wasserstraßen. Könnten Sie mir sagen, wo wir Querkanäle usw. bauen sollen?

Das heißt, Sie wollen durch den Ausbau der Wasserstraßen auch noch das letzte Leben in unseren Flüssen töten, indem Sie sie alle schiffbar machen, oder habe ich Sie da falsch verstanden?

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Da haben Sie mich falsch verstanden. Ich meinte, die beschiffbaren Wege so zu erhalten und auszubauen, dass mehr Güter auf Binnenschiffe verlagert werden können.

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Eigenthaler.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, dass die Grünen den Export nicht als umweltfeindlich ansehen. Das ist eine interessante Feststellung, Frau Günther.

Der Gesamtumfang dieser Großen Anfrage über Wirtschaft und Verkehr in Baden-Württemberg mit all ihren 29 Fragen, in fünf Rubriken verpackt, ist eine derart komplexe Abhandlung der Thematik, dass bereits die Antwort auf die einleitende Frage mit ihren fünf Spiegelstrichen Stoff für einen zweistündigen Vortrag abgeben würde.

(Abg. Seimetz CDU: Da sei die Redezeitbegrenzung vor!)

Möglicherweise hat sich die FDP/DVP damit die Fleißarbeit für eine umfangreiche Wahlkampfbroschüre über Verkehrswirtschaft und Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg ersparen wollen. Durch diesen Fragenkatalog, vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet und vom Umwelt- und Verkehrsministerium beantwortet, hat sie dies jetzt wohl auf Staatskosten erledigen lassen.

(Abg. Bebbler SPD: Sehr richtig! – Abg. Dr. Birk CDU: Also! – Abg. Scheuermann CDU: Was seid ihr für Leute?)

Es gäbe für den Fachminister und seine Mitarbeiter sicher wichtigere Aufgaben. Dann müsste er nicht vernünftige Anträge abweisen und darauf verweisen, dass er – scheinbar – Besseres zu tun habe, als sich mit den Kosten- und Trassierungsvorteilen einer Magnetschnellbahn zu befassen. Stattdessen wird hier in epischer Breite der dürftige

(Eigentlicher)

Status quo der baden-württembergischen Verkehrsinfrastruktur bejammert.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Jeder Redner muss sich quälen, eigene Leistungen zu bejubeln und die der politischen Konkurrenz abzuwerten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege, haben Sie das richtige Redekonzept? Sind Sie sicher? – Abg. Hofer FDP/DVP: Sind Sie ganz sicher?)

– Ja, ja.

Teure Staus werden akzeptiert, Ortsumfahrungen sind nicht finanzierbar, und die Sicherheit auf Straße und Schiene wird zunehmend kritischer.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Scheuermann CDU: Was?)

Der Generalverkehrsplan wird zur Strichliste – oder Streichliste.

(Lachen bei der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist aber ein Unterschied! – Abg. Zeller SPD: Was gilt jetzt? – Zuruf von der CDU: Lesen müssen man können!)

– Wenn nur noch Striche drauf sind, dann ist es auch eine Strichliste.

Oft bleibt als einziger Makel einer vorgeschlagenen, vorzüglichen Systemverbesserung, dass der Antragsteller nicht einer Regierungsfraktion angehört oder gar aus der einzigen echten Oppositionspartei, also von den Republikanern, kommt,

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Scheuermann CDU: Jetzt wissen wir es!)

so auch bei einer unserer Initiativen zum Kostenvergleich zwischen Stuttgart 21 und einer Magnetschnellbahn – die wir schon lange, bevor Rot-Grün diese Technik für diskussionswürdig befunden hat, gefordert haben. Noch im vergangenen Jahr haben Sie unsere Magnetbahn-Vorstöße belächelt,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

aber jetzt wollen Sie die scheinbar selber entdeckt haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die haben wir aber vorher selber geplant!)

Die Prüfung weiterer wünschenswerter Neutrassierungen beim fahrweggebundenen ÖPNV und beim Güterverkehr, zum Beispiel eine regionale Ringbahn rund um die Landeshauptstadt und auch weitere Güterverkehrszentren zur optimalen Containerverladung für den kombinierten Verkehr Wasser/Schiene/Straße, steht längst auf unserer Wunschliste.

Nun konkret zum Fragenkatalog der FDP/DVP.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass im Daimler-Land Baden-Württemberg der Sektor Verkehr von höchster Bedeutung ist, braucht es eigentlich keine Große Anfrage –

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

weder hinsichtlich der Bruttowertschöpfung noch hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten. Dass wir bei Neuinvestitionen für Verkehrswege und somit auch bei der Vorleistungsquote gemessen am Produktionswert im Soll liegen, ist allgemein bekannt, auch, dass deshalb zusätzliche positive externe Effekte auf unsere heimische Wirtschaftsentwicklung ausbleiben. Wenn die direkte und indirekt vom Verkehr abhängigen Arbeitsplätze bundesweit bei 14 % liegen, darf man sicher davon ausgehen, dass ihre Zahl in Baden-Württemberg trotz geplantem Stellenabbau beim Sternkonzern mindestens doppelt so hoch einzuschätzen ist. Warum die Landesregierung hierzu keine konkreten Zahlen verfügbar haben will, erscheint mir zumindest sonderbar.

(Abg. Deuschle REP: Warum eigentlich nicht?)

Dass hinsichtlich dieser verkehrsabhängigen Struktur Baden-Württembergs nicht bereits in der letzten Legislaturperiode die guten Kontakte zum Bundesverkehrsministerium für die Schaffung einer angemessenen Verkehrsinfrastruktur genutzt wurden, kann von der CDU-Regierung nur durch die absolute Blockadehaltung des damaligen Koalitionspartners SPD vielleicht gerechtfertigt werden.

(Abg. Zeller SPD: Schwätzen Sie einen Blödsinn daher!)

Dass die jetzige Landesregierung einschließlich der FDP/DVP die spärlichen Chancen für neue, zukunftsweisende Verkehrstechnik und mögliche Investitionen für die Verbesserung unserer miserablen Verkehrssituation wiederum verpasst, kann auch mit der Antwort auf diese Große Anfrage nicht schöngeredet werden. Darin wird zwar permanent auf das 23-Millionen-DM-Programm der Landesregierung zur Förderung des Schienenverkehrs hingewiesen, gleichzeitig sollen damit aber auch Logistikzentren, Güterverkehrszentren und hundert andere verkehrsfördernde Maßnahmen bewältigt werden, wohl wissend, dass diese Mittel bereits im Rahmen eines einzigen Prestigeprojekts total erschöpft wären.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Magnetbahn!)

Wer Stuttgart 21 – und jetzt komme ich zum Punkt –

(Abg. Braun SPD: Das hat lange gedauert!)

in der geplanten Form mit Tiefbahnhof Stuttgart, Filder- bzw. Flughafenbahnhof realisieren und teilweise vorfinanzieren will, wer außerdem die für eine Fildermesse notwendigen Ausbaumaßnahmen der Autobahn mit aufwendiger Erweiterung des Echterdinger Eis auf Staatskosten plant, der sollte nicht so tun, als ob er künftig zusätzlich noch eine einzige Mark übrig hätte für den Personennahverkehr, für Güterverkehrszentren und sonstige neue Verkehrsprojekte,

(Beifall bei den Republikanern)

trotz steigender Mineralölsteuer.

(Eigentlicher)

Wir Republikaner sind für ein Finanzierungssystem mit Einbeziehung des Transitverkehrs offen.

(Abg. Deuschle REP: Ja, richtig!)

Wer mit Zentralisierung der Wirtschafts- und Verkehrsstruktur am Flughafen auf den Fildern weitere Arbeitsplätze schaffen will, der muss sich im Klaren sein, dass erstens angesichts der 97 % Beschäftigung, also Vollbeschäftigung, in Leinfelden-Echterdingen jeder dort neu eingerichtete Arbeitsplatz entweder einen Pendler mehr oder eine Zusatzbesiedlung vor Ort nach sich zieht, dass damit zweitens weitere Industrieansiedlungen zwangsläufig folgen und dadurch dort die Verkehrsbelastungen bis zur Unerträglichkeit steigen und dass drittens die Voraussetzung für diese Zentralisierung ein bedarfsgerechter Flughafen sein muss. Ein Heuchler ist, wer anderes behauptet,

(Beifall bei den Republikanern)

obwohl ich heute zur Beruhigung der Filderbewohner sagen kann, dass ich mich im Rahmen eines persönlichen Informationsgesprächs mit der Flughafenverwaltung vor Ort davon überzeugen konnte, dass ein paralleler Flugbetrieb auf einer zweiten Start- und Landebahn innerhalb des Flughafengeländes technisch nicht realisierbar ist. Wer aber auf den Fildern weiter zentralisieren und konzentrieren will, der sollte auch so ehrlich sein, die Konsequenzen dieser Wirtschafts-, Verkehrs-, Siedlungs- und Umweltpolitik der Bevölkerung gegenüber zu verantworten oder auf ein „Weiter so!“ seiner kurzsichtigen Standortpolitik verzichten. Diese Konzentrierung wird auch durch umweltfreundlichere Auto- und Flugzeugmotoren nicht kompensiert werden können. Diese Politik hat sowohl der FDP/DVP-Minister mit seiner Wirtschaftspolitik wie auch der CDU-Minister mit seiner Umwelt- und Verkehrspolitik zu verantworten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser für eine sehr kurze Restredezeit.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht uns allen selbstverständlich darum, eine vernetzte, intakte Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Nur: Was fange ich mit der Aussage „intelligente Mobilität“ an? Wenn ich einen Fahrpool irgendwo in Stuttgart habe, dann ist der ländliche Raum bei weitem noch nicht abgedeckt. Ich muss aber auch immer beachten, dass ich sehr viele Mitbürger und Mitbürgerinnen im ländlichen Raum zu ihren Arbeitsstätten bringen muss, und zwar relativ flexibel. Ich kann nicht alle Mitbürger zu speziellen Zeiten mit einem Bus oder ähnlichen Verkehrsmitteln abholen. Dies ist einfach nicht machbar. Wir sollten uns, wenn es darum geht, wirklich intelligente neue Verkehrstechniken zu überlegen, einmal Gedanken darüber machen, ob wir vielleicht auch neue Antriebsmittel verwenden und damit langfristig Umweltfreundlichkeit schaffen können. Wir sollten nicht nur Steuerungsmechanismen einführen, was nichts anderes heißt, als die Leute zur Kasse zu bitten.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Herr Maurer hat vor Jahren bei einer Podiumsdiskussion gesagt, sein Nachbar sei jetzt auch der Meinung, dass für

den Liter Benzin 5 DM bezahlt werden müssten, weil er dann endlich freie Autobahnen hätte. So kann es nicht sein. Meine Damen und Herren, wir stehen für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger und haben auch irgendwo deren Bedürfnisse zu respektieren.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Richtig! – Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren Kollegen! Die Große Anfrage der FDP/DVP-Fraktion bietet natürlich die Möglichkeit, auf alle Rätsel und Fragen der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik einzugehen. Ich meine das jetzt nicht ironisch, sondern das ist ein berechtigtes Anliegen, das in der Großen Anfrage zum Ausdruck gekommen ist. Das Problem ist nur, was man in dieser Debatte davon aufgreifen soll. Ich will mich auf ein paar Gesichtspunkte beschränken, die teils aktuell sind und teils auch wirklich Strukturfragen im Fadenkreuz zwischen Wirtschaft und Verkehr berühren.

Zunächst einmal: Falls in diesem Haus bezweifelt werden sollte – Frau Kollegin Günther, Sie haben es gerade bezweifelt –, dass es einen Zusammenhang zwischen der Verkehrsentwicklung und der Wirtschaftsentwicklung gibt, möchte ich sagen: Es ist eine offenkundige Tatsache seit Tausenden von Jahren, möchte ich einmal sagen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsentwicklung auf der einen und der Verkehrsentwicklung auf der anderen Seite gibt.

(Beifall bei der CDU)

Das hat vor Tausenden von Jahren schon in den Flussgebieten angefangen, und es ist bis heute so. Wer glaubt, dass beispielsweise durch Electronic Commerce, durch die Elektronisierung unserer Wirtschaft vielleicht Verkehr vermieden werden kann, täuscht sich.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das Gegenteil!)

Der Mobilitätsbedarf ist gewaltig, und er wird weltweit zunehmen. Er wird auch in diesem Land zunehmen. Er hat natürlich auch etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun.

Damit bete ich nicht die Mobilität an, sondern ich stelle fest, dass sie einen hohen Stellenwert hat, übrigens auch – in einem politischen Gremium wie dem Landtag darf man das dazusagen – in der Einschätzung der Öffentlichkeit, in der Demoskopie. Das findet seinen Niederschlag. Verkehrsangelegenheiten werden deswegen immer wichtiger, weil die ungelösten Probleme immer bedeutender werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es ist ja immer so: Wenn etwas nicht funktioniert, wird es politisch prominent, und wir alle, die wir uns darüber unterhalten, sollten uns darüber im Klaren sein, dass Verkehrsfragen keine Kleinigkeit sind, wie gesagt, nicht nur wegen der wirtschaftlichen Dimension, sondern auch wegen der Einschätzung der Bürger. Der Mobilitätsbedarf

(Minister Ulrich Müller)

steigt. Der Zustand unserer Verkehrswege wird schlechter, wenn wir nichts dagegen tun. Und die Belästigung durch den Verkehr ist natürlich auch erheblich.

Warum habe ich diesen allgemeinen Einstieg gewählt? Um ganz einfach Folgendes zu sagen: Verkehrspolitik ist eine zentrale Staatsaufgabe. Darin steckt eine ganz bestimmte Aussage, und zwar nicht nur, dass sie wichtig ist, sondern auch, dass sie eine Aufgabe des Staates ist.

Damit will ich etwas zur Verkehrsfinanzierung sagen. Wenn man davon ausgeht, dass die Verkehrspolitik eine zentrale Staatsaufgabe ist, dann ist es im Prinzip auch richtig, dass Verkehrsinfrastruktur steuerfinanziert ist. Damit spiele ich auf das an, was in Berlin diskutiert wird – Stichwort Pällmann-Kommission –, inwieweit man zu einer Privatisierung der Verkehrsfinanzierung kommen soll. Ich halte das im Prinzip nicht für richtig; denn erstens zahlt der Bürger schon ohnehin genug,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

zweitens bekommen wir mit einer Privatfinanzierung natürlich keine systematische Verkehrspolitik, sondern eine Verkehrspolitik in der Weise, dass dort investiert wird, wo Mauteinnahmen zu erzielen sind. Und das ist an der einen Stelle der Fall und an der anderen Stelle nicht.

Zum Dritten halte ich es auch für problematisch, ganz bestimmte Verkehrsleistungen als Anknüpfungspunkt für die Verkehrsfinanzierung zu nehmen.

Was meine ich konkret? Der Lkw auf der Autobahn ist allgemein unbeliebt. Wir können aber nicht davon ausgehen, dass wir in Zukunft die Probleme der Verkehrspolitik dadurch lösen, dass wir ausschließlich den Lkw auf der Autobahn sozusagen zur Kasse bitten und das Geld, das dadurch hereinkommt, für die Verkehrsfinanzierung nehmen. Das ist ein Teil des Verkehrs. Herr Klimmt hat ja gesagt, an den Pkw traue er sich nicht heran. Wenn wir schon von einer nachfrageorientierten Verkehrsfinanzierung sprechen würden – Verkehr finanziert Verkehr, jeder, der fährt, soll zur Verkehrsfinanzierung beitragen –, müsste ich natürlich den Pkw mit heranziehen. Da dürfte ich auch nicht nur an der Autobahn ansetzen, sondern müsste eigentlich am gesamten Verkehrsnetz ansetzen. Dann würden sich aber Schnittstellenprobleme einstellen. Wenn ich nämlich irgendeinen Verkehr verteuere, indem ich eine Maut einführe, werde ich den Verkehr verlagern. Dieses Problem besteht zwischen Autobahn und Bundesstraße und natürlich auch zwischen den Bundesstraßen und den Landesstraßen sowie den Straßen in den Orten. Wenn ich also Verkehrspolitik wirklich aus einem Guss machen will, dann sollte ich an der Grundregel, die seit Jahrzehnten gilt, nämlich dass die Infrastruktur eine öffentliche Aufgabe darstellt und kostenlos von jedermann zu benutzen ist, nichts ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, darf ich Sie im Zusammenhang mit der Finanzierung von Verkehrswegen fragen, ob der Ministerpräsident immer noch der Meinung ist, dass auch eine Vignette zur Verkehrsfinanzierung herangezogen werden sollte, oder wurde dieser Plan inzwischen zu den Akten gelegt?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich wäre auf das Stichwort Vignette im systematischen Zusammenhang noch gekommen. Ich habe das nicht vergessen; ich habe dieses Stichwort auf meinem Zettel stehen. In der Tat ist die Vignette auch eine Möglichkeit, etwas zu unternehmen, aber eben in einem ganz bestimmten Kontext.

Der erste Punkt für mich ist: Wenn es eine zentrale Staatsaufgabe ist, dann muss der Verkehr auch zukünftig aus dem Staatshaushalt finanziert werden, das heißt steuerfinanziert werden und nicht benutzungsorientiert finanziert werden. Im Übrigen ist festzustellen: Der Staat hat relativ viel Geld. Die Frage ist nur, wofür er es einsetzt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg.
Schmiedel SPD: Schulden! Sag einmal!)

Wir könnten alle Varianten der echten Privatfinanzierung, der unechten Privatfinanzierung und des Mautflickenteppichs durchbuchstabieren. Es kann aber doch nicht im Interesse einer modernen Entwicklung sein, dass wir sozusagen zu früheren Zeiten zurückkehren, wo hier ein Mauthäuschen stand und es dort eine Stelle gab, wo etwas bezahlt werden musste; denn dann gäbe es unterschiedliche Verkehrssysteme und Verkehrsqualitäten, je nachdem, ob privat finanziert werden kann oder der Staat finanzieren muss. Ich glaube, dies ist nicht richtig.

Ich möchte einen zweiten Eckpunkt nennen: Für uns alle muss es doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass jeder auf seiner Ebene finanziert, das heißt der Bund die Bundesstraßen und die Schiene, soweit er dafür zuständig ist, sowie die Autobahnen, das Land seine Straßen und die Kommunen die ihren. Versuche, die jetzt vom Bund aus seiner Not heraus, in die er sich selber gebracht hat, unternommen werden, zu einer Mischfinanzierung zu kommen, wie beispielsweise in Niedersachsen, lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass wir Bundesaufgaben aus kommunalen oder aus Landeskassen bezahlen. Ich befinde mich darin übrigens in Übereinstimmung mit den kommunalen Landesverbänden, die übereinstimmend mit uns gesagt haben: Zu Mischfinanzierungen besteht kein Anlass. Der Bund hat seine Aufgaben zu lösen, das Land hat seine Aufgaben zu lösen, und dies gilt natürlich auch für die Kommunen. Einen Mischmasch, der dann dazu führt, dass sich beispielsweise reiche Länder oder reiche Kommunen einkaufen können, eine Mischfinanzierung, die dazu führt, dass der Bund alsbald nur noch dann, wenn überhaupt mitfinanziert würde, seinen Aufgaben gerecht wird, eine solche Mit- und Mischfinanzierung halte ich für falsch.

(Zuruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/
Die Grünen)

Da weiß ich mich, wie gesagt, in Übereinstimmung mit den kommunalen Landesverbänden.

Für mich gibt es eine einzige Ausnahme: Die Vorfinanzierung der Neubaustrecke zwischen Stuttgart und Ulm. Mit

(Minister Ulrich Müller)

Blick auf die zentrale landespolitische Bedeutung und mit Blick darauf, dass es daraus keine Anschluss- und Berufungsfälle in anderen Situationen geben kann, ist sie gerechtfertigt. Dies ist aber die klare Ausnahme von einer ebenso klaren Regel.

Zum Dritten will ich etwas sagen, was das Land Baden-Württemberg anbelangt. Wo stehen wir? Sind wir benachteiligt, werden wir bevorzugt, werden wir gerecht behandelt? Wir werden natürlich nicht gerecht behandelt.

(Abg. Göbel CDU: Leider!)

Jetzt komme ich zur Vignette. Wir haben in dieser Legislaturperiode des Landtags und noch unter der alten Bundesregierung hier im Landtag schon eine Debatte darüber geführt. CDU und FDP/DVP haben übereinstimmend gesagt, dass zu wenig Geld für die Verkehrsfinanzierung vorhanden ist. Deswegen haben wir in der damaligen Situation vorgeschlagen, eine Vignette einzuführen. Das ist von dieser Regierungskoalition beschlossen worden – Sie waren damals bekanntermaßen dagegen. Wir haben das damals in einem anderen Umfeld beschlossen. Heute haben wir die Situation, dass sich im Laufe weniger Jahre die Mineralölsteuer und die anteilige Mehrwertsteuer um 35 Pfennig pro Liter erhöhen. In der jetzigen Situation sage ich: Der Staat, nämlich der Bund, hat mittlerweile sein Geld auf andere Weise im Verhältnis zur Vignette mehrfach hereingeholt. Jetzt machen wir diesen Vorschlag nicht mehr, weil die Situation eine andere ist.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Das ist die schlichte Antwort auf die Frage, die Sie vorhin gestellt haben. Man kann sehr wohl über die Vignette sprechen, aber nicht als zusätzliche Belastung zu dem, wie der Autofahrer ohnehin schon abkassiert worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Was die Benachteiligungen Baden-Württembergs anbelangt: Nehmen wir einmal ganz schlicht die Zahlen. Im Verhältnis zu den anderen Bundesländern bekommen wir im Straßenbereich 6 % der Mittel aus dem Bundeshaushalt – wir haben ein Achtel der Bevölkerung und ein Siebtel der Wirtschaftskraft –, im Schienenbereich – und zwar sowohl im Investitionsprogramm 1999/2002 als auch darüber hinaus, konkret beim Anti-Stau-Programm – bekommen wir 3 % der Mittel. Im Bereich der Binnenschifffahrt, von der gerade auch die Rede war, bekommen wir so gut wie überhaupt nichts, obwohl wir durchaus Bundeswasserstraßen haben. Das ist die Situation: 6 %, 3 % und 0 %! Wer gemessen an der Bedeutung und Größe dieses Landes dann davon spricht, Baden-Württemberg sei anständig behandelt worden, der täuscht sich,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

der täuscht aber nicht nur sich, sondern auch die Öffentlichkeit.

Jetzt kann man sagen: Der Staat muss halt sparen, es geht nicht anders. Die baden-württembergische Landesregierung hat nie verlangt, der Bund solle einfach zugunsten des Verkehrs umschichten. Wir haben vielmehr verlangt, er

solle nicht umgekehrt aus dem Verkehr herauschichten. Wir haben gesagt: In einer Zeit, in der 30 Pfennig Mineralölsteuer – und obendrauf kommt noch die Mehrwertsteuer – dazukommen, kann man wenigstens erwarten, dass ein Teil dieser Mehreinnahmen in den Verkehr gehen, und zwar nicht dadurch, dass man sie noch einmal obendrauf legt, sondern indem ein Teil dieser Mehreinnahmen dafür zur Verfügung gestellt wird. Es kann nicht richtig sein, dass der Autofahrer immer mehr bezahlt und dafür immer weniger Straßen bekommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben zum Zweiten gesagt: Wir bejahen die Lkw-Autobahnbenutzungsgebühr, allerdings nicht in dem vorgesehenen Umfang. Wenn wir sie aber bejahen, dann müssen die Einnahmen zu 100 % dem Verkehr zugute kommen. Was ist vorgesehen? Eine sehr viel höhere Abgabe, die auf den Lkw-Verkehr gelegt werden soll, aber eine Abführung an den allgemeinen Bundeshaushalt in der Größenordnung von mindestens 1,5 Milliarden DM.

(Abg. Göbel CDU: Unmöglich!)

Das ist falsch. Man kann das unter der Voraussetzung, dass die Einnahmen komplett dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden, billiger machen.

Wir haben zum Dritten den Vorschlag gemacht, wenigstens einen Teil der Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen und den sonstigen Verkäufen, die der Bund beabsichtigt – einverstanden, dass das in Richtung Entschuldung geht; dadurch hat man Zinsen erspart –, für den Verkehrswegebau zu nehmen. Es geht hier nur um Zusatzeinnahmen. Wir sprechen nicht von dem Geld, das wir sozusagen von anderen haben wollen, sondern nur von Zusatzeinnahmen, die zum Teil dem Verkehr zur Verfügung stehen sollten.

Oder nehmen Sie nur einmal einen Tatbestand, den man in der Öffentlichkeit kaum wahrnimmt. Es wird ja völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass das Benzin nicht nur deshalb teurer geworden ist, weil die Ökosteuern gekommen ist. Vielmehr haben auch die Mineralölkonzerne erheblich zugeschlagen, nämlich mit 30 Pfennig. Aber der Staat verdient daran. An den 30 Pfennig ist er mit 16 % Mehrwertsteuer beteiligt. Das sind ungefähr 4 Pfennig. Diese 4 Pfennig pro Liter machen schon wieder 3 Milliarden DM aus.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wie wäre es denn, wenn man einmal ganz simpel sagen würde: „Aus diesen überraschenden Zusatzeinnahmen, sozusagen unverdienten Windfall-Profits, machen wir ein Ortsumgehungsprogramm,

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Genau!)

meinetwegen in dem Umfang, in dem die Einnahmen vorliegen“? Wenn je die Benzinpreise wieder sinken und damit auch die Mehrwertsteuereinnahmen zurückgehen, könnten wir sagen, dass wir das Geld nicht mehr haben. Wir haben also wirklich keine maßlosen Forderungen. Aber wenn wir einen Vorschlag nach dem anderen machen, der diszipli-

(Minister Ulrich Müller)

niert ist und sich nur auf Mehreinnahmen bezieht, aber alles abgelehnt wird, dann sage ich: Es liegt nicht am Geld, sondern es liegt am politischen Willen. Das ist die einzige Erklärung dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Jetzt noch eine Bemerkung zu der Diskussion, die vorhin stattgefunden hat, ob denn das Land Baden-Württemberg gemessen an der alten Bundesregierung mit der neuen besser oder schlechter fährt. Ich will jetzt nicht Herrn Waigel zitieren. Man könnte stattdessen einmal die Zahlen anschauen, die bei Verkehrsminister Wissmann vorgesehen waren. Der war nämlich für den Verkehrshaushalt zuständig.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Gegenüber den Wissmannschen Zahlen haben wir natürlich ein klares Minus. Ich will das nur an einem Tatbestand beschreiben. Dieses Minus ist so stark, dass die erfreulicherweise in Berlin beschlossene Aufhebung der globalen Minderausgaben dazu führt, dass wir im Verhältnis zum totalen Absturz, den Sie für uns vorgesehen hatten, zwar ein bisschen mehr Geld kriegen. Aber trotz dieser Erhöhung werden wir in den nächsten zwei Jahren weniger Geld zur Verfügung haben als in diesem Jahr. Das ist die Situation.

(Unruhe)

Das ist der Absturz, den wir festzustellen haben. Sie fahren massiv herunter und gleichen das zum Teil mit der Aufhebung der globalen Minderausgabe aus. Aber in den Jahren 2001 und 2002 erhalten wir immer noch weniger als im Jahr 2000. Das ist der eine Tatbestand. Ich schildere das nur an wenigen einfachen Tatbeständen.

Der zweite Tatbestand: Wo hat es das in der Geschichte der Bundesrepublik schon gegeben, dass in einem Land wie Baden-Württemberg vier Jahre lang keine einzige neue Straße begonnen wird? Das zeigt doch, wohin die Reise gegangen ist. Wo hat es das gegeben, dass wir einen Vergabestopp haben machen müssen, weil wir schlicht nicht mehr das Geld haben, um neue Verträge abzuschließen? Das ist die Situation, ohne es weiter zu differenzieren; aber es ist völlig klar, dass wir natürlich einen Einbruch im Straßenbau gehabt haben und weiter haben werden.

Die neuesten Signale, die wir jetzt auf dem kleinen Dienstweg aus Berlin bekommen haben, enthalten, dass unsere Hoffnung, ab 2003 würde es wieder bergauf gehen, wahrscheinlich trügt – mit Ausnahme des Anti-Stau-Programms.

Zum Anti-Stau-Programm sage ich etwas: Das Anti-Stau-Programm wird von uns gern akzeptiert, und wir nehmen das Geld gern. Das ist überhaupt keine Frage. Wir hätten uns vorstellen können, dass man uns vielleicht auch einmal gefragt hätte, wofür das Geld verwendet werden soll, aber das war wie üblich natürlich nicht der Fall. Nur so viel einmal zu der ständigen Aussage, das Land müsse Prioritäten im Straßenbau setzen: Es stimmt nicht! Wir sind nie gefragt worden, und auf Fragen, die mir nicht gestellt worden sind, gebe ich auch keine Antworten.

Wir sind nicht gefragt worden beim Investitionsprogramm, wir sind nicht gefragt worden beim Anti-Stau-Programm, und auch jetzt nach der Aufhebung der globalen Minderausgabe wissen wir nicht, wofür wir das Geld eigentlich ausgeben dürfen. Das ist die Behandlung, die die Bundesregierung dem Land Baden-Württemberg angedeihen lässt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, wenn das, was Sie beklagen, zutrifft, dass das Land Baden-Württemberg so sehr benachteiligt wird, dann muss es ja andere Länder geben, die bevorteilt werden. Kann es sein, dass sich andere Länder, beispielsweise Bayern, in Berlin klüger anstellen und mehr Straßen durchsetzen?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Kollege Schmiedel, meine Befürchtung geht in eine andere Richtung, nämlich in die, dass es vielleicht auch etwas mit den politischen Farben zu tun hat.

(Unruhe bei der SPD)

Die Bayern beklagen sich genauso. Ich habe mich jetzt vorsichtig ausgedrückt. Sie sehen ja am Beispiel der letzten Woche, wohin die Reise geht: Wer Wohlverhalten in einer ganz anderen Frage zeigt, der wird belohnt. Das ist die Art von Politik, von der ich meine, dass sie vielleicht etwas mit politischer Farbe zu tun hat.

(Unruhe)

Ich kann Ihnen sagen: Beim Thema Stuttgart 21 ist der Wurm drin, seit es in Berlin eine andere Regierung gibt. Das ist der Tatbestand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Das ist ja auch nicht erstaunlich. Ich schildere ja keine geheimnisvollen Mechanismen. Das ist ja nicht erstaunlich. Sie regieren mit einer Partei zusammen, die Stuttgart 21 nicht will.

(Abg. Dr. Birk CDU: So ist es! Das ist der Punkt! Die Grünen blockieren unsere Zukunft!)

Das muss einfach mal gesagt werden.

Im Übrigen gebe ich Ihnen auch noch eine sachliche Antwort – Sie wollten ja zunächst einmal eine politische haben –: Natürlich gibt es auch einen Unterschied zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Das ist der Hauptunterschied zwischen den Bundesländern. Das hat bei der alten Bundesregierung zu Recht begonnen. Wir mussten in den Neunzigerjahren etwas tun. Aber dass die neue Bundesregierung diese Privilegierung der ostdeutschen Bundesländer über das Jahr 2000, für das vorgesehen war, es wieder

(Minister Ulrich Müller)

glattzustellen, hinaus fortführt, halte ich nicht für richtig, und es wäre schön, wenn wir wenigstens in diesem Landtag darüber einer Auffassung wären.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die können auch Hochdeutsch! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göschel?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Mit Vergnügen.

Abg. Göschel SPD: Herr Minister Müller, sind Sie bereit, einzuräumen, dass die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die jetzt fortgesetzt werden, weil sie noch nicht abgeschlossen werden konnten und bisher auch nicht finanziert waren, schon zu Zeiten der alten Regierung so beschlossen worden sind, und sind Sie der Meinung, dass die Zusagen, die die Regierung Kohl den neuen Bundesländern gegeben hat, jetzt von der neuen Regierung gebrochen werden sollten?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich bin dafür, dass man Zusagen immer einhält. Das ist keine Frage.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Eben! – Zuruf des Abg. Braun SPD)

Wir sollten auch nicht ab 2000 sozusagen schlagartig zu den Verhältnissen von 1990 zurückkehren. Aber jetzt ist vorgesehen, dass von 2006 bis 2012 fließend zurückgeführt wird, und das ist die Entscheidung der neuen Bundesregierung. Das hätte man natürlich auch anders machen können. Wenn Sie mit uns übereinstimmend der Auffassung wären, dass wir an der Verteilung unter den Ländern Ostdeutschlands und Westdeutschlands – das Land Nordrhein-Westfalen haut da übrigens gewaltig auf den Putz; das nur nebenbei – etwas ändern sollten, dann wären wir uns ja wenigstens in diesem Hause mal einig, und dann sollte man das vielleicht auch einmal an die Stellen tragen, die das entscheiden.

Übrigens, weil ich gerade Nordrhein-Westfalen angesprochen habe: Das ist auch ein interessanter Tatbestand. Ich habe das Anti-Stau-Programm gelobt. Ich habe nicht gelobt, dass wir nicht gefragt worden sind; ich habe auch nicht gelobt, dass die Mittel nur in die Autobahnen fließen. Das halte ich für falsch. Die Ortsumgehungen sind mindestens so wichtig wie die Autobahnen. Das nur nebenbei.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Aber ich begrüße erstens, dass wir mehr Geld bekommen haben, und ich begrüße zweitens, dass es erstaunlicherweise und erfreulicherweise nachfrage- und bedarfsorientiert war – mit bestimmten Kriterien. Das hat man hier gemacht, und siehe da, plötzlich bekommen wir 20 % der Mittel. Man hat das im Hinblick auf Nordrhein-Westfalen gemacht – deswegen komme ich jetzt gerade darauf –, weil man

Nordrhein-Westfalen vor der Landtagswahl noch etwas geben wollte. Man hat einen Schlüssel gewählt, der auch uns zugute gekommen ist. Würden wir generell bedarfsorientiert Mittel bekommen – dazu gibt es immer wieder neue Untersuchungen, zum Beispiel durch die Industrie- und Handelskammern dieses Landes –, dann hätten wir auf sehr viel mehr Anspruch als auf das, was wir heute bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zum Thema Interregio etwas sagen. Da geht es um ein Prinzip und um viel Geld. Der Interregio-Verkehr ist klar als Fernverkehr definiert. Wir haben die Bahnreform 1995 realisiert, und wir hatten damals eine Schnittstelle zwischen Fernverkehr und Nahverkehr, die einfach definiert war: Alles, was bis zu einer Stunde Fahrzeit hat, ist Nahverkehr.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe der Abg. Drexler SPD und Hofer FDP/DVP)

Dafür sollen die Länder verantwortlich sein, und dafür sollen sie Geld bekommen. Damals hat man um jede Mark für den Nahverkehr gestritten.

Wenn aufseiten der SPD ein bisschen mehr Aufmerksamkeit herrschen würde, könnten Sie noch etwas dazulernen.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Schmiedel SPD: Nicht überheblich, ja! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Das gilt vor allen Dingen für Schmiedel!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. – Bitte schön, Herr Verkehrsminister.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Auf der erwähnten Basis haben wir die Nahverkehrsmittel bekommen, und zwar in beträchtlichem Umfang. Das ist damals gut gewesen.

Wenn sich die Bahn jetzt aus diesem Teil des Fernverkehrs zurückziehen will, kann man mit uns jederzeit darüber reden, dass wir auch diesen Job übernehmen. Wir haben den Nahverkehrsjob gut übernommen. Das will ich nur nebenbei sagen. Wir können auch die Interregios übernehmen, aber nicht unter den jetzigen finanziellen Voraussetzungen. Das heißt, wir brauchen dann, genauso wie wir seinerzeit für den Nahverkehr Geld bekommen haben, für den Nahverkehr unter Einschluss des Interregios Geld.

Wir tun uns hier alle sehr leicht, indem wir miteinander die DB kritisieren. Das Problem liegt zunächst einmal bei demjenigen, der die Bahnreform zu verantworten hat, und das ist der Bund. Sobald wir vom Bund mehr Geld bekommen, übernehmen wir die Interregios, und dann wird die Geschichte im Land Baden-Württemberg flutschen.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Damit auch mal klar ist, worum es da geht: Wir müssten für die Übernahme des Interregioverkehrs in Baden-Württemberg an konsumtiven Ausgaben zwischen 50 und 100 Millionen DM pro Jahr aufwenden – die haben wir natürlich nicht –, und wir bräuchten für neue Fahrzeuge ungefähr 200 Millionen DM. Wer will, dass wir diesen Bereich

(Minister Ulrich Müller)

übernehmen, muss uns dazu in den Stand setzen. Aber im Übrigen wird es natürlich Widerstand geben, und zwar, wie ich hoffe, nicht nur vor Ort, sondern auch an den Schaltstellen, an denen darüber zu entscheiden ist, und das ist nicht das Land Baden-Württemberg.

Man muss überhaupt sagen, meine Damen und Herren: Was sich hier als Problem der DB ausdrückt, dass sie sagt, es gebe defizitäre Linien, hängt auch damit zusammen, dass die Bahn von ihrem Alleineigentümer und Zuschussgeber insgesamt schlecht mit Geld ausgestattet wird. Es gibt eine Reihe von Problemen; nehmen wir nur einmal das Stichwort „Netz 21“. Da geht es um die Erhaltung der vorhandenen Bahnstrecken, ein gigantisches Programm. Was hat die Bundesregierung gemacht? Sie hat bei „Netz 21“ um 5 Milliarden DM gekürzt. Das führt natürlich dazu, dass wir Langsamfahrstellen haben und dass die DB auch weniger lukrative Strecken abstoßen will.

Das heißt, die DB ist für mich nicht der Hauptkontrahent in dieser Auseinandersetzung, sondern der Eigentümer Bund, der Zuschussgeber Bund hat die DB in den Stand zu setzen, dass sie ihren Aufgaben als Infrastrukturunternehmen in der Fläche eines Landes und nicht nur zwischen den Ballungszentren gerecht werden kann.

Zu Stuttgart 21, zu einem dritten und vierten Gleis am Oberrhein sowie zu Mannheim will ich nichts mehr sagen, weil die Positionen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen im Prinzip völlig klar sind. Aber ich möchte in der Öffentlichkeit vielleicht doch einmal auf einen Tatbestand aufmerksam machen, den man sich möglicherweise noch gar nicht so richtig bewusst gemacht hat. Die beiden größten Einzelprojekte, die den Landeshaushalt in den nächsten zehn Jahren belasten könnten, sind Schienenverkehrsprojekte. Es sind Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm. Es gibt keine größeren Aufgaben als Einzelaufgaben im Land, zu denen das Land bereit ist, eigenes Geld, also Geld aus der Landeskasse, in die Hand zu nehmen, um zur Verkehrsinfrastruktur, und zwar zur Schienenverkehrsinfrastruktur, etwas beizutragen.

Eine Schlussbemerkung, meine Damen und Herren: Verkehrspolitik ist zu einem ganz wesentlichen Teil Infrastrukturpolitik. Und Infrastrukturpolitik hat etwas mit Geld und etwas mit Haushaltspolitik zu tun. Dann drückt sich die Wertschätzung eines bestimmten Bereichs, hier der Verkehrspolitik, im Verhältnis zu anderen Aufgaben darin aus, ob es Geld gibt oder ob es kein Geld gibt. Darin drückt sie sich aus.

(Zurufe der Abg. Braun und Schmiedel SPD)

Wenn ich mir jetzt einmal das Land auf der einen und den Bund auf der anderen Seite anschau: Bei den Dingen, die wir anpacken, also im Landesstraßenbau, sieht es eben besser aus als im Bundesfernstraßenbau.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Na, na, na!)

– Oh ja. Sie kürzen, wir legen drauf. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Im GVFG-Bereich schaut es besser aus. Im Schienenpersonennahverkehr schaut es besser aus. Aus den Dingen, die wir in die Hand nehmen, wird etwas. Daraus machen wir wirklich etwas Gutes.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen kann ich nur sagen: Wir brauchen eine andere politische Einschätzung. Das Geld wäre da. Das heißt ganz konkret, dass die Grünen ihren Widerstand gegenüber Stuttgart 21 aufgeben sollten. Es ist höchste Zeit, dass ein solches Papier, wie es die Grünen jetzt entwickelt haben, um ein neues Verhältnis zum Auto zu bekommen, korrigiert wird. Da gibt es ja diesen schönen Satz: Das Auto ist kein Kernkraftwerk, das man einmal abschalten müsste. Das ist ja eine tolle Erkenntnis, die die Grünen da gewonnen haben. Solche Dinge müssten einmal korrigiert werden, damit wir wirklich zu einer anderen Wertschätzung der Verkehrsinfrastruktur kommen.

Dann brauchen wir zum Schluss, meine Damen und Herren, ganz einfach noch eine Solidarität aller politisch Verantwortlichen in diesem Land Baden-Württemberg für dieses Land Baden-Württemberg.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Daran fehlt's!)

Es darf nicht sein, dass sich SPD-Politiker vor Ort hinstellen und sagen, jetzt müsste endlich etwas passieren, aber an der Stelle, wo sie es bewirken könnten, nämlich in Berlin, nichts dafür tun, sondern die Landesregierung dafür kritisieren, dass wir versuchen, unsere Interessen gegenüber der Bundesregierung zu vertreten. Die Solidarität, das Einstehen aller für die großen Projekte,

(Abg. Schmiedel SPD: Wer immer gegen Berlin stänkert, der kriegt auch keine Strecke! Das ist klar!)

für Stuttgart 21, für die Neubaustrecken, für mehr Verkehrswegebau, für mehr Straßenbaumittel, für die Verteilung zwischen Ost und West, diese Solidarität und diese Übereinstimmung in den Grundauffassungen

(Abg. Schmiedel SPD: Solidarität? Ein bisschen anständiges Verhalten gegenüber Berlin zahlt sich aus! Und Sie wundern sich, dass Sie sich nicht durchsetzen!)

wären das, was ich gerade von denjenigen verlangen würde, die hier in der Opposition sind, die aber an den anderen Stellen –

(Abg. Schmiedel SPD: Sie machen laufend Alleingänge und wundern sich, dass Sie sich nicht durchsetzen! – Abg. Drexler SPD: Der ist zu Herrn Schüssel freundlicher als zum Bundeskanzler! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Herr Drexler, ereifern Sie sich nicht! – Unruhe)

– Hören Sie sich das ruhig einmal an. Verstehen Sie sich bitte nicht als eine Besatzungsgruppe aus Berlin, die in Baden-Württemberg regiert.

(Minister Ulrich Müller)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Die Sprache ist ver-räterisch! So erreicht man gar nichts! – Abg. Drexler SPD: So haben Nationalsozialisten gegenüber Demokraten diskutiert! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Oh Herr Drexler! Also jetzt mal zurückhaltender! – Zuruf des Abg. Deuschle REP – Unruhe)

Verstehen Sie sich vielmehr als Emissäre dieses Landes, die die Interessen dieses Landes so vertreten, wie die Landesregierung und die CDU und die FDP/DVP dies tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Müller, Sie gestatten noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Schmiedel.

(Unruhe)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, halten Sie es für ein sehr kluges Vorgehen, wenn der Generalsekretär der CDU erklärt, der Hauptgegner im kommenden Landtagswahlkampf seien nicht die Landesparteien hier, sondern sei die Bundesregierung? Halten Sie das für ein sehr kluges Vorgehen?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Dafür gibt es gute Gründe.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Al-lerdings! Denkt mal darüber nach! – Abg. Drexler SPD: Ungeheure Polemik! Diese Sprache ist eine Unverschämtheit! – Abg. Braun SPD: Das war eine Sauerei! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 4 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Die Große Anfrage Drucksache 12/4322 ist durch die heutige Aussprache erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 abgeschlossen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes in Baden-Württemberg – Drucksache 12/5299

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Anhaltende Zurufe von der SPD-Fraktion zu Minister Ulrich Müller – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit Herr Abg. Zeller verstanden werden kann.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eine bessere Unterrichtsversorgung und zuverlässige Zeiten an unseren Grundschulen erreichen. Das, was Sie, Frau Schavan, mit Ihrem Konzept verfolgen, ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel zulasten von Eltern, Schulen und Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen schieben Sie den schwarzen Peter zu, und von Ihnen werden sie allein gelassen.

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Können Sie nicht mal etwas Neues sagen?)

Der erst neulich in Paris veröffentlichte OECD-Bildungsbericht belegt eindeutig, dass die deutschen Grundschulen im internationalen Vergleich Stiefkinder bei der Bildungsfinanzierung sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Vergleicht man noch zusätzlich die einzelnen Bundesländer miteinander, so ist festzustellen, dass Baden-Württemberg eindeutig Schlusslicht aller Bundesländer ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich! – Gegenrufe der Abg. Seimetz und Wieser CDU)

Sie lassen unsere Grundschulen sträflich hängen. Die Leidtragenden sind die Kinder und Lehrer. Übrigens müssen die Lehrer in immer größer werdenden Klassen unterrichten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir wollen mehr für unsere Grundschulen tun. Wir wollen eine gesetzlich garantierte pädagogische Arbeit von fünf Zeitstunden an fünf Vormittagen in der Woche.

Wir wollen vor allem Kostenfreiheit für diesen Schulbesuch. Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf einen Rechtsanspruch für alle Grundschul Kinder auf kostenfreien Unterricht erreichen.

(Abg. Wieser CDU: Das haben wir doch!)

Was Sie mit Ihrem Konzept vorhaben – Herr Wieser, Ihnen hätte ich ein bisschen mehr zugetraut –, ist nichts anderes, als dass Sie diese garantierte Zeit auf die Eltern und Kommunen abdrücken und damit die Finanzierung des öffentlichen Bildungsauftrags zum Teil verlagern. Das halte ich für unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kurz CDU: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Wieser CDU: Sie schwätzen falsches Zeug!)

Ist Ihnen denn eigentlich entgangen, Herr Wieser, dass die Kosten für diese verlässliche Zeit, die wir beantragen, inzwischen auf 80 bis 130 DM gestiegen sind? Wer zahlt denn das? Das sind doch die Eltern, und ich sage noch einmal: Das nenne ich unsozial, das nenne ich familienfeindlich und im Übrigen auch unchristlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Zeller SPD: Bitte schön.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Zeller, ist Ihnen bekannt, dass die Kernzeitenbetreuung, die die Kommunen bisher schon anbieten, jetzt vom Land besser gefördert wird, damit die Kommunen – das ist ihnen nahe gelegt worden – die bisher erhobenen Gebühren ermäßigen können?

Abg. Zeller SPD: Herr Hofer, ich habe den Eindruck, dass Sie die Situation in unserem Land nicht richtig kennen.

(Abg. Haas CDU: Als Bürgermeister!)

Würden Sie das tun, was ich mache, nämlich mit den Grundschulen und mit den Eltern sprechen, dann müssten Sie feststellen, dass das, was ich gesagt habe, der Wahrheit entspricht, dass die Eltern inzwischen in einer Größenordnung von 60, 80, ja bis zu 130 DM zur Kasse gebeten werden.

(Abg. Haas CDU: Das kann man doch nicht so pauschal sagen! Das stimmt doch nicht! Bei uns kostet es nichts!)

– Herr Haas, an Ihrer Stelle wäre ich heute ein bisschen ruhiger.

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht nur heute!)

Meine Damen und Herren, die flächendeckende Einführung der verlässlichen Halbtagschule an der Grundschule und in der Primarstufe der Sonderschule ist die notwendige Antwort auf eine veränderte Kindheit und auf eine veränderte gesellschaftliche Situation. Wir verfolgen mit unserem Konzept eines garantierten Rechtsanspruchs auf verlässliche Zeiten sowohl ein bildungspolitisches als auch ein familienpolitisches und ein frauenpolitisches Ziel.

Unser Gesetzentwurf ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und im Übrigen auch von Familie und ehrenamtlicher Tätigkeit. Unser Gesetzentwurf ist deshalb notwendig, weil sich die Landesregierung bis zum jetzigen Zeitpunkt hartnäckig weigert, eine tatsächlich verlässliche Halbtagschule einzuführen und vor allem kostenfreien Unterricht von täglich fünf Zeitstunden zu garantieren.

(Abg. Wieser CDU: Herr Präsident!)

Nach den großspurigen Ankündigungen, meine Damen und Herren, der Ministerin, eine verlässliche Halbtagschule einführen zu wollen, beschränken sich die nun enttäuschenden Umsetzungskonzepte lediglich darauf, den Nachmittagsunterricht auf den Vormittag zu verlagern und die kostenpflichtige Kernzeitenbetreuung etwas zu erweitern.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

Abg. Zeller SPD: Bitte.

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Zeller, Sie haben wiederholt erwähnt, dass bei uns in Baden-Württemberg für Un-

terricht Geld bezahlt werden müsse. Das stimmt nicht, und ich bitte Sie, das zurückzunehmen.

Stellv. Präsident Birzele: Ist das eine Frage?

Abg. Wieser CDU: Das ist eine Frage.

(Abg. Brechtken SPD: Und könnten Sie das vielleicht zurücknehmen? Das wäre die Frage! – Unruhe)

Abg. Zeller SPD: Herr Wieser, ich bin gern bereit, Ihnen das noch einmal zu erläutern. Wir haben bisher keinen garantierten Unterricht von fünf Zeitstunden. Die Ministerin will dies über eine finanzierte Kernzeitenbetreuung einführen. Das halten wir für falsch. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf kostenfreien Unterricht haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Das hat doch mit dem Unterricht nichts zu tun! – Abg. Seimetz CDU: Der Unterricht ist kostenfrei! – Abg. Rau CDU: Dummes Zeug!)

Meine Damen und Herren, moderne Bildungs- und Familienpolitik, die die Vereinbarkeit – –

(Abg. Wieser CDU: Sie sagen bewusst die Unwahrheit!)

– Auch wenn Sie lauter schreien, wird das, was Sie sagen, nicht richtiger.

Moderne Bildungs- und Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Ziel hat, erfordert einen Rechtsanspruch auf eine verlässliche und kostenfreie Halbtagschule. Dafür, Herr Wieser, hat das Land – nicht die Kommunen und nicht die Eltern – die notwendigen personellen, inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu gewährleisten.

(Beifall der Abg. Maurer und Capezzuto SPD)

Im Übrigen haben wir dafür bei der Beratung des Doppelhaushalts 2000/2001 beantragt – dies haben Sie abgelehnt –, zusätzlich 600 Stellen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Mit der Erweiterung und Neustrukturierung der täglichen Unterrichtszeit, einem rhythmisierten Unterricht also, wollen wir auch die Fremdsprache an der Grundschule für die dritte und vierte Klasse flächendeckend einführen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Aber auch hier hat die Landesregierung – Frau Schavan und Herr Teufel – nichts als Versprechungen abgesondert und Erwartungen bei den Eltern geweckt, die sie nicht einlösen kann. Noch in der Regierungserklärung wurde vollmundig versprochen, in dieser Legislaturperiode den Fremdsprachenunterricht an der Grundschule einzuführen. Nach dem Konzept von Frau Schavan gibt es jetzt zwar einige Schulversuche, aber die flächendeckende Einführung soll erst ab dem Schuljahr 2007/2008 erfolgen.

(Oh-Rufe von der SPD)

(Zeller)

Ich sage Ihnen nochmals: Besser und sinnvoller wäre, anstelle der jetzt beabsichtigten schrittweisen Einführung für einen relativ kleinen Teil der Schulen umgehend einen flächendeckenden Fremdsprachenunterricht in der dritten und vierten Klasse einzuführen.

Meine Damen und Herren, geben Sie sich endlich einen Ruck! Ihr Modell taugt nicht, weil Sie den Schulen, den Schulträgern, den Eltern die Last Ihrer Ankündigung aufbürden. Schaffen Sie endlich tatsächlich zusätzliche Lehrerstellen, damit es nicht zu Unterrichtsausfall kommt. Schaffen Sie Stellen für Krankheitsvertretungen, anstatt dafür pensionierte Lehrer zu reaktivieren.

(Beifall bei der SPD)

Schaffen Sie mit uns einen Rechtsanspruch auf verbindliche Schulzeiten im Umfang von täglich fünf Zeitstunden!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das geht doch gar nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Rau, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Haas CDU: Herr Zeller, wann waren Sie das letzte Mal in der Schule? – Lachen bei der SPD – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Herr Haas, gleich gibt es Hochwasser! – Abg. Capezzuto SPD: Herr Haas, bei Ihnen waren die Lehrer froh, als Sie die Schule verlassen haben! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Herr Abg. Rau hat das Wort! Ich bitte, ihm zuzuhören und die störenden Geräusche zu unterlassen.

Bitte schön, Herr Rau.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas voranstellen, was außerhalb des Themas liegt: Heute vor fünf Jahren wurde hier im Landtag von Baden-Württemberg Frau Dr. Annette Schavan als Kultusministerin des Landes vereidigt. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Jubiläum! Es waren fünf hervorragende Jahre für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Gratulieren tun wir auch, aber das Zweite . . .!)

Im Gegensatz zur Kultusministerin, die hervorragende Ideen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens in Baden-Württemberg hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

fällt der SPD seit eineinhalb Jahren offensichtlich nichts anderes, nichts Neues mehr ein. Denn der Gesetzentwurf, den Sie heute vorlegen, ist – mit Ausnahme einer Übergangsregelung – identisch mit dem, den Sie hier schon vor anderthalb Jahren vorgelegt haben. Sehr fantasievoll, Herr Kollege Zeller!

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das lässt Rückschlüsse zu. Sie begehen pädagogische Rundwanderwege und blicken nicht in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Wer ist denn verantwortlich für den Unterrichtsausfall?)

Die Debatten der letzten anderthalb Jahre sind an Ihnen offensichtlich spurlos vorübergegangen. Anders ist auch Ihr Debattenbeitrag hier nicht zu erklären.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Aber das Spiel, das Sie hier betreiben, ist ja durchschaubar. Das Thema „verlässliche Grundschule“ ist Teil Ihrer Wahlkampfkampagne.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Denn wie wäre es anders zu erklären, dass SPD-Gemeinderatsfraktionen in diesem Land wortgleiche Anträge zum Thema „verlässliche Grundschule“ vorlegen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Das ist ein ganz einfaches, durchschaubares Spiel.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Christine Rudolf: Das ist eben gute Organisation, Herr Rau!)

– Gute Organisation. Aber die Gleichschaltung funktioniert nicht,

(Abg. Brechtken SPD: Gleichschaltung! – Abg. Schmiedel SPD: Vorsicht, Herr Kollege!)

weil Ihnen Teile Ihrer Gemeinderäte davonlaufen

(Lachen bei der SPD)

und dennoch der Einführung der verlässlichen Grundschule zustimmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie die Presse im Lande lesen, stellen Sie fest, dass wir landauf, landab zahlreiche Beschlüsse haben, die die Einführung dieser verlässlichen Grundschule völlig undramatisch bestätigen.

(Abg. Wieser CDU: Die SPD-Bürgermeister sind begeistert!)

Die Zahlen, die wir im September erwarten dürfen, in welchem Umfang wir zusätzliches Betreuungspotenzial in der verlässlichen Grundschule anbieten können, werden beeindruckend sein. Ich freue mich schon darauf, Ihnen diese im September vorlegen zu können, denn dann wird klar werden, dass die verlässliche Grundschule eine breite Akzeptanz gefunden hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Chaos! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das warten wir gelassen ab! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

(Rau)

Ich habe Ihnen in den zurückliegenden Debatten gesagt: Wir brauchen die Grundschule nicht neu zu erfinden, sondern wir wollen sie mit diesem Schritt familiengerecht organisieren. Das ist die Aufgabe, die wir gelöst haben, und zwar sinnvollerweise gemeinsam mit den Kommunen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Auch hier ist kein Dissens zu erkennen, sondern die Kommunen sind diesen Weg mit uns gegangen. Wir sind ihnen dafür sehr dankbar.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Ich halte es für richtig, dass wir den Unterricht und die Betreuung ganz klar trennen. Nur wenn man nicht bereit ist, das zur Kenntnis zu nehmen, kann man so einen Unfug dahereden und hier von „Schulgeld“ sprechen wie Sie gerade vorhin und Frau Wonnay heute Morgen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Wieser CDU: Die verschulen die Kinder!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich wollte mich für nachher melden! Ich will keine Zwischenfrage stellen!)

– Ach so. – Bitte schön, Herr Abg. Rau, fahren Sie fort.

Abg. Rau CDU: Scheint sich erledigt zu haben.

Sie haben mit diesem Schlagwort vom Schulgeld ganz bewusst verleumderische Akzente in diese Debatte gebracht. Das lassen wir uns nicht gefallen. Unterricht in Baden-Württemberg ist kostenlos – heute und in Zukunft. Alle anderen Aussagen schlagen auf die zurück, die meinen, so etwas von sich geben zu müssen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber die verlässliche Grundschule kostet Geld!)

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist eines der wichtigsten Ziele im Zusammenhang mit der verlässlichen Grundschule. Auch dazu haben wir entscheidende Schritte getan. Die Haushaltsbeschlüsse zu den Lehrerstellen im Schuljahr 2000/2001 sind bekannt. Sie haben heute Morgen gehört, welche Zahlen der Finanzminister für das Schuljahr 2001/2002 vorsieht.

Ich möchte darüber hinaus noch deutlich machen, dass wir die Instrumentarien zur Unterrichtsversorgung weiter schärfen, indem wir die Mittel, die im Haushalt für Nebenlehrerverträge eingesetzt sind, künftig verwenden wollen, um verstetigte Nebenlehrerverträge im Lande abzuschließen, Verträge mit ein- und zweijähriger Laufzeit – mehrere Hundert –, damit hier im Land Baden-Württemberg sichergestellt werden kann, dass wir Unterrichtsausfall nicht hinnehmen müssen, dass wir ihm nicht tatenlos gegenüberstehen, sondern die notwendigen Instrumentarien zur Verfügung halten.

Ich sage Ihnen: Die Zahlen werden die Akzeptanz dieses hervorragenden Modells „verlässliche Grundschule“ in Ba-

den-Württemberg belegen. Die Familien werden dann wissen, wem sie dieses Angebot verdanken.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rau, auch wenn es Ihnen, auch wenn es der Kultusministerin, auch wenn es den Regierungsfractionen nicht passt: Das Thema Halbtagsgrundschule wird dieses Haus weiter beschäftigen. Es wird dieses Haus so lange weiter beschäftigen, bis Sie Ihre Hausaufgaben gemacht haben und die Grundschule endlich in einer Weise entwickelt wird, wie es den pädagogischen und familienpolitischen Anforderungen unserer heutigen Zeit entspricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Als Schule für alle Kinder in unserer Gesellschaft – ich betone: auch für die behinderten Kinder, deren Eltern einen gemeinsamen Unterricht mit nicht behinderten Kindern in der Schule wünschen – hat die Grundschule die Aufgabe, alle Kinder entsprechend ihren individuellen Anlagen und Fähigkeiten zu bilden und zu erziehen.

Die Grundschule hat aber auch die Aufgabe der sozialen Integration aller Kinder unserer Gesellschaft, der Kinder unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft. Dazu braucht die Grundschule – das hören wir draußen immer wieder – vor allem eines: Sie braucht mehr Zeit. Ich muss es immer wieder wiederholen, Herr Rau: Baden-Württemberg liegt, was die Zeit für die Kinder an der Grundschule anbelangt, auf Platz 16 und ist damit im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Um Gottes willen! – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Nun zum Thema Schulgeld. Wenn in der Zeit, in der andere Bundesländer Unterricht, Bildung und Erziehung bieten, in unserem Bundesland Betreuung stattfindet und diese Betreuung Geld kostet, dann trifft das den Sachverhalt von Schulgeld in Baden-Württemberg. Das deutlich zu machen ist auf keinen Fall eine Verleumdung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen in Baden-Württemberg eine echte Halbtagsgrundschule und kein überkommenes Kernzeitenmodell, wir brauchen die echte Halbtagsgrundschule in der pädagogischen und finanziellen Verantwortung des Landes. Wir Grünen haben dazu in der Vergangenheit Anträge eingebracht; wir werden wieder Anträge einbringen, vor allem zu den nächsten Haushalten.

Die Kernzeitenbetreuung in Baden-Württemberg, die Sie als verlässliche Grundschule bezeichnen, sieht doch so aus: Der Unterricht bleibt verdichtet, die Betreuung ist vor und

(Renate Rastätter)

nach dem Unterricht angeklebt, die Kommunen haben den schwarzen Peter der organisatorischen Durchführung und die Hauptlast der Finanzierung, und die Eltern werden zur Kasse gebeten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Rau, hören Sie sich um: Es gibt Gebühren. Es gibt – das stimmt – Kommunen, die keine Gebühren verlangen, zum Beispiel Ravensburg, aber die Stadt wird dabei über die Maßen belastet. Es gibt Kommunen, die 120 und 130 DM verlangen, und das ist kein Beitrag zu einer besseren Familienpolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Konkret mit Blick auf das kommende Schuljahr sieht es so aus: Erstens: Momentan gibt es Kernzeitenbetreuung für ca. 4 % der Kinder. Wie ich jetzt überall im Lande mitbekomme, wird die Kernzeitenbetreuung lediglich so ausgeweitet, dass weitere ca. 5 bis 6 % der Kinder betreut werden können. Das muss man sich einmal vorstellen, nachdem die Ministerin vor eineinhalb Jahren gesagt hatte: Ich garantiere ein Zeitvolumen von fünfeinhalb Stunden.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ja, so sind die CDUler!)

Zweitens: Auch künftig wird es in Baden-Württemberg Kinder geben, die außen vor bleiben mit dem Schlüssel um den Hals, weil ihre Eltern die Gebühren für die wenigen Randstunden nicht bezahlen können. Auch das ist kein Beitrag zu einer familienfreundlichen Politik in Baden-Württemberg.

Drittens: In den Großstädten wird sich die Betreuung verschlechtern. In den Großstädten haben wir heute sehr gute Modelle, bei denen die Betreuung mit dem Unterricht pädagogisch verzahnt ist, wie das zum Beispiel in Karlsruhe der Fall ist. Konsequenterweise hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe einstimmig, das heißt auch mit den Stimmen der CDU-Stadträte, beschlossen, das Modell der verlässlichen Grundschule zum kommenden Schuljahr nicht einzuführen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das war ein Selbsttor!)

Denn für die Großstädte bedeutet es eine Absenkung der bereits erreichten Qualitätsstandards.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: In Stuttgart nicht!)

Viertens: Was die Unterrichtsversorgung, also das, was Sie als Ihre originäre Landesaufgabe bezeichnen, anbelangt, wird es auch zu einer Verschlechterung kommen. Sie stocken die Krankheitsreserve um 300 Deputate auf, nehmen aber diese 300 Deputate aus dem Bestand. Die Grund- und Hauptschulen bekommen aber nur 190 Deputate mehr. Das heißt, die Grundschulen, die heute schon in den Städten riesige Klassen mit 28 und 30 Schülern haben, bekommen eine schlechtere Unterrichtsversorgung. Das ist kontraproduktiv für eine bessere pädagogische Förderung der Kinder in unseren Grundschulklassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Und schließlich: Diese verlässliche Grundschule – das muss ich einfach wieder betonen – ist ein Etikettenschwindel. Sie ist nicht zukunftsweisend für die Entwicklung der Grundschule, und sie bleibt hinter den pädagogischen und familienpolitischen Erwartungen und Anforderungen zurück.

Wir Grünen wollen – das ist ein Unterschied zu dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion – in die verlässliche Halbtagsgrundschule von fünf Zeitstunden auch Erzieherinnen integrieren. Wir finden diesen Kompetenzmix an der Grundschule für die Förderung unserer Kinder besonders gut. Wir werden deshalb auch künftig weitere Anträge stellen.

Zum Schluss noch einmal: Die Debatte geht weiter. Die Grundschule ist die wichtigste Schulart für die Kinder. Sie hat diese Priorität verdient, und sie wird unsere bildungspolitische Herausforderung bleiben, bis Sie als Regierung Ihre Hausaufgaben gemacht haben.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Oder abgelöst werden!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Endlich gibt die SPD offen zu, dass sie alle Grundschul Kinder für fünf Stunden in der Schule halten will. Nur wenn alle da sind, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, gibt dieser Gesetzentwurf Sinn. Aus ausführlichen Gesprächen weiß ich, dass viele Eltern gerade bei ihren Sechs- bis Zehnjährigen, die ja erzieherisch noch besonders formbar sind, hier jedoch selbst ihren Einfluss nutzen wollen. Das ist durchaus im Sinne einer guten Partnerschaft zwischen Eltern und Schule.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Deshalb haben wir Regierungsfractionen unser Modell mit einer grundsätzlich festen und kostenfreien Schulzeit gestaltet, die vorherige und anschließende Betreuungsmöglichkeit jedoch auf freiwillige Basis gestellt. Und wir haben die Landesförderung für diese Betreuung so verändert, dass inzwischen weit mehr Gemeinden als bisher eine solche Betreuung anbieten. Die Akzeptanz bei den Gemeinden ist riesengroß.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum wohl?)

Oft gibt es sogar eine zusätzliche Betreuung in den Ferien, die beim vorliegenden Gesetzentwurf überhaupt nicht möglich wäre.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die von den Eltern zu tragenden Beiträge zu den Betreuungskosten halten sich durch den erhöhten Landeszuschuss in der Regel durchaus in einem tragbaren Rahmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Ach was, woher denn?)

(Heiderose Berroth)

Ich kann es Ihnen sagen: Bei uns in der Gemeinde zahlen die Eltern pro Kind und Stunde 1 DM, und sie können sich aussuchen, ob sie die Kinder eine Stunde in der Woche betreuen lassen oder die ganze Woche über. Das sind maximal 40 DM im Monat. Das ist leistbar.

(Zurufe von der SPD)

Wo dies noch nicht der Fall ist, gehe ich davon aus, dass hier die analog gültigen Gesetze der Marktwirtschaft bald zu entsprechenden Anpassungen führen. Kein Gemeinderat wird vielfältigen Elternklagen lange widerstehen können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Eine Unverfrorenheit sondergleichen ist es, dass die Initiatoren im Gesetzentwurf behaupten, es handle sich bei der verlässlichen Grundschule, wie sie bereits zum neuen Schuljahr in Baden-Württemberg an den meisten Orten eingeführt wird, nur um geringfügige Änderungen. Kennen Sie die bisherige Situation nicht, oder können Sie nicht lesen und verstehen?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die wollen nicht!)

Frau Rastätter, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Zur Klarstellung nochmals die anstehenden deutlichen Verbesserungen: Die Schulen werden künftig den Stundenplan für Grundschüler so gestalten, dass er die ganze Woche über zur gleichen Zeit beginnt, und sie werden außerdem einen festen Unterrichtsblock schaffen, der einen auch pädagogisch wichtigen Zeitrahmen bildet, auf den sich Eltern bei ihrer Lebensplanung verlassen können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das wollen die alle nicht wissen!)

Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall – dieses Wort soll auf Sicht in der Grundschule wirklich zum Fremdwort werden – wird neben der Erhöhung der Zahl der Vertretungsstellen jeder Schule ein Zeitbudget zur Verfügung gestellt, mit dem sie selbstständig unbürokratisch und vor allem kurzfristig Ersatz für zeitweise ausfallende Lehrkräfte organisieren kann.

Die Kommunen können sich bei der Organisation der darum herum anzubietenden Betreuung ebenfalls an dieser festen Stundenstruktur orientieren. Je konkreter sich in den letzten Wochen die verschiedensten Variationen dieser Betreuung herauskristallisieren, desto deutlicher wird, wie richtig es war, hier keine landesweiten Vorschriften zu erlassen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

und auch keinen Rechtsanspruch zu generieren, der haushaltspolitisch für die nächsten Generationen Konsequenzen hätte. Ohne diesen Freiraum wäre es nicht möglich gewesen, zum Beispiel Kooperationen mit Musikschulen, Sportvereinen, ja sogar Volkshochschulen einzugehen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Das machen wir am Nachmittag! – Zuruf von der
SPD: Das ist etwas ganz anderes!)

In vielen Gemeinden wird die Kernzeitenbetreuung besonders effizient, fachgerecht und kostengünstig durch Eltern-

vereine organisiert. Das ist ein bürgerschaftliches Engagement, wie es früher in ähnlicher Form zumindest im ländlichen Raum in der nachbarschaftlichen gegenseitigen Unterstützung durchaus Tradition hatte. Ich danke allen Menschen von Herzen, die sich hier zugunsten von Kindern und Eltern engagieren und zeigen, dass es kreativere und für die jeweilige regionale Situation bessere Lösungen gibt, wenn der Staat nicht alles von oben herab verordnet.

Auch die sicherlich noch auftauchenden Fragen zu Einzelfällen – was zum Beispiel passiert, wenn hitzefrei ist – werden vor Ort am besten geregelt werden können.

Sobald die ersten konkreten Erfahrungen vorliegen, werden auch diejenigen, die im Moment noch Vorbehalte haben, den Erfolg zugeben müssen, sofern sie nicht durch ideologische Scheuklappen hieran gehindert werden. Frau Rastätter, wenn Sie anmahnen, die Grundschule brauche mehr Zeit: Ich kenne keinen Menschen, der nicht mehr Zeit für alles Mögliche bräuchte. Aber ich denke, die Lehrer und auch die Schüler müssen auch in der Grundschule lernen, mit der gegebenen Zeit effizient umzugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD:
Von Pädagogik haben Sie keine Ahnung! Sag einmal!)

Ich freue mich außerordentlich, dass der Anstoß, den wir Liberale im November 1998 mit unserem Antrag Drucksache 12/3488 gegeben haben, nun so gute Früchte trägt, und ich bin sicher, dass der gesunde Wettbewerb unter den Gemeinden dafür sorgt, dass es nicht lange dauern wird, bis auch die Betreuung kostengünstig und flächendeckend überall dort angeboten wird, wo eine entsprechende Nachfrage besteht. Schließlich gibt es hier einen Landeszuschuss völlig unabhängig von der Gruppengröße.

Dieses Thema war mir wichtig aus Gründen der Pädagogik, aus Gründen der Frauenpolitik und aus Gründen der Familienpolitik. In allen drei Bereichen werden wir Erfolge erzielen. Sie werden sich noch wundern, wie gut das einschlägt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute haben wir einen Gesetzentwurf der SPD vorliegen, der nichts anderes begehrt, als gesetzlich festzulegen und festzuschreiben, dass alle Grundschüler in den Klassen 1 bis 4 – die Klassen 1 und 2 erst in zwei Jahren, aber ab dem Jahr 2002 sämtliche Grundschüler – täglich fünf Zeitstunden an der Schule verbringen müssen.

(Abg. Zeller SPD: Dürfen!)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt: müssen!

(Abg. Zeller SPD: Dürfen, Herr Abgeordneter!)

Ich habe in vielen Diskussionen zu diesem Thema immer wieder eines gesagt:

(Zuruf von der SPD: Sie haben eine schlechte Einstellung!)

(König)

Hier wird von Ihrer, von der linken Seite ein Bedarf herbeigeredet, den es in der Praxis nicht gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner –
Abg. Zeller SPD: Wo leben Sie?)

Sie behaupten, die Eltern würden danach schreien.

(Abg. Zeller SPD: Die Eltern schreiben nicht an
Sie, sondern an uns!)

Ich empfehle Ihnen, Ihr Sozi-Hörgerät einmal auf Breitband-Volksfrequenz einzustellen, dann hören Sie nämlich, dass es auch Leute gibt, die das gar nicht wollen.

Vorhin wurde schon eine Zahl genannt. Die derzeitige Kernzeitenbetreuung bedeutet nichts anderes, als dass Eltern, die arbeiten wollen, ihre Kinder sicher für fünf oder sechs Stunden von halb acht bis halb zwei untergebracht sehen. Dabei findet die Betreuung ergänzend vor oder nach dem Unterricht statt. Schauen wir uns die Zahlen einmal an: Die Kernzeitenbetreuung wird derzeit von 4, maximal 5 % in Anspruch genommen – vorhin sind sogar nur 3 % genannt worden. Ich sage Ihnen aus der Erfahrung aus meiner Gemeinde Dobel, die dies eingeführt hat: Vier Eltern waren bereit, diese Kernzeitenbetreuung in Anspruch zu nehmen. Wir mussten, um überhaupt zuschussfähig zu sein, um es überhaupt rentabel zu gestalten, noch weitere acht mit dem Lasso einfangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort auch an Sie, Herr Zeller, der Sie sich ja sonst immer so sehr der Ausländer annehmen. Hier können wir die Ausländer wirklich einmal als Beispiel heranziehen. Sie sollten sich einmal vor Augen führen, wie die türkischen Mütter, ob mit oder ohne Kopftuch, mit ihren Kindern umgehen. Diese sitzen auf ihren Kindern wie eine Glucke; die wollen gar nicht, dass die Kinder total verschult werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So einen Quatsch
habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Viele, viele deutsche Mütter wollen das genauso wenig. Es gibt auch noch funktionierende Familien mit Familienzusammenhalt, in denen Tante, Oma oder Opa da sind, die die Kinder im Grundschulalter von fünf, sechs, sieben oder acht Jahren um sich haben wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Rapp REP:
Das passt aber nicht in das rote Weltbild!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fünf Zeitstunden bedeuten sechs Deputatsstunden zuzüglich 30 Minuten, die für die Pause vorzusehen sind. Da wollen Sie an den Grundschulen einen so genannten integrierten pädagogischen Ansatz anbieten, der Unterricht, Pausen, Freizeit, Spiel und Bewegung in kindgerechten Rhythmen durchmischt. Stellen Sie sich einfach einmal vor, wie dies praktisch aussieht. In einer Grundschulklasse mit einem Lehrer der Marke Zeller sieht dies so aus:

(Abg. Dagenbach REP: Um Gottes willen! – Zuruf
von den Republikanern: Das ist für die Kinder un-
zumutbar!)

Eine Viertelstunde Unterricht in der dritten Klasse im Zahlenraum eins bis sechs, danach ein Viertelstündle Plauderkreis mit gegenseitigem Handanfassen und dann eine Viertelstunde Sozi-Spielchen in der Kuschelecke. Danach sind sie fertig und brauchen eine Pause –

(Beifall bei den Republikanern)

mit Bewegung, vielleicht kleiner Schwammschlacht. Ich habe extra einmal ein bisschen überzeichnet. Aber so stellen Sie sich das doch vor.

(Abg. Zeller SPD: So eine Dummheit!)

– Hören Sie doch bitte auf!

Meine Damen und Herren, es gibt nichts Besseres, Familiengerechteres und mehr auf jeden einzelnen Elternteil zugeschnittenes als eine feste Unterrichtszeit mit entsprechenden Betreuungszeiten darum herum. Diese müssen aber freiwillig bleiben,

(Beifall bei den Republikanern)

sie dürfen nicht per Gesetz verordnet werden.

Zum Schluss vielleicht noch einen Satz zu den Rechenkünsten der SPD.

(Abg. Rapp REP: Die sind nicht sehr hoch zu bewerten!)

Ich habe einmal nachgeschaut, wer das unterschrieben hat. Das waren Herr Maurer und Herr Zeller. Nachher haben wir ja Gott sei Dank noch bei der Oberstufenreform darüber abzustimmen, dass künftig Mathematik für alle Abiturienten verpflichtend sein soll. Denn das ist dringend notwendig.

Diese Herrschaften rechnen bei den Kosten vor: Das Ganze ist mit 600 zusätzlichen Deputaten zu haben.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Bei Nullverschuldung!)

Das ist eine Rechnung, die nur jemand in der Sonderschule machen kann – und da auch nur in der ersten Klasse.

(Heiterkeit bei der CDU)

Denn wir haben in Baden-Württemberg knapp 22 000 Grundschulen.

(Zurufe von der SPD)

– Grundschulklassen, Entschuldigung!

(Abg. Schmiedel SPD: Hören Sie doch auf mit
Rechnen! – Glocke des Präsidenten – Abg. Rau
CDU: Da sind Baumschulen dabei! – Unruhe)

– Herr Schmiedel – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. König, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. König REP: Ich muss das noch geschwind sagen.

(Anhaltende Unruhe)

Wir haben 2 500 Grundschulen mit knapp 22 000 Grundschulklassen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Das ist alles falsch! – Abg. Schmiedel SPD: Probleme mit der Mathematik!)

Wenn jede dieser Grundschulklassen von einer Lehrkraft betreut werden muss, dann sind das nach Adam Riese – 5 Tage mal 6 Stunden – 30 Deputatsstunden. Zu bisher 18 in der ersten Klasse bis 24 in der dritten und vierten Klasse – rechnen wir das einmal hoch – braucht jede Klasse noch zusätzlich mindestens fünf Deputatsstunden. Bei 22 000 Grundschulklassen lässt sich das hochrechnen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. König REP: Wenn Sie das hochrechnen, kommen Sie auf über 100 000 Deputatsstunden. Wenn Sie das durch ein Deputat von 27 oder 28 Stunden dividieren, kommen Sie auf 3 500 Stellen und nicht auf 600. Sie machen Milchmädchenrechnungen und verlangen noch, dass jemand Ihrem Gesetzentwurf zustimmen soll.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden: Wir diskutieren hier nicht über einen neuen Entwurf oder über eine neue Idee, sondern wir wiederholen eine alte Diskussion. Heute ist überhaupt nichts Neues gesagt worden.

(Abg. König REP: Doch, ich habe etwas Neues gesagt!)

Sie wollen nach wie vor fünf Zeitstunden. Jetzt kann man ja hin und her überlegen, aber in diesem Punkt hat Herr König Recht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. König REP:
Hört!)

Wer will, dass in der Grundschule fünf Zeitstunden eingeführt werden, die durch Lehrer absolviert werden sollen, der kann nicht im gleichen Vorschlag 600 Deputate einrichten wollen. 600 Deputate mehr bezogen auf 22 000 Klassen an Grundschulen ergeben exakt 0,8 Lehrerwochenstunden pro Klasse.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Mit 0,8 Lehrerwochenstunden pro Grundschulklasse werden Sie niemals fünf Zeitstunden hinbekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Keine innovativen Arbeitszeitmodelle!)

Sie müssten also, wenn Sie wirklich auf fünf Zeitstunden kommen wollten, 3 500 Deputate für die Grundschulen in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen.

(Abg. Wintruff SPD: Ach was! Das ist doch Blödsinn! Das stimmt doch gar nicht!)

– Jawohl, so viel brauchen Sie. Das ist der eine Punkt.

Was Sie hier machen, ist doch überhaupt nicht ernst gemeint. Die Zahl der Deputate, die Sie vorschlagen, werden wir im Laufe der Zeit allein als Springerreserve zur Verfügung stellen.

(Lachen des Abg. Zeller SPD)

Denn es ist eine Legende, mit der Sie seit Wochen durchs Land laufen, dass die Krankheitsstellvertretung an Grundschulen künftig über Pensionäre geregelt würde.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: 78-Jährige!)

In Wirklichkeit gibt es drei verschiedene Wege für die Krankheitsstellvertretung. Einer ist der über das Budget für Schulleiter. Dabei kann man auch auf gerade Pensionierte zurückgreifen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: 80-Jährige!)

Der zweite Weg führt über das Paket innerhalb der 152 Millionen DM, mit dem Krankheitsstellvertreterverträge abgeschlossen werden.

Das Dritte – und das ist das Entscheidende; Herr Rau hat darauf hingewiesen – ist der Aufbau einer Springerreserve mit Verträgen über ein ganzes Schuljahr und der Perspektive für die Springer, nach diesem Schuljahr in den Schuldienst übernommen zu werden.

Zweiter Punkt – auch über den streiten wir seit zwei Jahren, aber wir werden uns nicht einig werden –: Wir sind der Überzeugung – und mit uns übrigens die kommunalen Landesverbände; das ist nun rauf und runter und runter und rauf diskutiert worden –: Wir schaffen nicht für 2 500 Grundschulen in Baden-Württemberg ein Einheitskonzept,

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Das ist doch kein Einheitskonzept!)

kostet es, was es wolle, und vor allem, ob Eltern wollen oder nicht. Sie wissen sehr wohl, wie die Reaktion von Eltern in Hamburg gewesen ist, als man dort versucht hat, alle Eltern dazu zu verpflichten, ihre Kinder täglich für die Dauer von fünf Zeitstunden zur Schule zu schicken. Nein, wir schaffen Möglichkeiten finanzieller, struktureller und organisatorischer Art, um vor Ort die Lösung zu ermöglichen, die gewollt ist.

Wer in diesen Tagen die Zeitungen liest, der liest entweder Berichte über Gemeinderatsbeschlüsse, wonach sich die Situation für Eltern im Blick auf zeitliches Angebot und Geld verbessert, oder er liest Berichte über SPD-Veranstaltungen, in denen erklärt wird, alles wäre eine Mogelpackung. Das sind die zwei Sorten von Veranstaltungen, die derzeit stattfinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Überall!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Tatsache ist – das ist der dritte Punkt –: Die Zahl der Betreuungsangebote wird im nächsten Schuljahr massiv steigen. Allein in Stuttgart wird sich die Zahl der Betreuungsgruppen im ersten Schuljahr um 100 % erhöhen, und im Endausbau wird es von 100 auf 400 Gruppen gehen.

In diesem Land entstehen derzeit an zig Stellen Gruppen, sodass davon auszugehen ist, dass wir genau das, was wir wollten, erreichen, nämlich eine starke Brücke zwischen unseren Familien und den Schulen. Die Eltern, die ein Betreuungsangebot wünschen – auch wenn es nur wenige sind –, sollen die Möglichkeit dazu haben, aber ich zwingen in diesem Land keine Eltern, ihre Kinder betreuen zu lassen, wenn sie dies nicht wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Brechtken SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Kultusministerin Schavan, ist Ihnen bekannt, dass es bei einer Erweiterung eines Unterrichtsvormittags auf fünf Zeitstunden nicht um Betreuung geht, sondern um einen pädagogisch ausgestalteten Unterrichtsvormittag für Kinder?

(Unruhe bei der CDU)

Denn Unterricht, Spiel- und Bewegungsphasen entsprechend den kindlichen Bedürfnissen nach Lernen, Pausen und Erholung sind im Sinne eines Lebensraums Grundschule. Ist Ihnen bekannt, dass es bei einem solchen Unterrichtsvormittag nicht um Betreuung geht? Das ist die erste Frage.

Die zweite ist: Ist Ihnen bekannt, dass in fast allen europäischen Ländern die Grundschule eine Ganztagschule für die Kinder ist und in ihr den Kindern keinesfalls ihre Kindheit geraubt wird?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Mir ist dreierlei bekannt: erstens, dass Sie fünf Zeitstunden rhythmisierten Unterricht wünschen. Dafür brauchen Sie 3 500 Deputate.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist auch falsch!)

Zweitens ist mir bekannt – und das haben wir immer wieder gesagt –, dass wir nicht jeden in die Betreuung zwingen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt „zwingen“?)

Drittens ist mir bekannt, dass in unseren Grundschulen ein Schulvormittag unabhängig von der Frage der Betreuung selbstverständlich längst mit rhythmisiertem Unterricht verbunden ist. Was glauben Sie denn eigentlich, wo unsere Grundschulen pädagogisch sind? Sie sind pädagogisch weit entwickelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber das gilt nicht nur für Kinder, die Betreuung bekommen, sondern das gilt für alle Kinder. Es gibt das Programm „Bewegungsfreundliche Grundschule“, es gibt das pädagogische Konzept mit dem Morgenkreis. Es gibt viele pädagogische Entwicklungen. Die 45-minütige Unterrichtsstunde ist in der Grundschule eine Seltenheit, das weiß jeder.

Drittens möchte ich aber noch einmal sagen – damit müssen Sie leben –: Sie bringen ein Modell, das Sie mit der Ganztagschule vergleichen. Sie wissen: Würde man in Baden-Württemberg eine Umfrage machen, ob man die Ganztagschule obligatorisch einführen soll oder nicht, würden Sie eine Niederlage erleben. Das ist doch völlig klar.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Die fordert niemand!)

Es hat sich in diesem Land um die Schule herum eine Menge anderes entwickelt: die Jugendmusikschulen, die Jugendkunstschulen, die Jugendarbeit der Sportverbände.

Unser Anliegen, das der Kommunen, der Gemeinden und des Landes, war die bedarfsgerechte Weiterentwicklung – die bedarfsgerechte pädagogische Weiterentwicklung, die bedarfsgerechte Entwicklung der Betreuungsangebote –, und es gibt nun mehr Betreuungsangebote. Genau das haben wir jetzt.

Wenn Sie Karlsruhe nennen, kann ich nur sagen: In Karlsruhe hat man einen idealen Beschluss gefasst. Man führt die verlässliche Grundschule mit den bisherigen Betreuungsangeboten ein, und diese Betreuungsangebote sind damit ausgeweitet. Sie sind auch an eine optimierte Stunden-tafel angepasst. Das ist ein wunderbares Modell, und genauso wird es sein. Zum nächsten Schuljahr wird es in diesem Land gegenüber früher ein Mehrfaches an Betreuungsangeboten geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist doch auch eine Legende, wenn Sie sagen, dies geschehe auf Kosten von Kommunen und Eltern. Da kann ich nur sagen: Die Kommunen bekommen für Betreuungsangebote doppelt so viel Geld wie in der Vergangenheit, nämlich statt 27 % Zuschuss 50 % Zuschuss.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenrufe von der CDU)

– Das können Sie im Etat nachlesen. Es ist so.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nur Kommunen, die über die fünf Zeitstunden hinausgehen, liebe Frau Rastätter – falls Sie mich das fragen wollen –, bekommen für die Zeit, die über den Mittag hinausgeht, keine 50 %, sondern dann gilt die alte Regelung mit 30 %. Für das, was am Vormittag geschieht, bekommen sie 50 %. Diese Erhöhung geben viele Gemeinden an die Eltern weiter. In allen Zeitungen können Sie im Moment auch lesen, dass Elternbeiträge, die bisher bei 120 DM lagen, jetzt auf

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

60 oder 50 DM sinken. Das ist der Durchschnitt, und im Durchschnitt kommen Sie dann auf 1 DM pro Stunde.

(Glocke des Präsidenten)

In einem solchen Zusammenhang von Belastungen von Eltern zu sprechen, das ist einfach eine Legende. Andersherum wird ein Schuh daraus.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin!

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, sofort.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, die Zwischenfrage von Frau Rastätter ist entgegen Ihrer Annahme nicht beantwortet.

(Abg. Wacker CDU: Der Präsident passt auf!)

Gestatten Sie die Zwischenfrage?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Kultusministerin Schavan, ist Ihnen bekannt, dass bei den 50 % nur die reinen Personalkosten berücksichtigt sind, die notwendige Raumausstattung und das Spielmaterial in die Berechnung aber nicht einfließen? Das heißt, dass bei der Berechnungsgrundlage der Kommunen der Landeszuschuss auch künftig häufig nicht mehr als 30 bis 40 % ausmacht.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Rastätter, die 27 % in der Vergangenheit bezogen sich auf die Personalkosten, und auch der erhöhte Zuschuss wird sich auf die Personalkosten beziehen. Der Zuschuss wurde von 27 % auf 50 % erhöht, und er wurde mit den kommunalen Landesverbänden, was die Gehaltsgruppe angeht, was die Frage angeht, welche Berufsgruppen genommen werden können, ausgehandelt. Selbst wenn es keine bestimmte Berufsgruppe ist, sondern wenn es so genannte erziehungserfahrene Personen sind, wird die gleiche Gehaltsgruppe angenommen.

Jetzt kann man doch nicht im Nachhinein sagen: Da gibt es aber noch zusätzliche Kosten. Die hatte man vorher auch. Auch früher brauchte man Räume, auch früher brauchte man Spielmaterial. Es war zwischen den Kommunen und dem Land immer klar: Es ist unsere gemeinsame Aufgabe. Kein Vertreter der kommunalen Landesverbände ist auf die Idee gekommen, über Raumkosten oder über Spielmaterial zu sprechen.

Gemessen an dem, was bisher galt, gibt es einen doppelt so hohen Zuschuss – eine Entlastung der Kommunen, eine deutliche Entlastung der Eltern. Das ist das Signal zum nächsten Schuljahr: mehr Betreuung, weniger Kosten für Eltern, weniger Kosten für die Kommunen.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass es ein ausdrücklicher Wunsch der kommunalen Landesverbände war, die Regelung wegen der Vielgestaltigkeit und der Bedarfsdeckung nicht einheitlich vom Land vorzugeben, sondern den Schulträgern vor Ort zu ermöglichen, diese selbst mit gestalten zu dürfen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: So ist es. Die Landesregierung respektiert, im Unterschied zur Opposition, die Spielregeln der kommunalen Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Sie werden überrollt werden von den pädagogischen Problemen der Gesellschaft! Sie werden völlig überholt werden! – Unruhe)

– Ja, ja. – Wer in diesem Land glaubt, solche weit reichenden Weichenstellungen – wir reden hier über eine Weichenstellung, die in den nächsten zehn Jahren in diesem Land die Grundschule deutlich verändern wird – ohne Kommunen und ohne die kommunalen Landesverbände machen zu können und nur am grünen Tisch irgendetwas entwerfen zu müssen, was einigen Fraktionsmitgliedern passt, der irrt. Dies ist ein Zusammenspiel – deshalb gelingt es – zwischen unseren Städten und Gemeinden und dem Land, zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik.

(Abg. Rückert CDU: Richtig!)

Letzter Satz: Jetzt bringen Sie auch noch die Fremdsprachen unter. Also das finde ich jetzt ein fast ulkiges Modell. Kinder lernen eine Fremdsprache umso leichter, je früher sie beginnen.

(Beifall der Abg. Ursula Kuri CDU – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist richtig!)

Darüber diskutieren wir seit 30 Jahren. Um uns herum lernen Kinder zum Teil schon im Kindergarten eine Fremdsprache.

(Abg. Schmiedel SPD: Warum haben Sie es noch nicht eingeführt?)

Und die SPD schlägt im Jahr 2000 vor, Fremdsprachenunterricht ab Klasse 3 einzuführen.

(Abg. Zeller SPD: Aber für alle! – Abg. Schmiedel SPD: Für alle!)

Das ist letztes Jahrhundert. Wir führen ihn im Jahr 2004 für alle ein.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dafür haben Sie 20 Jahre gebraucht! So ein Schwachsinn!)

Hätte ich ihn bereits im Jahr 2001 für alle eingeführt, dann hätten Sie hier gesessen und gemault, das sei zu früh,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ganz genau!)

man müsse die Lehrer vorbereiten und alles Mögliche tun, was wir noch nicht getan hätten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie entziehen sich Ihrer Verantwortung!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Wir sind das erste Bundesland, das ein zukunftsfähiges Fremdsprachenkonzept hat. Wir haben abgestimmte Lehrpläne mit allen Schularten, ausgiebige Lehrerfortbildung und zusätzliche Stunden in der Stundentafel.

Das sage ich Ihnen auch, Herr Zeller: Die Stundentafel reicht für Kinder in diesem Alter. Sie können mir zigfach Bundesvergleiche vorhalten. Diese Stundentafel ist für Kinder genug, weil sich Qualität von Schule nicht über Quantität definiert, sondern über guten Unterricht und über ein zukunftsfähiges Konzept.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch ein Stuss!)

Deshalb sind die zwei Stunden Fremdsprache eine gute Ergänzung. Es gibt aber keine Notwendigkeit, Kinder im Alter von sechs oder sieben Jahren noch sehr viel länger in der Schule zu halten, als das dann geschieht.

(Abg. Brechtken SPD: Sie werden sich wundern! In zehn Jahren werden Sie durch die pädagogischen Probleme überrollt werden, die wir in der Gesellschaft haben werden!)

Allerletzter Satz – auch das finde ich erstaunlich –: Mitte September beginnt das Schuljahr. Es gibt Leute in unserem Land, die seit Monaten wissen, dass das gar nicht klappen kann.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Schulen zum Beispiel! – Abg. Schmiedel SPD: Die Schulleiter! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Alle SPD-orientierten Schulleiter, die anderen nicht!)

Seit Monaten laufen Sie durchs Land und erklären: „Mogelpackung“, „gescheitert“, „kann überhaupt nicht klappen“. Es wird zum neuen Schuljahr klappen. Es wird eine wichtige Weiche gestellt.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die Eltern werden das spüren, und die Kinder werden es spüren. Es ist ein zusätzliches attraktives Angebot. Nach dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ und nach der geplanten Fremdsprache sind wir in den Jahren dieser Legislaturperiode gerade bei der Entwicklung der Grundschule einen ganz entscheidenden Schritt vorangekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein Schrittchen!)

Das bestätigt übrigens selbst der Arbeitskreis Grundschule, ein Bundesverband, der bekanntlich nicht unbedingt eine CDU-Veranstaltung ist.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Aber die wollen auch eine Halbtagsgrundschule!)

Die Grundschule in unserem Land ist pädagogisch weit entwickelt. Kinder in Baden-Württemberg sind in unseren Grundschulen gut aufgehoben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Ach ja!)

Stelly. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Meine Damen und Herren! Frau Schavan, ich muss Ihnen bescheinigen, Sie sind eine Meisterin

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Das ist richtig!)

im Verdrehen der Fakten.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Rau CDU: Das sagt der, der vom Schulgeld redet! Das ist ja allerschand! – Gegenrufe von der SPD)

Die mir verbleibende Redezeit erlaubt mir nicht, all das zu widerlegen, was Sie hier dargestellt haben. Ich will es aber an ein paar Punkten deutlich machen.

Überall, wo wir unseren Gesetzentwurf vorgestellt haben, insbesondere bei den Kommunen, haben wir breite Zustimmung erfahren. Da können Sie doch nicht so tun, als gäbe es keine Zustimmung.

Fakt ist auch, dass nach Ihrem Modell die Familien bezahlen müssen. Das, was Sie als Verlässlichkeit verkaufen wollen, zahlen die Familien, zahlen die Eltern. Das ist Fakt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist schon ein bisschen arg plump.

Übrigens erstaunt mich eines: Ich meinte immer, Sie argumentierten auch erziehungswissenschaftlich. Davon habe ich heute leider nichts gehört.

(Abg. Rapp REP: Wen meinen Sie?)

Ich habe immer gemeint, Sie wären da ein bisschen offener. Aber im Grunde genommen geht es darum: Das Geld, das notwendig ist, um das zu machen, was in anderen Bundesländern läuft, müssten Sie eigentlich bekommen. Aber da können Sie sich gegen Ihren Finanzminister und gegen die CDU-Fraktion nicht durchsetzen. Das ist Fakt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ministerin Dr. Annette Schavan: Das müssen Sie mir sagen!)

Wenn wir allein die Unterrichtszeiten, die die Bayern haben, in Baden-Württemberg einführen wollten, müssten unsere Kinder in der Grundschulzeit zehn Wochenstunden mehr bekommen. Genau das wird hier nicht umgesetzt. Ich denke, Sie werden der Bayerischen Staatsregierung doch nicht vorhalten wollen, dass sie die Kinder ihren Eltern entreißt. So weit würden Sie doch nicht gehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Seit wann ist Bayern für Sie ein Modell?)

Im Grunde genommen haben Sie nicht kapiert – und das finde ich bedauerlich –, auch Sie nicht, Frau Berroth, dass wir eine andere pädagogische Schule wollen. Wir haben andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

(Zurufe von der CDU)

– Ihr Geschrei bestätigt mich.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich bitte, den Redner reden zu lassen. Seine Redezeit ist ohnehin gleich abgelaufen.

Abg. Zeller SPD: An Ihrer Stelle, Herr Hofer, wäre ich ein bisschen vorsichtiger. Sie mögen zwar Bürgermeister sein, aber ob Sie von Pädagogik etwas verstehen, wage ich zu bezweifeln.

(Unruhe)

Das Problem ist, dass Sie im Grunde nicht kapieren, dass wir Schule in eine pädagogische Richtung weiterentwickeln müssen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich eben verändert haben, Rechnung tragen müssen.

Deswegen sind solche Sätze, wie sie gefallen sind: totale Verschulung usw., absoluter Blödsinn, weil Sie nichts kapieren haben.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit aufmerksam machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Abg. Zeller SPD: Die Auseinandersetzung über diese Fakten tut Ihnen offensichtlich weh.

(Lachen bei der CDU)

Herr Präsident, ich will noch kurz zwei Bemerkungen machen, und wir werden im Ausschuss dann näher darauf eingehen.

Die Berechnungen, die Sie, Frau Schavan, angestellt haben, ebenso wie Herr König, mit dem Sie da eine seltsame Koalition eingegangen sind – das spricht für sich –, stimmen hinten und vorne nicht.

(Abg. König REP: Die sind von mir geprüft! Die stimmen!)

– Ich werde das in der Beratung im Schulausschuss aufschlüsseln.

(Abg. Deuschle REP: Schriftlich!)

Zweiter Punkt: Fakt ist, dass Sie in Ihrer Pressemitteilung gesagt haben, dass Sie erst im Schuljahr 2007/2008 den Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen flächendeckend einführen wollen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist zu lang!)

Das steht in Ihrer eigenen Pressemitteilung.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: 2004/2005!)

Damit wollen wir uns nicht begnügen. Wir wollen diesen Fremdsprachenunterricht möglichst schnell einführen. Das Konzept, ihn ab der dritten Klasse einzuführen, ist wesentlich realistischer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich muss Sie jetzt aber wirklich bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit um drei Minuten überschritten.

Das Wort hat Herr Abg. Rau.

(Abg. Zeller SPD: Er hat doch gar keine Redezeit mehr!)

Abg. Rau CDU: Ich habe Redezeit. Ich teile mir meine Redezeit selber ein. Dazu brauche ich Sie nicht, Herr Zeller.

(Abg. Brechtken SPD: Normalerweise brauchen Sie aber den Präsidenten dazu!)

– Er hat mir das Wort erteilt.

Solche Argumente, wie Sie sie vortragen, können nicht unwidersprochen bleiben. Ich habe Ihnen vorhin schon vorgehalten: Es ist ganz offensichtlich, dass das, was hier abläuft, Teil einer Wahlkampfkampagne ist.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Natürlich!)

Mit sinnvoller Bildungspolitik hat das nichts mehr zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei bleibe ich.

Herr Zeller erzählt, er habe bei den Kommunen breite Zustimmung für den Gesetzentwurf, den er zum zweiten Mal vorlegt, gefunden. Dann legen Sie uns das doch bitte einmal vor.

(Abg. Schmiedel SPD: Im Ausschuss!)

Ich kenne nur die Schreiben vom Städtetag und vom Gemeindetag, die das Modell, das mit dem Land Baden-Württemberg verabredet ist, unterstützen.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Genau das spiegelt sich in zahlreichen Beschlüssen der Kommunen in den letzten Wochen und Monaten wider. Diese Legende wird im September zu Ende sein, wenn klar ist, wie viele Gruppen es geben wird.

Heute Morgen waren Vertreter des Schulamts Freudenstadt hier. Sie haben berichtet, dass von 79 Grundschulen im ländlichen Raum 63 verlässliche Grundschulen mit Betreuungsgruppen sind – eine Riesenzunahme, eine Riesenzustimmung. Ich schließe daraus, dass das im ganzen Land so sein wird.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Lassen Sie endlich die Behauptung, die Familien würden für die Verlässlichkeit der Schule bezahlen!

(Abg. Schmiedel SPD: Aber natürlich! Genau so ist es!)

Das hat verleumderischen Charakter. Die Familien bezahlen, wenn sie Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Also!)

(Rau)

Schule ist schulgeldfrei in Baden-Württemberg. Kein Mensch hat vor, daran zu rühren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Etikettenschwindel!)

Alles andere ist billiges Wahlkampfgeklingel.

Wenn Sie hier davon reden, Sie wollten eine andere Schule, dann zeigt das wenigstens deutlich, wohin es gehen soll.

(Abg. Schmiedel SPD: So gut wie die Bayern!)

Sie wollen einen Hebel haben, um eine gute Schule, die sich ständig in der Entwicklung befindet,

(Abg. Schmiedel SPD: So gut wie die Bayern!)

in etwas anderes zu verdrehen,

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, wie die Bayern!)

bei dem man Betreuung und Unterricht nicht mehr unterscheiden kann, bei dem gefuscht wird, bei dem die Kinder um ihr Recht auf Unterricht betrogen werden. So spielt sich das in den Bundesländern, auf die Sie abheben, doch ab.

(Abg. Schmiedel SPD: So wie die Bayern!)

– Herr Schmiedel, können Sie etwas anderes, als drei Worte zu wiederholen? Anscheinend nicht.

(Heiterkeit – Abg. Schmiedel SPD: Wie die Bayern!)

Meine Damen und Herren, wir stellen uns unseren Aufgaben bezüglich der Grundschule. Wir haben – das zeigt mir diese Debatte deutlich – einen wichtigen und richtigen Schritt für die Familien in diesem Land getan, einen Schritt, den wir brauchen, um Schule und Familie enger zu vernetzen – im Interesse unserer Kinder und im Interesse ihrer Eltern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Ministerin Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten Äußerungen von Herrn Zeller kann man so nicht stehen lassen. Deshalb wiederhole ich drei Punkte:

Erstens: Für Verlässlichkeit in der Grundschule zahlt in diesem Land niemand.

(Zurufe von der SPD: Doch! – Abg. Zeller SPD: Sie sind Schlusslicht!)

Dafür stehen mehr Lehrer und Lehrerinnen zur Verfügung, dafür gibt es neue Strukturen, dafür gibt es mehr Vormittagsunterricht, Unterricht, der bislang am Nachmittag stattfand.

(Abg. Zeller SPD: Baden-Württemberg ist Schlusslicht!)

Zweitens: Für Betreuung an Grundschulen in Baden-Württemberg, die es zum nächsten Schuljahr an überwältigend vielen Schulen gibt, zahlen Eltern künftig weniger als in der Vergangenheit.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist nicht überall so!)

– An manchen Schulen zahlen die Eltern gar nichts.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wintruff: An manchen mehr!)

– Nirgends zahlen sie mehr.

Drittens: Kommunen, die Betreuungsangebote unterbreiten – das sind enorm viele – –

Stellv. Präsident Weiser: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass das Konzept in Wiesloch vorsieht, dass für die Betreuung zwölfmal 139 DM und für die Ferienbetreuung pro Monat noch einmal 79 DM zu zahlen sind? Dies sind zusammen 218 DM. Warum wirken Sie darauf nicht ein? Das ist doch unsozial, oder finden Sie das nicht?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Wintruff, es gibt keine Gemeinde – das gilt auch für Wiesloch –, in der die Kosten künftig höher sind als in der Vergangenheit.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Wohl aber gibt es Gemeinden, die gegenüber der Vergangenheit Angebote ausweiten.

Es gibt im Übrigen in dieser Gesellschaft nicht einen einzigen Bereich der Betreuung von Kindern – nicht einen einzigen! –, der so kostengünstig erfolgt wie die Betreuung von Grundschulkindern nach der Schule.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer: Das ist ja vollkommen daneben!)

Letzter Punkt: Über die Frage der Erziehungswissenschaften werden wir noch öfter streiten, Herr Zeller.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist ja vollkommen daneben!)

Sie versuchen eine Schwarz-Weiß-Erziehungswissenschaft, die auch schon 20 Jahre alt ist.

(Abg. Zeller SPD: Nein, nein!)

Sie ist lange vorbei. In der Erziehungswissenschaft ist längst erkannt und in den OECD-Staaten wird auch längst diskutiert, dass die These der Siebzigerjahre, die Qualität von Bildung sei umso stärker, je mehr Unterricht und je mehr Fächer es gebe, je länger die Schul- und Unterrichtszeit sei, eine Legende war.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Darum geht es doch gar nicht!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Da kann Bayern noch so viele Unterrichtsstunden haben: Das ist in diesem Zusammenhang überhaupt kein Argument, lieber Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Auch wenn Sie es ungewöhnlich finden: Auch in Hamburg gibt es mehr Unterrichtsstunden. In vielen anderen Ländern gibt es genauso viele wie bei uns. Wer heute in eine Grundschule geht, weiß – ich sage es noch einmal –: Die pädagogische Entwicklung ist weit vorangeschritten. Sie setzt nicht auf mehr Unterricht, sondern auf veränderte didaktische Konzepte. Sie setzt auf Konzentration,

(Abg. Rau CDU: Das muss man dem Schmiedel erklären!)

und sie setzt – das ist schon wahr und ist in das neue Strukturmodell ebenfalls einbezogen – auf Spielräume für Lehrer und Schüler, durch die sie mehr zusammen sein können.

(Abg. Schmiedel SPD: Mehr Zeit! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Jawohl. Und deshalb wird es gemacht, und deshalb ist es möglich. Es wird umso eher möglich werden, wenn die Fremdsprache eingeführt ist, Herr Zeller.

Wenn Sie das Jahr 2007 nennen, dann wissen Sie so gut wie ich – jetzt hören Sie mir zu –, dass damit der Zeitpunkt gemeint ist, ab dem der Fremdsprachenunterricht in allen vier Grundschulklassen eingeführt sein wird. Sie wissen, dass im Jahr 2004 alle 2 500 Grundschulen in Baden-Württemberg ab Klasse 1 Fremdsprachenunterricht haben werden. Bitte keine neue Legende. Das sind die Tatsachen; das wissen Sie.

Wenn wir uns in diesem Haus darauf einigen könnten, die Tatsachen gemeinsam zu vertreten, kämen wir auch in der Deutung der Tatsachen ein bisschen weiter.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe eine Pressemitteilung zitiert! Von Ihnen!)

– Die Pressemitteilung besagt, dass bis zum Jahr 2007 in den Klassen 1 bis 4 Englisch- oder Französischunterricht stattfindet. Die Pressemitteilung besagt auch, dass im Jahr 2004 die Fremdsprache in Klasse 1 flächendeckend eingeführt sein wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Dafür rühmen Sie sich? – Abg. Zeller SPD: Das ist ja unglaublich!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Abg. Brechtken SPD: Seit wann stimmen wir darüber förmlich ab? Das ist was ganz Neues! Da muss man ja richtig aufpassen!)

Vielen Dank. Das war in jedem Fall die Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 12/5236

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5318

Berichterstatter: Abg. Wintruff

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Wintruff SPD: Nein, er wünscht es nicht!)

– Er wünscht es nicht. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Das Wort hat Frau Abg. Vossschulthe.

Abg. Christa Vossschulthe CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kommen zum zweiten Teil der Legendenbildung, denn es geht gleich weiter mit Legenden, die von der SPD in Umlauf gebracht werden.

Ich habe schon bei der Ersten Beratung darauf hingewiesen, dass Jugendliche in der Regel nicht unbedingt den Idealvorstellungen von Bildungspolitikern entsprechen, sondern eine – im Übrigen sehr gesunde – Neigung haben, sich dem kontinuierlichen Wissenserwerb gelegentlich auch zu entziehen und zu verweigern

(Abg. Rech CDU: Sehr vornehm ausgedrückt! – Abg. Brechtken SPD: Das soll sogar für Politiker gelten!)

und den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Das ist überhaupt kein Vorwurf. Das ist normal, und ich finde das so auch ganz in Ordnung. Wenn wir alle einen Blick zurück in unsere eigene Jugendzeit werfen,

(Abg. Rech CDU: Lieber nicht! Lieber nicht!)

werden wir wohl feststellen, dass sich dieses Verhalten nicht so maßlos von dem unsrigen unterscheidet. Vielleicht war das bei Ihnen anders, Herr Kollege Brechtken.

(Abg. Brechtken SPD: Ich hatte halt das Glück, eine bessere Lehrerin zu haben!)

– Möglich.

(Abg. Schmiedel SPD: Blattschuss!)

Mir ist das lieber, als wenn die Jugend mit 16 Jahren kalt und rational ihre Zukunft plant und schon genau weiß, welchen Bildungsweg sie wie, wann und wo einschlagen wird. Ich denke, ein bisschen Freiheit muss der Jugend auch in

(Christa Vosschulte)

dieser Hinsicht gewährt werden. Ebenso verständlich finde ich es, dass sie sich einen ganz anderen Bildungsplan wünscht, am liebsten einen recht unverbindlichen. Das kommt Ihnen natürlich entgegen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Alles Unterstellungen!)

Auch das ist kein Vorwurf, denn die Jugendlichen entscheiden in erster Linie emotional, und auch das ist gut so.

Daraus folgt aber, dass die Fachleute den Kanon der zu absolvierenden Fächer in aller Sorgfalt planen und verbindlich festlegen müssen. Die Wahlfreiheit darf nur marginale Unterschiede bei der Ausbildung zulassen und keine bei den grundlegenden Fragen der Bildung. Auch unsere Oberstufenschüler müssen sich innerhalb bestimmter Grenzen ausbilden lassen nach bestem Wissen und Gewissen der Experten, wie das in jedem außerschulischen Bildungsgang auch der Fall ist, zumal sie diese Bildung und Ausbildung nicht auf eigene Kosten genießen, sondern auf Kosten der Gesellschaft, und zumal sie zum Abschluss ein Zeugnis haben wollen, das ihnen die Hochschulreife bestätigt.

Die Millionen Mark, die Studienabbrecher und überlange Studienzeiten kosten, hätten wir besser für Lehrerversorgung und Ausstattung der Schulen und Hochschulen eingesetzt.

Meine Damen und Herren, die Oberstufe hat nicht gehalten, was sie einst versprochen hat. Das System hat zu viele Schlupflöcher, die die Schüler schnell herausgefunden haben und mit Recht auch ausnützen, wenn das System es zulässt. Auch das ist kein Vorwurf. Das ist allenfalls ein Vorwurf an uns, dass wir nicht schon längst reagiert haben, um die Qualität der Ausbildung am Gymnasium sicherzustellen.

Das soll nun nach langem Kampf in der KMK geschehen. Die CDU-Fraktion ist froh, dass allmählich wieder Standards gesetzt werden und das Niveau gesteigert wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Muss das aber schlecht gewesen sein!)

Die Abschaffung der Differenzierung von Grund- und Leistungskursen zielt darauf hin, den Fächern, die für die Studierfähigkeit und die Allgemeinbildung einen besonderen Stellenwert haben, wieder das nötige Gewicht zu geben und sie für alle verbindlich zu machen. Ein Abiturient darf in diesen Fächern keine Schmalspurausbildung erhalten. Welches Land leistet es sich, in seiner Muttersprache einen so genannten Grundkurs bis zum Abitur zu führen? Das ist aberwitzig.

Deshalb denke ich auch, dass die Doppelgewichtung zweier der fünf verbindlichen Fächer erst im Nachhinein geschehen sollte. Dies ist ein Leistungsanreiz für die Schüler und beugt der Gefahr vor, dass bereits wieder vorab von den Schülern Gewichtungen vorgenommen werden.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Aha! – Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen:
Eine Änderung gegenüber der Regierung, aha!)

Die Oberstufenreform dient der Qualitätssicherung des Abiturs. Wir tun gut daran, diese Qualitätssicherung ernst zu nehmen, denn es kann nicht mehr sehr lange dauern, bis die Hochschulen bei solchen Standards, die sie geliefert bekommen, ernsthaft über eine Hochschuleingangsprüfung nachzudenken beginnen. Ich glaube, das sollten wir vermeiden.

Noch ein Wort zu den Lehrplänen und den Inhalten. Dabei beziehe ich mich auf das gesamte Gymnasium. Die SPD sagt: Viel zu wenig fächerübergreifendes Unterrichten, viel zu viel Faktenwissen. Meine Damen und Herren, solides Grund- und Faktenwissen ist notwendig. Wenn Oberstufenschüler Alexander den Großen zum deutschen Kaiser des Mittelalters machen, dann frage ich mich, ob sie zu viel an Faktenwissen erhalten haben oder zu wenig.

(Abg. Rech CDU: War der das nicht? Die halten den Maurer auch für einen Politiker!)

Faktenwissen ist notwendig, um die Orientierung in den einzelnen Fächern zu erhalten. Diese wiederum ist notwendig, um Einsicht in die Zusammenhänge zu bekommen, und dies wiederum ist notwendig, um fächerübergreifend arbeiten zu können. Die Reihenfolge kann man nicht gut umstellen.

Solides Grundwissen ist auch für das Internet nötig; denn es geht darum, dass die Schüler lernen, aus dem Internet die 90 % Schrott herauszufiltern und zu bewerten, was von Wert ist und was nichts wert ist. In dieser Richtung werden auch neue Unterrichtsmethoden angemahnt wie Teamarbeit, selbstständiges Arbeiten. Das ist sicher richtig und auch notwendig, aber dabei muss beachtet werden, dass diese Methoden nur Ergänzung und niemals grundlegendes Unterrichtsprinzip sein können.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Was ist das Grundlegende?)

– Das Grundlegende ist das Lernen und das Erwerben von Wissen, und zwar durch solides Lernen.

Die SPD verlangt neue Schwerpunkte in der Kommunikations- und Informationstechnik, in der Wirtschaft und der Technik, Einbeziehung der Berufs- und Lebenswelt, Lernortvielfalt. Mit der so dringend notwendigen historischen Dimension der schulischen Inhalte will sie wohl nichts mehr zu tun haben. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass dies im notwendigen Maße bei den neuen Lehrplänen berücksichtigt wird und dass nicht kurzfristige Denkweisen und kurzlebige Modeerscheinungen die solide Aneignung von Wissen ersetzen. Die Struktur dafür haben wir geschaffen. Es geht jetzt darum, sie mit Inhalten zu füllen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wer hat Ihnen eigentlich die Rede geschrieben?)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Vosschulte, ich weiß nicht, von welcher Schule Sie gerade gesprochen haben. Ich habe den Eindruck, dass Sie ein Horrorbild von den Gymnasien verinnerlicht haben.

(Abg. König REP: Ich habe es gleich verstanden!)

(Zeller)

Wir können uns gern mit dem Wissensbegriff auseinander setzen. Es ist ja sehr interessant, dass Sie den Wissensbegriff so in den Vordergrund gestellt haben.

(Abg. Christa Voss schul te CDU: Weil er bei Ihnen in den Hintergrund getreten ist!)

Ich will Ihnen etwas vortragen. Erst kürzlich hat Bundespräsident Rau Folgendes gesagt – ich zitiere; Sie sollten das einfach einmal aufnehmen und sich darüber Gedanken machen –:

Bildung ist auch etwas anderes als Wissen.

(Abg. Christa Voss schul te CDU: Wissen steht am Anfang!)

Wissen lässt sich büffeln, aber Begreifen braucht Zeit und Erfahrung. Was hül fen uns denn Wissensriesen, wenn sie die Gemü ter von Zwergen hätten? So hat Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, einmal zu Recht gefragt.

Frau Kollegin, es geht darum, selbstständig und frei denken zu lernen. Darum geht es nach wie vor.

Wer nicht denken gelernt hat,

– so Rau –

der kann diesen Mangel durch noch so viele Informationen nicht ersetzen, auch nicht durch modernste technische Hilfsmittel. Denken und Verstehen, das hat zu tun mit dem ganzen Menschen, mit Leib und Seele, mit Herz und Verstand.

Ich empfehle Ihnen, die Rede einmal nachzulesen, damit Sie kapieren, um was es geht.

Was hier geplant ist, ist ein eindeutiger Rückschritt, der im Grunde genommen das bewährte Kurswahl system abschafft und zum Klassenprinzip zurückkehrt.

(Abg. Christa Voss schul te CDU: Das haben wir von Ihnen schon zwanzigmal gehört! Das ist nichts Neues!)

Ich finde es übrigens interessant, dass Sie eben in Ihrer Rede eingeräumt haben, dass in der Tat die Wahlmöglichkeiten reduziert werden. Das wurde bisher immer bestritten.

(Abg. Christa Voss schul te CDU: Nein!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Voss schul te?

Abg. Zeller SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Christa Voss schul te CDU: Herr Kollege Zeller, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich gesagt habe?: Drei Unterrichtsfächer werden für alle verpflichtend, nämlich Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache. Ich habe nicht von der Einschränkung der Wahlmöglichkeiten gesprochen, sondern davon, dass die Differenzierung zwischen Grund- und Leistungskursen abgeschafft wird.

(Beifall des Abg. Dr. Steim CDU)

Abg. Zeller SPD: Schauen Sie, genau die Verpflichtung zu diesen drei Fächern haben wir ja schon heute. Das wird doch gar nicht bestritten. Es geht nur darum, dass Sie die Differenzierung in Grund- und Leistungskurse abschaffen wollen. Deswegen sage ich Ihnen noch einmal: Es gibt andere Meinungen.

(Auf der Zuhörertribüne wird ein Transparent gezeigt: „3 640 Unterschriften – SSV“)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, das Transparent auf der Tribüne zu entfernen. Es ist nicht zulässig, von der Tribüne aus Zustimmung- oder Ablehnungsbekundungen abzugeben.

(Ein Saaldiener entfernt das Transparent.)

– Nein, die sollen es selber entfernen, sie haben es auch selber angebracht.

(Heiterkeit – Abg. Schmiedel SPD: Deutliches Signal!)

Herr Abgeordneter, machen Sie bitte weiter.

Abg. Zeller SPD: Meine Damen und Herren, Sie verschweigen, dass es gegen Ihren Gesetzentwurf erhebliche Widerstände, nicht nur von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von Eltern und Lehrern gibt. Erst gestern habe ich übrigens eine Liste mit Unterschriften von Leuten bekommen, die sich gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen haben. Und wir haben auch im Schulausschuss über Unterschriftenlisten diskutiert. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde es zum Teil schon schäbig, wie Sie mit jungen Menschen umgehen, die ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben, die Sie quasi sozusagen niedermachen.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Einen Satz aus dieser Resolution will ich einmal gerne vortragen. Ich bin gespannt, ob Sie mir da zustimmen:

Bildung wird nicht durch die Zahl der Prüfungen verbessert, sondern durch die Qualität des Unterrichts. Hier stehen allerdings Verbesserungen aus, zum Beispiel die Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer, um zu verhindern, dass die Klassen größer werden und der Stundenausfall zunimmt.

Das sind die Fakten. Das ist die Tatsache. Da anzusetzen wäre viel wirkungsvoller, um ein Gymnasium zu reformieren.

(Beifall bei der SPD und auf der Zuhörertribüne)

Stellv. Präsident Weiser: Ich muss noch einmal darauf aufmerksam machen, dass auf der Tribüne weder Beifallskundgebungen noch Missfallenskundgebungen zulässig sind. Wenn Sie sich jetzt nicht daran halten, muss ich die Tribüne zum Teil räumen lassen.

Abg. Zeller SPD: Meine Damen und Herren, es wäre besser gewesen, wir hätten eine Reform des Gymnasiums ab der fünften Klasse gemacht, wir hätten mit den Inhalten, mit dem, was unsere jungen Menschen heute brauchen, begonnen, wir hätten die Lehrpläne entsprechend weiterent-

(Zeller)

wickelt und erst in der Folge die entsprechenden Strukturen verändert. Ich finde es bedauerlich, dass dieser Schritt nicht gemacht wurde, dass Sie sozusagen vom Ende her kommen, anstatt das Gymnasium von Grund auf zu reformieren.

Deswegen sage ich Ihnen klar und deutlich: Wichtig ist, dass wir an unseren Schulen, an den Gymnasien die Unterrichtsqualität verbessern, dass wir mehr junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen und dass wir auch das Seminarfach – das haben Sie durchaus gut und sinnvoll gemacht, Frau Schavan, das will ich auch einräumen – flächendeckend ausbauen. Ich sage Ihnen: Lassen Sie das jetzige Kurswahlsystem. Wir wollen es beibehalten. Sie scheren im Grunde genommen aus. Sie wollen etwas Sinnvolles abschaffen, was in anderen Bundesländern erfolgreich ist. Baden-Württemberg wird damit das einzige Bundesland, das in der Oberstufe im Grunde genommen ein anderes System erhält. Ich sage Ihnen jetzt schon, dass dies nicht zum Vorteil unserer jungen Menschen sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung hat einen Entwurf zur Neuregelung der gymnasialen Oberstufe vorgelegt. Darin geht es um die Strukturen der zukünftigen Oberstufe, noch nicht um die Inhalte. Ich will mich in meinem Beitrag auf diese Strukturen beschränken.

Wir Grünen haben große Bedenken, ob dieser Entwurf tatsächlich auch jene Ziele erreicht, die er verspricht. Wir fordern daher, dass dieses Modell nicht gleich flächendeckend umgesetzt wird, sondern dass zunächst eine Erprobung in der Praxis stattfindet. In dieser Erprobungsphase sollen dann auch andere Modelle, die ja vorliegen, zum Zuge kommen. Unsere Kritik will ich hier auf drei Punkte beschränken.

Erster Punkt: Stärkung der Allgemeinbildung. Die Landesregierung – Frau Vosschulte hat es ja auch gesagt – will mit dieser Reform die Allgemeinbildung stärken. Sie setzt dabei auf für alle verbindliche vierstündige Pflichtkurse in Deutsch, Mathematik und Fremdsprache. Es klingt zunächst beeindruckend, Frau Vosschulte, wie Sie das darstellen, aber in der Praxis haben wir diesen Zustand faktisch doch fast schon erreicht: Jeder Oberstufenschüler muss in diesen drei Fächern jeweils mindestens einen dreistündigen Kurs belegen. Wenn jetzt noch eine Stunde dazukommt, ist dies vielleicht eine kleine Änderung, aber nicht der qualitative Sprung, mit dem Sie diese Reform immer verkaufen. Auf der anderen Seite schaffen Sie auf diese Weise die Leistungskurse ab, in denen derzeit sehr gute Arbeit geleistet wird. Dies schadet insgesamt der Schule.

Zweiter Punkt: Probleme der Leistungsbewertung. Jeder Schüler, jede Schülerin soll künftig zwei Fächer wählen, die als Leistungskurse gewertet und dann im Abitur doppelt angerechnet werden. In der Praxis sind hier Konflikte vorprogrammiert. Zum Beispiel werden in den Deutschkursen zukünftig zweierlei Schülerinnen und Schüler sitzen, nämlich diejenigen, die ihre Leistung normal abrechnen,

und diejenigen, die die gleiche Leistung mit der doppelten Punktzahl im Abitur einbringen können. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird damit auf den Kopf gestellt. Ich sage Ihnen voraus, dass dies noch zu massiven Problemen führen wird. Ich habe sehr aufmerksam gehört, Frau Vosschulte, dass Sie selbst an diesem Punkt des Entwurfs der Landesregierung Kritik üben und Änderungen verlangen. Darüber werden wir sicherlich noch genauer sprechen müssen.

Dritter Punkt: fächerübergreifender Unterricht. In den vergangenen Debatten wurde von der Ministerin immer wieder betont, Voraussetzung für mehr fächerübergreifenden Unterricht seien gleiche Lerngruppen in verschiedenen Fächern und deshalb müsse die Reform kommen. Also konkret: Ein fächerübergreifender Unterricht in Geschichte und Englisch ist eben nur dann möglich, wenn in den beiden Kursen die gleichen Schülerinnen und Schüler sitzen. Schauen wir uns unter diesem Aspekt aber einmal die konkrete Struktur der Reform an, so stellen wir fest, dass sie diesem Anspruch nicht gerecht wird. Lediglich in den Fächern Deutsch und Mathematik werden wir gleiche Gruppen haben, in allen anderen Kombinationen sind unterschiedliche Schülergruppen möglich. Bedeutet das jetzt, dass fächerübergreifender Unterricht nur in Deutsch und Mathematik stattfinden soll? Trotz langjähriger Schulpraxis fallen mir dazu keine gescheiterten Themen ein.

Auch Goethe hat zwar zu fast allem, auch zu naturwissenschaftlichen Themen, etwas Entscheidendes gesagt. Aber gerade durch mathematische Beiträge ist er nicht hervorgetreten.

Das Fazit also: Dieses Reformmodell wird den fächerübergreifenden Unterricht nicht stärken.

In der Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport hat die Ministerin dies erkannt und umgekehrt argumentiert: Gerade weil die Schülerinnen und Schüler eines Kurses viele andere Kurse besuchten, brächten sie aus diesen vielen anderen Kursen auch unterschiedliche Aspekte ein. Damit sei der fächerübergreifende Aspekt gewährleistet, und daher sei es positiv, dass es jetzt Kernfächer mit vier Stunden gebe, weil man jetzt ordentlich Zeit habe. Wenn man dieses Argument aber ernst nimmt, Frau Vosschulte, drängt sich für mich sofort die Frage auf: Warum schaffen wir denn dann die Leistungskurse ab? Dort hatten wir ja noch bessere Verhältnisse für fächerübergreifenden Unterricht. Sie waren fünfständig, und darin saßen auch Schülerinnen und Schüler, die aus allen anderen Bereichen etwas beitragen konnten. Insgesamt ist also ein Rückschritt in puncto fächerübergreifenden Unterrichts zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, die Leistungskurse sind ein positives Element der heutigen Oberstufe. Die Schwierigkeiten liegen dagegen in den Grundkursen und auch in vielen anderen Bereichen, die die Schule bislang nicht beeinflusst. Teilweise arbeiten die Schüler nebenher, teilweise haben sie andere Aufgaben und andere Interessen. Das allein mit einer Strukturreform und einer zusätzlichen Deutschstunde in den Griff bekommen zu wollen, ist irgendwie blauäugig.

Neben dem Ansatz der Landesregierung gibt es auch viele andere Vorschläge, wie man das Problem mit dem Grundkursunterricht in den Griff bekommen könnte. Ich nenne

(Dr. Witzel)

hier nur als Beispiel die Profileroberstufe. Aus Zeitgründen kann ich das leider jetzt nicht mehr ausführen. Auch der Landesschülerbeirat hat ja ein Konzept vorgelegt.

Meine Frage ist: Warum nehmen wir uns nicht die Zeit, diese verschiedenen Konzepte für unterschiedliche Formen der reformierten Oberstufe tatsächlich einem Praxistest auszusetzen und uns dann hinterher für das Beste zu entscheiden?

Bekanntlich war es ja in den Siebzigerjahren, als die reformierte Oberstufe erstmals eingeführt wurde, auch so, dass sie nicht in einem Hauruckverfahren umgesetzt wurde. Damals ging vielmehr der Einführung auch eine mehrjährige Erprobung voraus.

(Abg. Christa Vosserschulte CDU: Das war etwas völlig anderes!)

Das sollten wir jetzt auch tun, damit wir für unsere Schülerinnen und Schüler wirklich das Beste bekommen.

Meine Damen und Herren, ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir wollen keine sofortige flächendeckende Einführung des Modells der Landesregierung, sondern einen zusätzlichen Praxistest dieses Modells und anderer Modelle. Und danach sollten wir uns für das Beste entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die mit dieser Änderung des Schulgesetzes zu beschließende veränderte Struktur der Stundentafel für die Oberstufe des Gymnasiums stellt letztlich den kleineren Teil der grundsätzlich von niemandem bestrittenen Notwendigkeit einer Reform des gymnasialen Bildungsganges dar.

Das Gesamtpaket haben wir als Basis unserer Zustimmung mit der Kultusministerin ausführlich besprochen.

Ich halte die veränderte Struktur im Übrigen für weitaus nicht so gravierend, wie dies von mancher Seite dargestellt wird. Das System der Grund- und Leistungskurse wird durch umfangreichere Wahlmöglichkeiten beim Profil- und Neigungsfach abgelöst.

Ich habe in der Diskussion sehr früh mit einem Schulpraktiker gesprochen. Der hat mir ganz klar gesagt: Welche Stundenstruktur ich habe, ist mir egal. Um eine gute Schule zu haben, sind andere Dinge notwendig. Hierauf will ich jetzt Wert legen.

Von Beginn der Diskussion an haben wir darauf hingewiesen, dass es mit der Reform der Oberstufe allein nicht getan ist. Selbstverantwortliches und eigenständiges Lernen muss zum Beispiel eigentlich spätestens ab der dritten Grundschulklasse, auf jeden Fall jedoch ab der Sekundarstufe I geübt werden. Auch die aktive und passive Einbeziehung der Neuen Medien in den Unterricht praktisch aller Fächer und die Vermittlung von Kenntnissen in den Be-

reichen Wirtschaft, Verwaltung und Recht sollte über die gesamte Gymnasialzeit verteilt sein. Die stärkere Berücksichtigung des Seminarfachs und von Informatik als Spezialfach in der Oberstufe haben wir bereits bei der Ersten Beratung erörtert.

Übrigens gilt hier für die Informatik wie auch für andere so genannte Orchideenfächer: Sie werden überall da gedeihen, wo ein guter Orchideenstandort ist, wo Licht und Boden stimmen, das heißt die geeigneten Lehrkräfte vorhanden sind.

Klar ist, dass in weiteren Schritten die Lehrpläne aller Klassenstufen nach denselben Kriterien überarbeitet werden müssen, die jetzt für den Oberstufenbildungsplan gelten: Konzentration, sprich Verringerung des verlangten Wissensstoffs, um damit Freiraum zu schaffen für anwendungsorientiertes Üben und für Lehrmethoden, die auch Punkte wie Teamfähigkeit und Sozialverhalten üben. Gegenseitige Abstimmung der verschiedenen Fachbereiche, um fächerübergreifendes Lernen zu fördern, und Ähnliches gehören ebenso dazu wie die Überlegung, wie eine Anpassung für ein generell achtjähriges Gymnasium möglich ist.

Ich fordere Sie, Frau Ministerin, hiermit noch einmal dringend auf, bei der endgültigen Festlegung des Bildungsplans, der ja eigentlich der wirklich maßgebliche Teil der Reform ist, besonders in Bezug auf das verlangte Mindestwissen hart bei Ihrer bereits bekannt gegebenen Marke 60 % vom Bisherigen zu bleiben.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: 50!)

Vielleicht kann bei der neuen Begehrlichkeit, die hierzu allerorten gehört wird, ja eine bei Haushaltsberatungen hier im Haus geübte Gepflogenheit helfen: Wer etwas neu dazubringen will, muss gleichzeitig einen Deckungsvorschlag machen, nämlich klarstellen, was stattdessen herausfallen kann.

Ganz besonderes Augenmerk muss auf die Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts gelegt werden, und hier geht es beileibe nicht nur um die dafür notwendigen Unterrichtsstunden.

Offensichtlich wecken wir mit den momentan üblichen Themen und Methoden nur selten das Interesse der Schüler an Naturwissenschaften. Ich rege an, hierzu im Ministerium eine besondere Arbeitsgruppe zu bilden und dazu auch reichlich Praktiker aus dem außerschulischen Leben sowie Eltern- und Schülervereine einzuladen – was bei Schulthemen eigentlich generell wichtig ist – und auch einmal Marktforschung darüber zu betreiben, wo man auf Interesse stößt und wie man das darbringen muss. Lassen Sie Schulversuche für ein N-Profil zu!

Dass die Einführung des Fremdsprachenunterrichts an unseren Grundschulen auch Konsequenzen für die weiterführenden Schulen hat, ist selbstverständlich. Es wäre gut, wenn die Überlegungen hierzu frühzeitig mit allen Betroffenen bearbeitet würden, damit keine falschen und unbegründeten Ängste entstehen. Ich persönlich hielte es für angebracht, wenn in der ersten Sekundarklasse zunächst die in der Grundschule begonnene Fremdsprache auf dem Ni-

(Heiderose Berroth)

veau der neuen Schulart gefestigt und erst ab Klasse 6 eine weitere Fremdsprache eingeführt würde. Aber hierzu werden die unterschiedlichen Positionen vor einer endgültigen Entscheidung gut abzuwägen sein.

Dass wir auf jeden Fall mehr bilingualen Unterricht brauchen, ist richtig. Das wird auch Stunden für andere Themen bringen.

Verschiedenste Befürchtungen geistern bezüglich der neuen festen Lerngruppen in Deutsch und Mathematik durchs Land. Der auf unseren Wunsch in die Begründung des Gesetzentwurfs aufgenommene Passus über die „Orientierung an den individuellen Leistungsvoraussetzungen“ gibt den Schulen Anstoß und pädagogischen Freiraum, diese Frage angemessen zu lösen.

Da bezüglich aller hier denkbaren Möglichkeiten von den verschiedensten Seiten Bedenken geäußert werden, wird sich die geeignetste Möglichkeit, so es denn überhaupt eine einzige gibt, einfach in der Praxis herauskristallisieren müssen. Frau Ministerin, bitte verlagern Sie die Festlegung, welche Fächer stärker gewichtet werden sollen, auf einen Zeitpunkt, zu dem die Schüler bereits erste Erfahrungen mit diesem Fach in der Oberstufe gemacht haben.

Wichtig wird es auf jeden Fall sein, dass diese Lerngruppen eine bestimmte Größe nicht überschreiten. Für uns ist ein Teiler von 23 die absolute Obergrenze, aber, meine Damen und Herren, hierüber wird letztlich der nächste Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden.

Das Gleiche gilt für die dringend notwendige Schaffung von ausreichender Weiterbildungskapazität für Lehrkräfte sowohl bezüglich der neuen Bildungspläne, vor allem aber bezüglich moderner Unterrichtsmethodik und Didaktik.

Ich komme zum Ende. Eine Einschubung einer weiteren Versuchsphase würde letztlich nur zu einer Verlängerung der bereits erwähnten Unsicherheiten und zu kontraproduktiven Spekulationen führen. Wir werden den entsprechenden Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Von der linken Seite hört man insbesondere von Herrn Zeller immer gebetsmühlenhaft dasselbe. Man könnte die Parole „von der linken Seite nichts Neues“ ausgeben.

Trotzdem will ich die Gelegenheit nutzen, jetzt bei der Zweiten Beratung noch einmal darauf hinzuweisen, worauf wir Republikaner bei der Oberstufenreform Wert legen. Das ist zum einen die Stärkung und auch die Stabilisierung der Qualität des Abiturs. Zweitens wollen wir, dass auch die Naturwissenschaften gestärkt werden, indem künftig in der Oberstufe zwei naturwissenschaftliche Fächer entweder zwei- oder gar vierstündig verpflichtend zu absolvieren sind.

Der dritte wesentliche Punkt, der relativ wenig zur Diskussion steht, ist die Rücknahme der verfrühten Spezialisierung. Ich habe schon in meinem Redebeitrag bei der Ersten

Beratung darauf hingewiesen, dass es in die Irre führt, bloß neigungs- und „lustbetonte“ Bildungswege zu eröffnen. Das geht in die Hosen, weil die Abnehmer im tertiären Bereich – das ist das Entscheidende – an den Absolventen eines Gymnasiums, der die Hochschulreife erworben hat, gewisse Erwartungen haben.

Frühzeitiges Spezialistentum führt hier in die Irre, weil nämlich die Universitäten, die Fachhochschulen, aber auch die Berufsakademien noch einmal genau in diese Richtung gehen. Sie können dies aber nicht allgemein voraussetzen, weil trotz früher Spezialisierung das Abitur eine allgemeine Hochschulreife attestiert und somit auch den Zugang zu vorher nicht speziell belegten Fächern eröffnet. Dies kann nicht sein.

Herr Kollege Zeller, Sie haben angeführt, dass der Landeschülerbeirat nicht zustimmen wolle. Wenn Sie mich früher als Schüler gefragt hätten, ob ich das Abitur in zwei oder in fünf Fächern machen wolle oder ob ich noch zusätzlich etwas tun wolle, hätte ich natürlich auch gesagt: Bloß nicht!

(Abg. Helga Solinger SPD: Das glaube ich sofort!)

Insofern müssen hier Vorgaben gemacht werden. Diese können zwar von den Betroffenen kommentiert werden, zu ihnen können eventuell auch Verbesserungsvorschläge eingebracht werden, aber auf die Entscheidungsfindung darf das keinen Einfluss nehmen. Das ist für uns ganz klar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn durch die heutige Abstimmung und Zustimmung die Zielrichtung feststeht, nämlich festgelegt ist, dass es künftig fünf Abiturprüfungsfächer gibt und Unterricht in zwei Naturwissenschaften sowie in den drei Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Fremdsprachen!)

verpflichtend wird, ist es dringend notwendig, die Lehrpläne daraufhin auszurichten. Es ist schade, dass wir erst heute Mittag die Entwürfe für die Lehrpläne der Kursstufe bekommen haben, sodass man nicht schon heute darauf eingehen kann. Ich werde diese Entwürfe sehr sorgfältig studieren, und wir werden in einer Debatte dazu natürlich unsere Meinung äußern.

Noch ein letztes Wort zum Seminarfach: Das Seminarfach halte ich grundsätzlich für etwas Gutes, aber ich möchte noch einmal auf die Gefahr hinweisen, dass eine solche besondere Lernleistung ganz schwer zu beurteilen ist. Wir wollen als Lehrer alle nicht, dass die Mutter oder der Vater oder der Opa den Aufsatz schreibt. Wenn wir erkennen, dass dies trotzdem der Fall war, wird der Aufsatz bei der Benotung nicht anerkannt.

Im IT-Zeitalter wird es immer schwieriger, geistigen Diebstahl aufzufindig zu machen, wenn sich also andere die Dinge überlegt und ausgedacht haben. Insofern wird es bei der vorgesehenen sehr hohen Gewichtung des Seminarfachs sehr schwierig sein, nicht anderer Arbeit bei einem Schüler in die Abiturleistung einzubeziehen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. König REP: Meine Damen und Herren, wir werden diesem Gesetzentwurf, wie ich bereits angekündigt habe, in allen Punkten und insgesamt zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch über dieses Thema ist in diesem hohen Hause schon mehrfach gesprochen worden. Ich habe bei diesen Gelegenheiten immer betont: Das, worüber wir sprechen, betrifft Strukturen, die Organisation von Bildung und Inhalte. Unsere Neuordnung der gymnasialen Oberstufe ist natürlich die Neuordnung eines Teils, das in ein Gesamtkonzept gehört.

Das Gesamtkonzept des Gymnasiums der Zukunft wird erstens davon geprägt sein, dass Kinder künftig schon vier Jahre lang eine Fremdsprache gelernt haben, wenn sie eine weiterführende Schule besuchen. Das heißt, das Lernen von Fremdsprachen in unseren Gymnasien wird sich in Zukunft deutlich verändern.

Zweitens: Der Schlüssel – darüber muss doch gar nicht gestritten werden – für alle Weiterentwicklung ist die Verständigung über Inhalte und ist eine didaktische Weiterentwicklung des Unterrichts. Insofern hängt – das ist auch keine Frage – an den neuen Lehrplänen viel: Lehrpläne für alle Klassenstufen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Aber das ist heute nicht das Thema!)

– Ich komme auch gleich auf Ihre Punkte.

Drittens: Unbestritten ist, dass sich Erwartungen an Kompetenzen auf das allgemein bildende Gymnasium richten, die wir heute noch nicht so recht verankert haben, zum Beispiel die ökonomische Grundbildung, auf die die FDP/DVP immer wieder hingewiesen hat. Wer jetzt aber nicht einfach ein neues Fach und zusätzliche Stunden schaffen will, der muss überlegen – das gehört für mich in Zukunft zum Grundprinzip dazu –, wie wir Fächer verknüpfen und wie wir die Fragen der politischen, der ökonomischen und der sozialwissenschaftlichen Bildung miteinander verbinden.

Viertens: Das Gymnasium der Zukunft muss eine stabilere naturwissenschaftliche Bildung beinhalten, als dies heute der Fall ist. Das, was naturwissenschaftliche Bildung an unseren Gymnasien für die ausmacht, die nicht eigens das Profil gewählt haben, ist im Hinblick auf die Anforderungen in den Zukunftsbranchen zu wenig. Wir müssen lernen, dass die Naturwissenschaften und die Technik sehr viel stärker zum Verständnis von Kultur gehören als in der Vergangenheit und dass sich die Qualität des Gymnasiums nicht primär über die Zahl der Fremdsprachen definiert, die gelernt werden, sondern dass die Naturwissenschaften einen stärkeren Stellenwert brauchen.

Das sind die vier Punkte, die für die Weiterentwicklung unseres Gymnasiums bedeutsam sind, an denen wir arbei-

ten, zu denen es erste Vorschläge gibt und die allesamt abgearbeitet werden.

In den gesamten letzten Jahren ist unbestritten gewesen, dass die jetzige Form der gymnasialen Oberstufe Schwerpunkte hat, die bleiben sollen, und dass es Schwachstellen gibt, die abgebaut werden sollen.

Zu den Stärken gehört die Möglichkeit, dass junge Erwachsene – wir reden hier über junge Erwachsene – die Möglichkeit haben, Schwerpunkte zu setzen, die mit eigenen Begabungen zu tun haben und auch mit künftigen Studienwünschen zu tun haben können. Die neu geordnete Oberstufe gibt so, wie wir sie vorsehen, gute Chancen im Neigungsfach, im Profulfach und in der Kombination von Fächern bis hin dazu, dass jemand, der besondere naturwissenschaftliche Interessen oder Begabungen hat – um ein Beispiel zu nennen –, mit der Kombination von zwei vierstündigen naturwissenschaftlichen Fächern eine – jedenfalls im schulischen Sinn – umfassende naturwissenschaftliche Bildung bekommen kann, wie das bislang nicht der Fall war.

Nun wird über Strukturen gestritten und immer wieder über Grund- und Leistungskurse geredet. Ich sage Ihnen, selbst die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, die bekanntlich nicht zur CDU, sondern zur SPD gehört, hat auf dem gleichen Kongress, auf dem Bundespräsident Rau die Rede gehalten hat, aus der Herr Zeller eben zitiert hat, Folgendes gesagt – so hat es ihre Pressestelle verbreitet –:

Ich finde in diesem Zusammenhang auch bedenklich, wenn unsere Schüler zu einem relativ frühen Zeitpunkt durch die Wahlmöglichkeit zwischen Grund- und Leistungskursen gezwungen werden, sich zu spezialisieren.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Die vermeintlich schwereren naturwissenschaftlichen und technischen Fächer bleiben dabei meist auf der Strecke. Die aktuelle Diskussion über die Greencard und den Fachkräftemangel in Deutschland zeigt deutlich, dass wir solche Weichenstellungen später nur mit großen Kraftanstrengungen ausgleichen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wie Recht hat sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Jetzt rede ich mal aus, und dann dürfen Sie auch wieder.

(Abg. Zeller SPD: In der zwölften Jahrgangsstufe ist es zu spät!)

– Das ist klar. Diese alte Geschichte wird sich in den nächsten Monaten fortsetzen: Die SPD hat die Schule der Zukunft im Blick, die CDU pappelt die Schule der Vergangenheit. Sie hängen mit manchen Ideen in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Wir müssen das beibehalten, was richtig war. Aber wir müssen uns von bestimmten Irrtümern dieser Siebzigerjahre verabschieden.

(Beifall der Abg. Christa Vosschulte CDU)

Das ist im Kreis derer, die sich damit beschäftigen, zum Teil über Parteigrenzen hinaus erkannt.

(Abg. Zeller SPD: Wen meinen Sie?)

Deshalb, lieber Herr Zeller,

(Abg. Haas CDU: So lieb ist der nicht!)

überlegen eine Reihe von Bundesländern derzeit, fünf Prüfungsfächer einzuführen. Dazu gehört Niedersachsen, dazu gehört Hamburg, dazu gehört Berlin, dazu gehören sowieso Hessen und Bayern. Glauben Sie mir, die Bewegung in Sachen gymnasialer Oberstufe ist sehr viel weiter, als Sie es sind.

Das Thema Profileroberstufe haben wir sehr wohl auch überlegt. Das war zum Beispiel ein Vorschlag von Frau Jürgens-Pieper. Es hat sich aber gezeigt, dass die Profileroberstufe im Blick auf das Gesamtspektrum so nicht geht und zum Beispiel der gesamte gesellschaftswissenschaftliche Bereich sowie das Fach Geschichte benachteiligt würde.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Es kommt auf die Ausgestaltung an!)

Deshalb ist dieses Modell so nicht sinnvoll umzusetzen.

Meine Damen und Herren, Neuordnung im Blick auf Inhalte, im Blick auf Strukturen, im Blick auf Organisation – eine Neuordnung, die die gymnasiale Oberstufe stärkt, die die Qualität gymnasialer Bildung stabilisiert, die vor allen Dingen die Veränderungen aufnimmt, die im Blick auf Zukunftsbranchen, im Blick auf die künftige Studierfähigkeit bedeutsam sind. Baden-Württemberg hat den ersten richtigen Schritt getan, und Sie können davon überzeugt sein – und die Rede der Bundesbildungsministerin zeigt es deutlich –: Die Zweifel an der jetzigen Form der gymnasialen Oberstufe sind weit verbreitet. Wir schaffen für unsere Abiturientinnen und Abiturienten in Deutschland einen Startvorteil, und indem wir einen Startvorteil schaffen, schaffen wir mit dieser Neuordnung ein weiteres Stück Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation. Das ist Aufgabe der Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen auf der Drucksache 12/5318, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Und was ist mit unserem Änderungsantrag?)

Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich der Stimme? – Der Artikel 1 ist mehrheitlich verabschiedet.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer dem Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Dem Artikel 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Juli 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Dem Gesetz wurde zugestimmt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5368, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Wir haben noch über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 12/5318, zu befinden. – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses zu diesen beiden Abschnitten fest.

Damit, meine Damen und Herren, ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 12/5237

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5317

Berichterstatter: Abg. Wintruff

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Das Wort hat Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich darf mich in aller Kürze auf den heute zur Zweiten Beratung vorgelegten Gesetzentwurf beschränken. Er beinhaltet eine finanzielle und eine inhaltliche Komponente.

Die inhaltliche Komponente sieht vor allem eine Änderung der Abläufe in der Schulverwaltung vor. Letzteres ist nicht unumstritten, wie die Redebeiträge bei der Ersten Beratung im Plenum und bei der Beratung im Schulausschuss gezeigt haben.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung: Man kann nicht ständig fordern, Entscheidungen grundsätzlich nach unten zu delegieren – an orts- und basisnahe Institutionen, von der Landes- auf die regionale Ebene, vom Regierungsbezirk auf Landkreise und Kommunen –, aber dann, wenn man dieser Forderung dann tatsächlich nachkommt, plötzlich die große Angst, die Befürchtung haben, dass damit die Vergleichbarkeit der Entscheidungen verloren gehen könne. Man kann auch Angst vor dem eigenen Mut haben.

Deshalb nochmals: Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass Entscheidungsbefugnisse vom Kultusministerium auf die Oberschulämter übertragen werden. Dies betrifft zum einen die Zuständigkeit für die Anerkennung von Ersatzschulen. Dazu erfolgt bei den Oberschulämtern eine Begutachtung; also kann dort auch die Entscheidung getroffen werden. Ferner sollen die Oberschulämter in Zukunft auch für die Genehmigung von Prüfungsvorschriften der Ergänzungsschulen zuständig sein.

Die finanzielle Komponente des vorliegenden Gesetzentwurfs ist zum einen fast formaler Art. Es handelt sich dabei um die Anpassung der Privatschulzuschüsse an die Besoldungsstrukturen bei den Beamten. Zum anderen beinhaltet die finanzielle Komponente eine längst fällige Anhebung der Zuschüsse für private berufliche Schulen. Diese Schulen bilden tatsächlich das Schlusslicht bei der Bezuschussung privater Schulen und waren aus diesem Grunde sogar vor Mitte der Neunzigerjahre von den haushaltsstrukturellen Kürzungen ausgenommen. Jetzt sind diese Kürzungen, nämlich die Haushaltsstrukturkürzungen, in einem Schritt rückgängig gemacht worden. Das entsprach immerhin mehr als 40 Millionen DM im Doppelhaushalt, und die Privatschulen konnten dadurch zu Beginn dieses Jahres tief aufatmen.

Nun müssen die privaten beruflichen Schulen ebenfalls etwas aufatmen können. Im Haushalt ist dafür auch schon Vorsorge getroffen. Wir haben unsere Pflicht zu erfüllen, um das heute in der zweiten Lesung auch zur Realisierung zu bringen.

Eine Novellierung des gesamten Privatschulgesetzes werden wir, wie ich beim letzten Mal schon gesagt habe, im Sommer 2001 angehen.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Erst muss der Wahlerfolg kommen!)

Die Basis dafür ist geschaffen.

Der Antrag der SPD kommt mir vor wie das Aufspringen auf einen fahrenden Zug, den CDU und FDP/DVP – auch mithilfe der Privatschulen – längst unter Dampf gesetzt haben. Meine Damen, meine Herren von der SPD, das Auf-

springen auf einen fahrenden Zug ist sehr gefährlich, vielleicht sogar lebensgefährlich.

(Abg. König REP: Und verboten!)

Um Ihnen das Leben zu retten, werden wir diesen Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. König REP: Und das Hinauslehnen auch!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Vielen Dank, Frau Lazarus, dass Sie so sehr in Sorge um uns sind. Aufspringen auf einen fahrenden Zug ist verboten, und wir tun es auch nicht, weil es wirklich lebensgefährlich ist.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Dann ziehen Sie den Antrag zurück! – Abg. König REP: Auf einen SPD-Zug aufzuspringen ist natürlich gefährlich!)

Man muss die Debatte etwas früher ansetzen, als Sie es getan haben, denn der Ursprung unseres Entschließungsantrags liegt in der letzten Legislaturperiode.

(Abg. Ursula Lazarus und Abg. Hauk CDU unterhalten sich.)

Damals war ein Antrag beim Staatsgerichtshof anhängig. Es ging darum, dass die Bezuschussung von privaten Schulen in Baden-Württemberg verfassungswidrig sei. Holen Sie sich Nachhilfe bei Ihrem Kollegen Hauk, wenn Sie mir nicht glauben.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Ich habe nur gefragt, ob Sie da an der Regierung waren! – Abg. Hauk CDU: Die letzte Legislaturperiode war große Koalition, Frau Rudolf! Sie müssen vorsichtig sein! – Gegenruf des Abg. König REP: Da war sie aber noch nicht da!)

– Ich habe mich über das Thema, das ich hier am Rednerpult behandle, ausführlich informiert und kenne deshalb die Positionen. Wenn Sie mir bis zum Ende zuhören, werden Sie mir sicher Recht geben.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

In der letzten Legislaturperiode war, wie gesagt, der Antrag beim Staatsgerichtshof anhängig. Es war ein Antrag, der von der SPD mit unterschrieben war. Es gab dann am Ende der großen Koalition eine Vereinbarung, dass es in der nächsten Legislaturperiode eine Änderung des Privatschulgesetzes geben sollte, um die Privatschulen auf den Stand von 80 % der Förderung öffentlicher Schulen zu bringen.

Jetzt sind wir wieder am Ende einer Legislaturperiode, und es gibt wieder Versprechungen für die nächste Legislaturperiode. Erstens, Frau Lazarus, nehmen Sie dabei etwas vorweg, denn wir haben in der Zwischenzeit noch eine Landtagswahl. An dieser Stelle können Sie überhaupt keine Versprechungen abgeben, weil zuerst der Souverän, der Wähler und die Wählerin, das Wort hat

(Abg. List CDU: Gott sei Dank!)

(Christine Rudolf)

und wir erst danach wieder in diesem Haus zusammenkommen.

Zweitens glaube ich nicht, dass es bei einem Punkt, der schon in die Nähe der Verfassungswidrigkeit gerückt worden ist, sinnvoll ist, eine Entscheidung immer wieder um fünf Jahre zu verschieben.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Ich habe es schon bei der letzten Aussprache an dieser Stelle gesagt: Wenn die privaten Schulen eine Genehmigung zum Unterrichten mit einer öffentlichen Anerkennung der Abschlüsse bekommen, dann haben wir als Landtag die Verantwortung, dass auch die Kinder und Jugendlichen, die diese Schulen besuchen, die Möglichkeit haben, ihre Schulzeit an einer ordentlich ausgestatteten Schule zu durchleben, und damit auch zu ordentlichen Abschlüssen kommen können.

Es ist unverantwortlich, diese Kinder und Jugendlichen immer wieder auf die nächste Legislaturperiode zu vertrösten. Deswegen halten wir unseren Entschließungsantrag natürlich aufrecht.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz: Welche Bedeutung die freien Schulen für unsere Bildungslandschaft in Baden-Württemberg haben, habe ich bereits bei der ersten Lesung ausgeführt. Das möchte ich heute nicht wiederholen. Wir werden dem Gesetzentwurf der Landesregierung heute zustimmen, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Wir stimmen auch dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zu. Wir haben selbst in der Beratung des Doppelhaushalts einen Entschließungsantrag mit dem gleichen Inhalt gestellt, in dem wir die Landesregierung angemahnt haben, endlich die aufgrund der Verfassung und der Bedeutung der freien Schulen notwendigen Zuschüsse zu gewähren.

Ich möchte nur noch ein Wort zu dem Entschließungsantrag der SPD sagen. Sie mahnen hier an, dass die allgemein bildenden Schulen nun auch Zuschüsse in Höhe von 80 % bekommen. Das wird natürlich nicht ausreichen, denn das, was jetzt für die beruflichen Schulen beschlossen wird, sind bei weitem noch nicht die 80-prozentigen Zuschüsse, sondern die Zuschüsse liegen wesentlich darunter. Wir müssen also für die allgemein bildenden Schulen und für die beruflichen Schulen zügig 80-prozentige Zuschüsse erreichen, damit die Schüler und Schülerinnen, die an den freien Schulen unterrichtet werden, dort auch die Rahmenbedingungen bekommen, die sie brauchen, und damit die Eltern, die eine solche Entscheidung für ihre Kinder treffen, nicht in derart extremer Weise finanziell belastet werden, wie das derzeit noch der Fall ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die Stimme zu schonen, verweise ich auf meine Ausführungen zu dem Gesetzentwurf im Ausschuss, die Ihnen ja in der Drucksache 12/5317 vorliegen.

Nun aber zu dem Antrag der SPD-Fraktion. Als Wirtschaftlerin würde ich sagen, da versucht jemand, Windfall-Profits zu nutzen, nämlich aus der Arbeit eines anderen zu profitieren. Sie hätten in der großen Koalition ja durchaus etwas tun können.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Sagen Sie mir doch einmal, wovon Ihre 80 % gerechnet sind. Der Streit ging nie um den Prozentsatz, sondern der Streit ging um die Berechnungsgrundlage. Diese Berechnungsgrundlage haben wir jetzt miteinander erarbeitet, und deswegen wird es in der nächsten Legislaturperiode da auch ganz schnell eine Änderung geben. Für uns hat das Priorität. Da Sie offensichtlich auch dafür sind, wird das sogar vom Wahlausgang unabhängig sein. Welche Freude! Ich möchte bloß eines sagen: Ich habe mir auch die alten Unterlagen angeschaut. Das Einzige, was die SPD in der großen Koalition für die freien Schulen geleistet hat, ist, dass sie einen dreijährigen Warteanpruch für neue Schulen fixiert hat, was zur Folge hat, dass neue Schulen in freier Trägerschaft praktisch nicht mehr entstehen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es! So ist es! So ist es! Pharisäer und Heuchler!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was in diesem Gesetzentwurf den Teil der Erhöhung der Zuschüsse für die Privatschulen anbelangt, so ist klar, dass wir diesem eindeutig zustimmen; denn es ist notwendig, auch die privaten Schulen in etwa vergleichbar mit den allgemeinen öffentlichen Schulen auszustatten. Dabei ist in der Tat kein Streit vorhanden, ob der Deckungsgrad jetzt 65 % oder 80 % betragen soll. Derzeit – das hat mich etwas gewundert, als ich das in der Debatte in der Schulausschusssitzung erfahren habe – sind wir bei einem durchschnittlichen Deckungsgrad von 65 %. Da wir in der Zwischenzeit im beruflichen Schulwesen vereinzelt bei 70,5 % sind, muss es noch andere Felder geben, wo der Deckungsgrad unter 65 % liegt. Wir sind in früheren Debatten immer davon ausgegangen, dass sich der Deckungsgrad etwa bei 70 % einpendeln muss, wobei hier nach Schulart getrennt schon plus/minus 3 % oder gar 5 % möglich sein sollen. Aber, wie gesagt, die Anpassung tragen wir mit.

Ich habe in der ersten Lesung und auch in der Schulausschussdebatte darauf hingewiesen, dass Punkt 2 und 3 dieses Gesetzentwurfs mit der Delegation der Befugnis zur Ernennung und nach drei Jahren zur endgültigen Anerkennung von Privatschulen oder, so sage ich einmal, Schulen in freier Trägerschaft ein Risiko oder sogar eine Gefahr in sich bergen. Die Frau Ministerin hat mir dort erklärt, dass

(König)

eigentlich schon in der ersten Phase das Votum der Staatlichen Schulämter für die Anerkennung ausschlaggebend war. Deshalb soll jetzt die Verwaltungsvereinfachung – in Anführungsstrichen – dazu führen, dass das ganze Prozedere im Oberschulamt abläuft, also die Phase 1 und nach drei Jahren der Bewährung die Beurteilung, ob die Schule sich bewährt hat und dann endgültig anerkannt und in das Bezuschussungsprogramm aufgenommen wird, auch im Oberschulamt.

Frau Ministerin, bei dieser Debatte ist das Risiko nicht ausgeräumt worden, das ich beschrieben habe. Wenn zum Beispiel heute eine Islamschule in freier Trägerschaft gegründet werden soll, soll in solchen brisanten Fällen, wie das eigentlich einer ist, keine Entscheidung vom Oberschulamt ohne Rücksprache und Abstimmung mit dem Kultusministerium getroffen werden. Wenn aber künftig die Delegation der Entscheidung auf das Oberschulamt in Gänze heruntergezogen wird, frage ich Sie: Was tun Sie eigentlich, wenn ein Oberschulamtspräsident oder eine Oberschulamtspräsidentin künftig keine Rücksprache mit Ihnen nimmt und seine bzw. ihre Entscheidung in Phase 1 und in Phase 2 durchzieht? Sie haben zwar die Dienstaufsicht, aber die Unterschrift, die früher von Ihnen zu leisten war, ist jetzt durch die Unterschrift eines Oberschulamtspräsidenten ersetzt. Dann hat das Ganze Rechtskraft. Wenn es eine fundamentalistische Koranschmiede ist, kriegen wir die nicht mehr vom Tisch. Dies ist ein Bedenken, das mir sehr wichtig ist und das ich hier noch einmal vortragen wollte.

Ich habe in der Zwischenzeit aber auch so viel Vertrauen zu den Oberschulamtspräsidenten und den Beamten, die dort sitzen, dass ich der Meinung bin, dass wir zwar diesen zwei Punkten nicht zustimmen können und uns bei diesen der Stimme enthalten werden, aber dem übrigen ganz wichtigen Teil des Gesetzes und in der Schlussabstimmung auch der Privatschulgesetzänderung zustimmen können, damit das in Kraft treten kann.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Details der eingebrachten Novellierung des Privatschulgesetzes habe ich schon am 28. Juni bei der Ersten Beratung Stellung genommen. Deshalb möchte ich es heute sehr kurz machen.

Ich beginne mit dem in meinen Augen eher nachrangigen Punkt, den Herr König jetzt wieder angesprochen hat, und darf einfach noch einmal sagen: Wenn es bei einem Vorgang, der im Prinzip an eine nachgeordnete Behörde delegiert ist, um eine brisante Angelegenheit geht, können Sie auch in Zukunft davon ausgehen, dass die Entscheidung nicht ohne das Ministerium und nicht ohne die Ministerin erfolgt. Das ist doch völlig klar. Aber ich bin davon überzeugt, wir müssen Verwaltung – das gilt besonders für Schulverwaltung – so weiterentwickeln, dass wir Aufgaben an Schulämter und an Oberschulämter delegieren. Das ist ein wichtiges Prinzip, und bei dieser Frage der Anerken-

nung vollziehen wir jetzt regulär nach, was in praxi bereits geschieht.

Zweitens: Mit der Novellierung werden wir bei der Gruppe der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft deutlich, nämlich um 10 Prozentpunkte, zulegen. Das ist ein wichtiger Punkt; das ist ein entscheidender Fortschritt. Das ist in den Gesprächen zwischen den Schulen in freier Trägerschaft und uns auch deutlich geworden. In all den Gesprächen zwischen der Landesregierung, den entsprechenden Verbänden und den Regierungsfractionen wurde auch deutlich, dass wir auch in Zukunft weiter stabilisieren wollen. Es hat jetzt aber keinen Sinn, mit einem Schnellschuss etwas zu vereinbaren oder zuzusagen, von dem noch niemand so richtig weiß, was es finanziell bedeutet bzw. wie die Finanzierung aussieht.

Hier wurde eine wichtige Einigung erzielt. Das ist ein Punkt, der in der Landschaft der freien Schulen hohe Anerkennung findet. In den nächsten Jahren ist eine weitere Stabilisierung geplant, weil wir davon überzeugt sind – lassen Sie mich das auch noch einmal sagen –, dass von unseren Schulen in freier Trägerschaft, ob berufliche Schulen, allgemein bildende Schulen oder vor allem auch im Sonderschulwesen, ganz wichtige pädagogische Impulse ausgehen. Deshalb bitte ich das Haus erneut um Zustimmung zu dieser Novellierung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen auf der Drucksache 12/5317, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer dem Artikel 1 zustimmen will – –

(Abg. König REP: Moment, Herr Präsident! Ich habe in meiner Rede angekündigt, dass die Fraktion Die Republikaner darum bittet, bei Artikel 1 über die laufenden Nummern 2 und 3 gesondert abstimmen zu lassen! Ansonsten können Sie von uns aus den gesamten restlichen Artikel aufrufen!)

– Sie wünschen eine getrennte Abstimmung.

(Abg. König REP: Zu Artikel 1, laufende Nummern 2 und 3!)

– Artikel 1 Nr. 2 und 3.

Ich ziehe die Abstimmung über diese Nummern vor. Wer dem Artikel 1 Nr. 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Bei einigen Enthaltungen ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 3 auf. Wer dem Artikel 1 Nr. 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist auch dieser Nummer des Artikels 1 zugestimmt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wer dem Artikel 1 im Übrigen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Damit ist dem Artikel 1 insgesamt zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer dem Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Dem Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Juli 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Gesetz ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5367, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Mai 2000 – Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Uhlandstraße 12 in Heilbronn – Drucksachen 12/5178, 12/5325

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 23. Juni 2000 – Veräußerung landeseigener Baugrundstücke im Baugebiet „2. und 3. Gewann Biblis“, Gemarkung Hockenheim – Drucksachen 12/5280, 12/5326

Berichterstatter: Abg. Moser

Die Berichterstatter wünschen das Wort nicht.

Wer den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung! Ich darf darum bitten, dass man mit Handzeichen sein Abstimmungsverhalten kundtut. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Den Beschlussempfehlungen ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. April 2000 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2000 – Drucksachen 12/5106, 12/5327

Berichterstatter: Abg. Gerd Scheffold

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 2. Mai 2000 – Notariatsreform in Baden-Württemberg – Drucksachen 12/5154, 12/5328

Berichterstatter: Abg. Dr. Puchta

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Der Beschlussempfehlung wurde einstimmig zugestimmt.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 8. Mai 2000 – Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen – Drucksachen 12/5192, 12/5332

Berichterstatterin: Abg. Marianne Erdrich-Sommer

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 11 ist hiermit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung ein auf Donnerstag, 20. Juli 2000, 9:30 Uhr. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe hiermit die heutige Sitzung.

Schluss: 17:28 Uhr